

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

78. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 7. Dezember 1967

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968
 Spezialdebatte
 Beratungsgruppe III: Äußeres

Inhalt

Personalien

Krankmeldung (S. 6325)

Ausschüsse

Zuweisung eines Berichtes (S. 6325)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlagen (630 und 656 d.B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe III: Äußeres

Spezialberichterstatte: Dipl.-Ing. Hämmerle (S. 6326)

Redner: Czernetz (S. 6326), Dr. Fiedler (S. 6337), Dr. Scrinzi (S. 6342 und S. 6378), Dr. Halder (S. 6354), Dr. Pittermann (S. 6359), Machunze (S. 6368), Peter (S. 6371), Horejs (S. 6375) und Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj (S. 6380)

Annahme der Beratungsgruppe III (S. 6384)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

682: Notenwechsel betreffend Ausdehnung des Geltungsbereiches des zwischen Österreich und Dänemark abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf die Färöer-Inseln (S. 6325)

683: Erklärung einzelner Bestimmungen des Abkommens zwischen Österreich und Deutschland über Erleichterungen der Grenzabfertigung zu Verfassungsbestimmungen (S. 6325)

Bericht

der Bundesregierung betreffend Kommission zur Vorbereitung der Kodifikation des Arbeitsrechtes (S. 6325)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Hertha Firnberg, Ströer und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Disziplinarverfahren im Fall Boro-dajkewycz (425/J)

Dr. Tull und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Grundwasserversorgung der Stadt Wels (426/J)

Libal, Jungwirth und Genossen an die Bundesregierung, betreffend Propagandaaufwand (427/J)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 50 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta, Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner, Dritter Präsident Wallner.

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte die Damen und Herren Platz zu nehmen.

Das amtliche Protokoll der 76. Sitzung vom 5. Dezember 1967 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet ist der Herr Abgeordnete Franz Pichler.

Ich gebe bekannt, daß folgende Regierungsvorlagen eingelangt sind:

Notenwechsel betreffend die Ausdehnung des territorialen Geltungsbereiches des zwischen der Republik Österreich und dem Königreich Dänemark abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbe-

steuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen auf die Färöer-Inseln (682 der Beilagen) und

Bundesverfassungsgesetz, mit dem einzelne Bestimmungen des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Erleichterungen der Grenzabfertigung im Eisenbahn-, Straßen- und Schiffsverkehr, BGBl. Nr. 240/1957, zu Verfassungsbestimmungen erklärt werden (683 der Beilagen).

Diese beiden Vorlagen werde ich gemäß § 41 Geschäftsordnungsgesetz in der nächsten Sitzung zuweisen.

Den eingelangten Bericht der Bundesregierung über die Entschließung des Nationalrates vom 1. Dezember 1966, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung der Kodifikation des Arbeitsrechtes im Bundesministerium für soziale Verwaltung, weise ich dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.

**Bericht des Finanz- und Budgetausschusses
über die Regierungsvorlage (630, Zu 630 und
656 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das
Jahr 1968 (650 der Beilagen)**

Spezialdebatte

Beratungsgruppe III

Kapitel 20: Äußeres

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968: Spezialdebatte über die Beratungsgruppe III. Diese umfaßt Kapitel 20: Äußeres.

Spezialberichterstatte ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. **Hämmerle**. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatte Dipl.-Ing. **Hämmerle**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen Bericht erstatten über den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (630 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968, Spezialbericht zu Beratungsgruppe III, Kapitel 20: Äußeres.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 20 des Bundesvoranschlages für das Jahr 1968 in seiner Sitzung am 13. November 1967 der Vorberatung unterzogen.

Der Entwurf zum Bundesvoranschlag 1968 weist bei diesem Kapitel Ausgaben in der Höhe von 375,857.000 S und Einnahmen in der Höhe von 4,865.000 S aus.

In der Gesamtsumme der Ausgaben von 375,857.000 S ist ein Betrag von 61,335.000 S für Beiträge Österreichs zu internationalen Organisationen enthalten, und zwar:

Beitrag zur International Atomic Energy Agency	1.550.000 S
Beitrag zum Budget der UN ..	17.300.000 S
Beitrag zum United Nations Development-Programm.....	32.000.000 S
Beitrag für Internationale Hilfsmaßnahmen	260.000 S
Beitrag für UN-Sonderaktionen	5.000.000 S
Beitrag zum Europarat	4.584.000 S
Beitrag zur Donaukommission .	500.000 S
Beitrag zum Ständigen Schiedshof	11.000 S
Trustfonds für Südafrika	130.000 S
Insgesamt...	61,335.000 S

Besonders wurde gegenüber den Vorjahren der Beitrag zum United Nations Development-Programm — das ist die Entwicklungshilfe — von rund 17 Millionen Schilling auf 32 Millionen Schilling erhöht.

Ferner wurde erstmalig bei Ansatz 1/20008 „Sonstige Aufwandskredite“, Post 7294 für internationale Konferenzen in Wien ein Kredit

von 9,500.000 S veranschlagt. Schließlich sind bei den Ansätzen 1/20008 und 1/20108 „Aufwandskredite“ erstmalig für Kursverluste Kredite in der Höhe von 7,050.000 S vorgesehen, die in den früheren Jahren beim Bundesministerium für Finanzen veranschlagt waren.

Im Jahre 1968 sind daher lediglich Nettoausgaben des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten von 297,972.000 S veranschlagt; mit dieser Summe muß nicht nur der persönliche Aufwand für 1126 Beamte und Vertragsbedienstete, sondern auch der „Sachaufwand“ für 72 effektive Vertretungsbehörden im Ausland und für die Diplomatische Akademie bestritten werden.

Im Budgetentwurf 1968 sind für neu zu eröffnende Vertretungsbehörden im Ausland keine Kreditmittel vorgesehen.

An der Debatte beteiligten sich außer dem Spezialberichterstatte die Abgeordneten Czernetz, Dr. Fiedler, Dr. Scrinzi, Dr. Geißler, Horejs, Regensburger, Dr. Tull, Machunze, Gratz, Dr. Hertha Firnberg, Dr. Stella Klein-Löw, Luptowits, DDr. Pittermann und Doktor Kreisky. Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Tončić-Sorinj nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen und Anregungen Stellung.

Bei der Abstimmung am 22. November 1967 wurde das Kapitel 20 unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 20: „Äußeres“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1968 (630 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Czernetz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Czernetz** (SPÖ): Hohes Haus! Auch in einem kleinen und neutralen Land wie Österreich müssen wir uns bei der Behandlung unserer Außenpolitik doch auch mit der großen Welt befassen, in der wir leben, in der wir unsere Außenpolitik zu betreiben haben. Und diese Welt ist heute vom Frieden sehr, sehr weit entfernt.

Die Weltpolitik ist in einer Krise, und wenn ich sage, „die Weltpolitik ist in einer Krise“, dann, glaube ich, muß diese Behauptung bewiesen werden. Das alte Weltstaatensystem der Imperien besteht nicht mehr. Das, was man vor dem ersten Weltkrieg noch das Konzert der Großmächte nannte, ein Konzert, das nicht immer sehr harmonisch war, wo aber immerhin gespielt wurde, gibt es nicht mehr.

Czernetz

Es gibt auch kein Ordnungsprinzip und keine Ordnungsmacht in dieser Welt. Es gibt zwei atomare oder nukleare Supermächte: die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Sie halten einander das Gleichgewicht, und daraus entspringt das größte internationale Positivum unserer Zeit. Auf der Grundlage dieses Gleichgewichtes der beiden Supermächte gibt es keinen nuklearen Weltkrieg, und ich glaube, wir können mit dieser Tatsache auch für die Zukunft rechnen.

Aber wenn die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion imstande sind, den Ausbruch eines Weltkrieges zu verhindern, so zeigt es sich doch, daß sie nicht in der Lage sind, ich würde sagen, daß sie unfähig sind, die Brandherde an allen Ecken und Enden dieser Welt, im Nahen und im Fernen Osten zu löschen.

Die Weltpolitik zeigt gegenwärtig chaotische Formen. Das Gleichgewicht, von dem ich gesprochen habe, hat zweifellos die Wirkung, die beiden Supermächte zu binden, aber auch zu lähmen. Die Folge ist eine Desintegration der Bündnissysteme, eine Lockerung, zum Teil eine Zerstörung und Sprengung dieser Bündnissysteme im Osten und im Westen.

Wir erleben im Westen beinahe die Sprengung der NATO, des Nordatlantikpakts, durch die Politik des französischen Staatschefs General de Gaulle, eine Lähmung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durch die Politik des de Gaulleschen Frankreich. Sie haben im Osten die Sprengung des monolithischen Blocks erlebt, eine Lockerung des Bündnissystems für die europäischen früheren Satelliten der Sowjetunion, aber auch den tiefgehenden Bruch zwischen der Sowjetunion und dem chinesischen Kriegskommunismus, eine Spaltung des Weltkommunismus. Und in dieser allgemeinen Desintegration der Blöcke zeigt sich, daß die mittleren und kleineren Staaten dieser Welt eine gewisse Bewegungsfreiheit, eine relative Selbständigkeit, ein größeres Manövriertfeld erlangen, damit aber, meine Damen und Herren, auch größere Störungsmöglichkeiten. Aus der Desintegration und der Lockerung der Bündnissysteme entsteht auch plötzlich in einer Zeit, in der ein nuklearer, alles zerstörender Weltkrieg unmöglich geworden ist, die Möglichkeit konventioneller Kriege, das Aufflammen der Brandherde im Nahen und im Fernen Osten.

Wir können nicht an der Tatsache des Rüstungswettlaufs vorbeigehen, auch wenn wir zum Glück nicht daran beteiligt sind. Aber wir sind wie alle in dieser Welt davon betroffen, von einem so wahnsinnigen Rüstungswettlauf, daß man die Zahl, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, für das Jahr 1966 angegeben hat, doch nur

mit Schaudern vernehmen kann. Die Rüstungskosten sind laut U Thant im Jahre 1966 in der ganzen Welt 120 Milliarden Dollar gewesen, das sind 3120 Milliarden österreichische Schillinge. Der Betrag wird für das Jahr 1967, das laufende Jahr, noch größer sein.

Man berichtet uns, daß es gegenwärtig ein Arsenal an atomaren Waffen, an Atom- und Wasserstoffbomben gibt, das 25mal größer ist als die gesamte Sprengkraft aller Bomben und der übrigen verwendeten Munition des zweiten Weltkrieges. Das überschreitet die Grenzen des Denkbaren. Es lagern 16.000 20-Megatonnen-Bomben. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich sage, was ich mir selbst immer vorsagen muß: daß 1 Megatonne die Zerstörungskraft von 1 Million Tonnen des konventionellen Sprengstoffs hat, und die 20-Megatonnen-Bombe, die in dieser lustigen Welt als eine Standardbombe angesehen wird, hat eine Zerstörungskraft, mit der man eine Millionenstadt vernichten kann. Sie soll einen Krater von 20 km Durchmesser reißen, einen Feuersturm in einem Kreis mit einem Durchmesser von 50 bis 100 km entfachen; der radioaktive Niederschlag soll in einem Umkreis von 300 km tödlich sein!

Bei diesem Wahnsinn des Rüstens können wir, auch wenn wir nicht daran beteiligt sind, doch nur in den Chor jener einstimmen, die sagen: Die Welt braucht Abrüstung, Abrüstung und wieder Abrüstung, und zwar eine gleichzeitige, allgemeine und wirksam kontrollierte Abrüstung. Das ist eine Forderung der Vernunft! Dazu kann es nur kleine Schritte geben, und der eben verhandelte international besprochene Atomsperrvertrag mag trotz aller Unzulänglichkeiten ein solcher kleiner Schritt sein; denn von ihm, wenn er gelingt, hängt es ja ab, ob die Vollendung des Stopps, des Verbots von atomaren Versuchsexplosionen gelingen wird, ob es möglich sein wird, einen neuen Rüstungswettlauf zu verhindern, nämlich den angekündigten Wettlauf auf dem Gebiete des „antiballistic missiles system“, das heißt, eines Systems der Anti-Raketen-Raketen. Die Amerikaner sagen, das würde sie allein rund 40 Milliarden Dollar kosten — das sind nicht die Gesamtkosten in der Welt, sondern nur die berechneten amerikanischen Kosten.

Der Wahnsinn droht also weiterzugehen. Ich möchte in diesem Stadium die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses darauf lenken, daß die beiden Supermächte Amerika und Rußland, in Rivalität zueinander stehend, doch ihre Hauptsorge bereits auf einem anderen Gebiet sehen: Es ist nicht daran zu zweifeln, daß beide, Amerika und Rußland, mit Sorge die Expansionspolitik des kommunistischen China betrachten, mit Sorge

Czernetz

den potentiellen Imperialismus des kommunistischen China vor sich sehen. In dieser Lage muß man auch in einem aus diesem Weltkonflikt ausgeklammerten kleinen neutralen Land sagen: Da ist die Koexistenz der großen Rivalen nicht mehr genug, da gilt das Wort des inzwischen ermordeten Präsidenten der Vereinigten Staaten Kennedy: Wir brauchen die Kooperation der Großen, die Kooperation Amerikas und Rußlands. Ich möchte sogar weitergehen und sagen: Nur ein Bündnis zwischen Amerika und Rußland wird das Mißtrauen der beiden gegeneinander abbauen und eine Sicherung des Friedens bringen können, eine Abrüstung, das Löschen der Brandherde und ein Funktionieren auch der Vereinten Nationen, die ja gegenwärtig durch die Aufspaltung und die Gegensätze gelähmt sind.

Die Kollegen dieses Hohen Hauses, die wie ich Gelegenheit hatten, als Parlamentarier der österreichischen Delegation bei den Vereinten Nationen anzugehören, werden bestätigen können: Man empfindet diese Lähmung der Vereinten Nationen durch den gegenwärtigen Gegensatz der beiden Supermächte. Es wird also darauf ankommen, daß dieses Näher-Aneinanderrücken, diese Kooperation, dieses Bündnis und damit ein neues Ordnungssystem in dieser Welt zustandekommen. Beide haben aber noch zuviel Mißtrauen gegeneinander, und wahrscheinlich hat man in Moskau Angst vor der chinesischen Denunziation, daß der Sowjetkommunismus ein Verbündeter des amerikanischen Imperialismus geworden ist.

Wir können sagen — und da kommen wir mitten hinein —, daß die Befürchtung in manchen Teilen Europas, daß uns ein solches russisch-amerikanisches Bündnis für den Frieden der Freiheit berauben könnte, von uns nicht geteilt werden kann. Wir leben an einem neuralgischen Punkt Europas im Zeichen des Gleichgewichts, in dem wir unsere Freiheit und Unabhängigkeit gewonnen haben, und ich bin der Meinung, daß für die Zukunft von einem solchen Friedensbündnis keine Gefahr einer Beherrschung Europas durch die beiden Supermächte ausgeht. Dazu sind sie noch verschieden genug, es bleibt an Gegensätzen und Rivalitäten genug bestehen, als daß sie gemeinsam herrschen könnten. Sie werden nur außer einer Verhinderung eines Weltkrieges auch eine Löschung der Brandherde bewerkstelligen können.

Leider sind wir aber gegenwärtig davon noch weit entfernt, gegenwärtig herrschen in dieser Krise der Weltpolitik noch chaotische Zustände, und in dieser Welt müssen wir Österreicher unsere Außenpolitik treiben.

Wir entdecken dabei gleich am Beginn einen entscheidenden Widerspruch, nämlich den Widerspruch, daß die Desintegration der Blocksysteme mittlerer und kleiner Staaten einen größeren Bewegungsraum gibt. Aber unserem Österreich als einem kleinen neutralen Binnenland in einer strategischen Schlüsselstellung sind so enge Grenzen gesetzt, wir haben ein so geringes Manövrierfeld, daß uns auch die Desintegration der Blöcke keinen größeren Spielraum gibt. Wir stehen also weiter vor besonders schwierigen Aufgaben der Außenpolitik.

Meine Damen und Herren! Jetzt sind wir bei dem eigentlichen Budgetkapitel. In dieser Lage muß das Außenamt, muß der Bundesminister für Äußeres die Außenpolitik dieses Landes führen, auf der Grundlage des — wie ich glaube — ersten Gesetzes, das nach der Wahl vom 6. März 1966 in diesem Hohen Hause von der Mehrheit beschlossen wurde, nämlich auf der Grundlage des Kompetenzgesetzes. Dieses Kompetenzgesetz der gegenwärtigen Regierungsmehrheit hatte bereits mehr als eineinhalb Jahre Bewährungsprobe. Der Herr Bundesminister für Äußeres mußte, wenn er hier im Hohen Hause nicht sein Ressort und die Regierung zu vertreten hätte, zugeben, daß mit diesem Kompetenzgesetz das Außenamt „demoliert“ und der Außenminister „amputiert“ worden ist. Die Kompetenzen des Außenministeriums sind auf fünf oder, wenn ich das Landesverteidigungsministerium dazurechne, sechs Ministerien aufgeteilt: auf das Bundeskanzleramt, das Handelsministerium, das Unterrichtsministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Landesverteidigungsministerium und das Außenministerium selbst. (*Abg. Jungwirth: Und auf den Generalsekretär Dr. Withalm!*) Der Herr Generalsekretär Withalm ist auf Grund der Kompetenzverteilung in die Ministerien noch nicht einbezogen worden, er schwebt über den Gewässern. (*Heiterkeit.*)

Dieses Kompetenzgesetz, das die Aufspaltung der Kompetenzen gebracht hat, ist doch praktisch in vielen Fällen eine Degradierung des Außenamtes zu einer „Diplomatenverleihstelle“ an die verschiedenen Ministerien. Was bleibt denn dem Herrn Außenminister noch übrig? So kann man nicht Außenpolitik treiben!

Hohes Haus! Wenn ich diese harten und kritischen Worte gebrauche, dann ist das nicht bloß die Kritik einer der Regierung feindseligen Opposition; sie kommt auch aus dem Regierungslager selbst. Erst kürzlich hat der Generalsekretär des Akademikerbundes in den „Berichten und Informationen“ dazu Stellung genommen. Auszugs-

Czernetz

weise ist das dann auch in den „Salzburger Nachrichten“ abgedruckt worden. Georg Zimmer-Lehmann sagt unter anderem, zur Lösung der Aufgaben bedürfe es eines starken, selbständigen Außenministeriums. In der Bundesregierung müsse die Außenpolitik in einer Hand konzentriert werden. — Man hat sie dezentralisiert, aus dieser einen Hand, in der sie war, herausgenommen. Das ist ja eine der ersten Leistungen gewesen. Dr. Georg Zimmer-Lehmann sagt dann unter anderem noch, es wäre doch so notwendig, um eine schlagkräftige Außenpolitik zu treiben, alle Kräfte einzubeziehen und unter die zentrale Führung des Außenministeriums zu stellen.

Ja, gerade das ist nicht gelungen. Wie soll auf Grund dieses Kompetenzgesetzes die Außenpolitik nun wirklich betrieben werden? Hat vielleicht jetzt die Gesamtregierung, auch nach dieser Schwächung der Einflußmöglichkeiten und der Führungsmöglichkeit auf diesem Gebiet durch den Außenminister, eine gemeinsame Politik entwickelt, selber eine klare Linie entfaltet?

Der der Sozialistischen Partei wahrlich nicht nahestehende Generalsekretär des Akademikerbundes sagt: „Zur Zeit kann sich der Staatsbürger kein richtiges Bild über die außenpolitische Linie unseres Staates machen.“ — Ich glaube, Herr Dr. Zimmer-Lehmann hätte das nicht geschrieben, wenn er sich selber ein klares Bild hätte machen können, das er dann dem Staatsbürger hätte vermitteln können. Nein, man erklärt dem Staatsbürger die Außenpolitik nicht, man informiert nicht einmal das Hohe Haus über die Linie der Außenpolitik, ja nicht einmal über die erfolgten Tatsachen, die erfolgten Maßnahmen. Wir stehen vor der Tatsache, daß man sagen muß: Diese Regierung hat kein außenpolitisches Konzept! Man hat das Außenministerium demontiert, und die Gesamtregierung hat kein Konzept!

Die Hauptaufgabe bleibt die Bewältigung der alten Problematik, nämlich unsere Neutralitätsverpflichtungen mit unseren Integrationswünschen in Einklang zu bringen. Ich bin sicher, daß mir der Herr Bundesminister zustimmt, wenn ich sage, daß das oberste Gebot für uns die strikte Einhaltung der Neutralitätsverpflichtungen sein muß. Wenn es darüber unter uns keine verschiedenen Auffassungen geben kann, so muß man sich doch klarmachen, wie man hier vorsichtig zu Werke gehen muß, so wie in all den vergangenen Jahren der gemeinsamen Außenpolitik der beiden großen Parteien in der Koalition vorsichtig zu Werke gegangen wurde, wie man sich gemeinsam schrittweise vorwärtsgestastet hat. Es gibt kein Konzept.

Aber das schrittweise Vorwärtstasten ist weg, man hat die Fahnen entrollt und reitet stolz in irgendeine unbekannte Zukunft.

In der Zwischenzeit ist die Diskriminierung durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft für uns schwerwiegender geworden. Die Kennedy-Runde, über die wir vor zwei Tagen in diesem Hohen Hause gesprochen haben, bringt uns zunächst noch keine Erleichterungen, sie kann uns erst in fünf Jahren gewisse Erleichterungen bringen. Wir haben in der GATT-Debatte im Hohen Hause auch von unserer Seite aus gesagt: Wir hätten weitaus mehr erreichen können, wenn die Bundesregierung und vor allem der in dieser Frage federführende und verantwortliche Vizekanzler und Handelsminister nicht wie gebannt, wie hypnotisiert auf ein EWG-Arrangement geblickt hätten. Es ist aber bestritten worden, daß es wirklich der Fall war, daß wir größere Möglichkeiten gehabt hätten. Auch das ist nicht eine bössartige Behauptung, die von der sozialistischen Opposition aufgestellt wird.

Ich finde in einem Sonderdruck aus den Wirtschaftsberichten der Creditanstalt-Bankverein — auch das ist ein Bankinstitut, das in der Zeit der Koalition nicht auf das Konto der Sozialisten gerechnet worden ist — eine Darstellung der Bedeutung der Kennedy-Runde für den Welthandel und für Österreich. Ich bitte den Herrn Präsidenten um die Erlaubnis, eine etwas längere Stelle dem Hohen Hause zur Kenntnis zu bringen. Ich lese da zunächst einmal von der großen Bedeutung, die die Kennedy-Runde für Österreichs Export in die EWG hat, und dann heißt es:

„Gerade hier aber stand die österreichische Delegation vor sehr schwierigen Entscheidungen. An sich ist ja die Verhandlungsposition bei Zollverhandlungen schon insofern eigenartig, als — Freihandel als Ideal gesetzt — jeder Partner sich vom anderen zwingen läßt, sich selbst etwas Gutes zu tun. Im Falle Österreichs aber kam zu dieser Situation noch das Problem der schwebenden Assoziierungsverhandlungen mit der EWG. Je nach der Einschätzung der Möglichkeiten einer baldigen Assoziation Österreichs mit der EWG boten sich zwei alternative Verhandlungskonzepte an: entweder der Versuch, durch großzügige Gegenleistungen ein Maximum an Zollreduktionen zu erreichen, oder aber das Bestreben, für spätere Assoziierungsverhandlungen weitere ‚Trümpfe‘ in der Hand zu behalten. Darüber hinaus würden — baldiges Arrangement vorausgesetzt — Konzessionen der EWG im Rahmen der Kennedy-Runde durch die Meistbegünsti-

Czernetz

gungsklausel erstens schwerer zu erlangen und zweitens geringer zu bewerten sein als die durch eine Assoziierung erlangte Zollfreiheit. Offenbar auf Grund dieser Überlegungen wählte die österreichische Delegation die zweite Strategie, während sich etwa die Schweiz und die skandinavischen Länder für den zuerst gezeigten Weg entschieden und dadurch auch sehr bedeutungsvolle Vorteile auf für sie wichtigen Gebieten (wie Chemikalien, Pharmazeutika, Uhren für die Schweiz und Holz, Rotationspapier und so weiter für die skandinavischen Länder) erhielten. Besonders augenfällig ist hier die verschiedene Handhabung der Autozölle, denen gerade die EWG wegen der zur Zeit der Verhandlungen in dieser Branche sehr ungünstigen Konjunkturlage große Bedeutung zumaß. Während fast alle Staaten und auch die EWG die Autozölle um 50 Prozent herabsetzten, blieb Österreich bei seinem Zollsatz von 20 Prozent für Pkw, der vor allem wegen der Diskriminierung gegenüber den EFTA-Ländern von der EWG als sehr störend empfunden wird.“

Das ist jetzt nicht eine besonders böswillige Kritik der Sozialisten. Herr Bundesminister! Das kommt aus Ihrem Lager, aus der Finanzabteilung einer der stärksten Finanzkräfte Ihres Lagers, nämlich von der Creditanstalt-Bankverein.

Die Illusionen, zu einem baldigen Arrangement mit der EWG kommen zu können, haben wir ja leider in der Öffentlichkeit und auch in diesem Hohen Hause vom Herrn Vizekanzler Dr. Bock immer und immer wieder zu hören bekommen. Ich glaube, Herr Bundeskanzler Dr. Klaus war vorsichtiger; es hat weniger verfrühte Triumphmeldungen vom Bundeskanzler gegeben. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Herr Bundesminister für Äußeres in die gleichen Illusionen verfallen konnte. Immerhin muß ihm doch die Lage durchaus bekannt sein.

Herr Bundesminister! Ich möchte die Frage stellen: Haben Sie Ihre Kollegen in der Bundesregierung auch über die Schwierigkeiten, die Probleme informiert? Haben Sie das in der Regierung getan? Konnten Sie sich dort nicht durchsetzen? Das ist doch die Frage. Es kommt doch nicht auf unsere Wünsche, sondern auf die realen Möglichkeiten an.

Wir haben vor einem Jahr erlebt, daß uns der sowjetische Staatspräsident Podgorny klar und deutlich gesagt hat, was die Sowjetunion als unfreundlich und für sie unerträglich bezeichnen würde. Weil die Bundesregierung weder vorher noch nachher auch nicht das

Parlament über ihren Standpunkt informierte, hat der sowjetische Staatspräsident es für notwendig befunden, das im österreichischen Fernsehen der Regierung fest anzukreiden, damit man es spürte und damit es die ganze Bevölkerung gesehen hat.

Aber dann kam noch die Hoffnung: Die Franzosen werden uns retten. In der Zwischenzeit hat der Herr Bundeskanzler selber eine Missionsfahrt nach Moskau unternommen. Aber — wir haben im Hohen Haus darüber diskutiert — auch diese Reise nach Moskau hat nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Nachher hat man es noch erlebt, wie beim Besuch des französischen Ministerpräsidenten Pompidou und des Außenministers Couve de Murville am Ende dieses Sommers auch die Franzosen den uns ja bekannten Standpunkt wiederholt haben: Ihr könnt verhandeln, aber wir können nur einer Lösung zustimmen, die wir im Lichte des Artikels 4 des Staatsvertrags als mit eurer Verpflichtung konform ansehen, nämlich der Verpflichtung: kein Anschluß, auch kein stiller Anschluß an Deutschland! Weil man im Ausland bereits weiß, daß diese Regierung nicht einmal das Parlament informiert, hat der französische Ministerpräsident Pompidou das in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit mitgeteilt. Auch so haben wir davon erfahren. Wir müssen ausländischen Politikern und Staatsmännern dankbar sein, daß sie die Methode gewählt haben, diese Nachrichtensperre der österreichischen Bundesregierung gegenüber der Öffentlichkeit und der Volksvertretung zu durchbrechen.

Wir sitzen jetzt, nach sechsjährigen Bemühungen, im Vorzimmer der EWG, dort, wo wir am Anfang waren, ohne nennenswerte Chancen, in nächster Zeit aus dem Vorzimmer wieder in ein Verhandlungszimmer eindringen zu können.

An dieser Stelle muß ich sagen: Ich beneide unsere Schweizer Nachbarn, daß sie sich mit einer vorsichtigen, wohltemperierten und zurückhaltenden Politik viele der Entwürdigungen erspart haben, die wir zu erleiden hatten mit dem stürmischen Drang, vorwärts mit fliegenden Fahnen dorthinein, wo man uns gar nicht so dringend gewünscht hat.

Auch da möchte ich sagen, Hohes Haus, daß das keine bössartige Darstellung der Opposition ist. Da lese ich in einem Blatt, das der Sozialistischen Partei keineswegs nahesteht, nämlich in der katholischen Wochenzeitung „Die Furchen“ vom 30. September dieses Jahres, ein paar sehr deutliche Worte. Der Chefredakteur schrieb da wörtlich:

„Die österreichische Integrationspolitik ist zweifellos in eine Sackgasse geraten. Das behaupten heute nicht nur Sprecher der Opposi-

Czernetz

tion und vielleicht irgendwelche Malkontenten, sondern auch der Bundesregierung durchaus ergebene Kommentatoren.“

Und es wird wiederholt: ja, spätestens beim Podgorny-Besuch wäre doch die Stunde der Wahrheit gekommen, und dann heißt es: dann kam der Kanzlerbesuch in Moskau. Nach ihm gab es eine kurze realistische Phase. Dann schreibt Dr. Skalnik weiter:

„Diese Stimmung hielt einige Zeit an, dann gelang es wieder, den Kern des Problems durch rosaroten Integrationsnebel zu verdecken. Reisen nach Paris und Brüssel dienten ebenso diesem Zweck, wie hochgemute Prognosen über einen unterschrittsfertigen Vertrag im Herbst.“

Dann ist über den Besuch von Pompidou die Rede und davon, daß, als Pompidou wegfuhr, für alle, die Augen hatten, zu sehen war, daß die Seifenblase endgültig geplatzt war. Frankreich hat große Sympathien für Österreich, es denkt aber nicht daran, seine Ostpolitik durch Demarchen in Moskau in Sachen Österreichs EWG-Assoziierung selbst zu stören. Auch brachte Paris ziemlich unverhüllt sein Interesse an einer ruhigen Entwicklung in Mitteleuropa zum Ausdruck.

Das sind keine oppositionellen Äußerungen. Das kommt aus dem Lager der Regierung selbst. Es ist keine Frage, daß diese EWG-Politik gescheitert ist. Man muß die Frage stellen: Was ist denn dann geschehen? Gestatten Sie: In einem anderen demokratischen Land, wenn da so etwas passiert, daß eine solche entscheidende Frage der politischen Linie scheitert, nicht durchführbar ist, kommt es unter Umständen zur Demission der verantwortlichen Minister. Oder sie sind stark und mutig genug, um eine Wendung vorzunehmen. Oder, wie das „Die Furche“ sagte, was man im Falle tut, in dem man in einer Sackgasse ist. Wie schreibt hier „Die Furche“ so schön: „Den Rückwärtsgang einzuschalten, um aus der Sackgasse sich herauszumanövrieren. Doch ach, es fällt anscheinend so schwer, eine Fehleinschätzung zu revidieren.“

„Die Furche“ hat recht, man hat daraus keine Konsequenzen gezogen, es ist nichts geschehen, die Regierung läßt sich Zeit. Das Hohe Haus muß doch die Frage stellen: Hat Österreich denn so viel Zeit, zu warten auf eine Wendung, auf eine Veränderung der Verhandlungslinie? Kann denn nicht etwas anderes geschehen? Auch „Die Furche“ hat nach dem Besuch des Staatspräsidenten Podgorny gesagt: Wenn er vom Handelsvertrag redet, das könnte ja ein goldener Anker sein, an den man sich anhängt, da kann man doch vieles hineinbringen. Bemühen wir uns doch um das Mögliche, um das Äußerste auf der Linie des Möglichen.

Der frühere Außenminister, mein Parteifreund Dr. Kreisky, hat den Vorschlag gemacht, wir sollten doch den Versuch machen, einen Präferenz Zollvertrag mit der EWG als Vorstufe für eine spätere Assoziierung im Sinne des Artikels 24 des GATT anzustreben. Da haben wir besonders vom Herrn Vizkanzler Bock immer wieder gehört, das wäre nicht genug — das ist möglich, aber mehr kriegen wir nicht — und es wäre nicht GATT-konform. Darüber haben wir vor zwei Tagen hier gesprochen. Die Antwort, die der Herr Vizkanzler auf meine Frage gab, was bei den vielen Umgehungen und Durchbrechungen des GATT durch eine ganze Reihe von Vertragsstaaten noch GATT-konform ist, haben Sie, meine Damen und Herren, gehört, und die wird Sie wahrscheinlich so wenig befriedigen wie mich. Niemand weiß, was GATT-konform ist. Offenbar das, was man zur Tolerierung bringt. Die EWG ist nicht GATT-konform, und die EFTA ist nicht GATT-konform. Beide haben keine Anerkennung vom GATT bekommen, aber sie existieren. Kann man nicht den Versuch machen, auch auf dieser Linie etwas zu erreichen?

Und dann gab es noch eine für mich sehr heitere Episode. Ich habe dies in einem Artikel einer sozialistischen Zeitschrift, „Die Zukunft“, dargestellt. Die „Arbeiter-Zeitung“ — mein eigenes Parteiblatt — hat meine Feststellung, daß aus der EWG-Verwaltung ein diesbezüglicher Rat an die österreichische Bundesregierung kam, richtig zitiert, aber mit einem falschen Titel versehen. Das soll vorkommen. Nämlich mit der Überschrift: Die EWG-Kommission. Und nun kam ein geharnischtes Dementi aus Brüssel, die EWG-Kommission hat keinen Rat gegeben. Stimmt, das habe ich auch nicht behauptet. Das ist passiert. Und was dem „Volksblatt“ der ÖVP passieren kann, daß es die Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers falsch wiedergibt, das kann der „Arbeiter-Zeitung“ auch passieren. Da ist wenigstens auf dem Gebiet noch ein Proporz, daß man sich solche Fehler erlauben kann.

Das entscheidende aber ist ja, Hohes Haus, daß der Ministerrat der EWG der Europäischen Kommission — oder wie es heißt: der Kommission der Europäischen Gemeinschaften — im Sommer ein ausdrückliches Mandat zu Verhandlungen gegeben hat, nicht mit Österreich, aber mit Spanien, und zwar über einen Präferenz Zollvertrag im Sinne des Artikels 24 des GATT. Da gibt es einen Präzedenzfall. In diesem Sinne hat man uns geraten, und in diesem Sinne haben auch die österreichischen Unterhändler bei der Kennedy-Runde mit den Unterhändlern der EWG einen

Czernetz

Briefwechsel ausgetauscht, nachdem wir spätestens im Jahre 1969 in Verhandlungen über Zollerleichterungen, Zollkonstitutionen eintreten werden, nämlich genau das, wovon ich geredet habe.

Im Jahre 1962 anlässlich einer Diskussion im Gewerbehaus auf der Landstraße, also in einer Zeit, in der wir — Kollege Kranzlmayr wird sich erinnern — im Europarat leidenschaftlich darum gekämpft haben, nicht schlechter behandelt zu werden als andere europäische Staaten — und wenn wir drei Neutralen, nämlich Schweden, Schweiz und Österreich, nicht Mitglieder werden können, dann wollen wir assoziiert sein, um dabei sein zu können —, da hat mir ein hoher Beamter der EWG in einem Privatgespräch gesagt: Hört doch endlich auf mit diesen Assoziierungswünschen. Schaut, daß ihr einen Handelsvertrag mit besonders günstigen Bedingungen bekommt. Die Assoziierung ist für Länder, die später nicht Vollmitglieder werden können, nicht möglich.

Das ist die berühmte Assoziations-Philosophie, die wir ja aus der EWG vom Präsidenten Hallstein bis zu meinem Parteifreund, dem früheren deutschen Abgeordneten Birkelbach, immer wieder zu hören bekommen haben. (*Abg. Dr. Gorbach: Griechenland!*)

Also die Herren der EWG haben uns das gesagt. Griechenland und die Türkei, Herr Altbundeskanzler, sind ja typische Fälle, die sollen Mitglieder werden, die sind ja in einer Durchgangsposition von zehn oder mehr Jahren, bis sie Vollmitglieder werden können.

Die Behauptung war: Neutrale können es nicht. Wir haben aber darum gekämpft, als die drei Neutralen noch gemeinsam um diese Position kämpfen konnten und sie einander international und weltpolitisch unterstützen und abstützen konnten, was eine wesentlich andere Position war als unser Alleingang.

Ich war leider nicht im Haus, als einer der Kollegen von der FPÖ vor ein paar Tagen gefragt hat, warum ich nicht auch so für die Teilnahme Österreichs an der EWG gesprochen habe, wie ich für die Teilnahme Großbritanniens an der EWG eingetreten bin. Das ist mir berichtet worden.

Ja, meine Herren Kollegen von der FPÖ, da besteht ja ein Zusammenhang. Wenn die EWG bereit und imstande ist, Großbritannien und die anderen Antragsteller, das sind Dänemark, Norwegen und Irland, aufzunehmen, und wenn es dann möglich sein sollte, bei der Verwirklichung des großen Konzepts von 1961 wieder jene EFTA-Staaten oder Außenseiter, wie Irland, die der EWG beitreten können, zu Vollmitgliedern zu machen und die

Neutralen als Assoziierte aufzunehmen, dann sind wir ja wieder drin. Aber wie weit sind wir noch davon entfernt? Die Schlüsselfrage ist der Beitritt Großbritanniens. (*Abg. Meißl: Wenn alle dabei sind, dann kommen vielleicht als letzte wir!*)

Pardon, aber das ist ja nicht unser böser Wille! Das sagen uns ja die Leute der EWG und der Mitgliedstaaten immer wieder selbst. Das sagen sie uns ja: Ihr Österreicher könnt nicht vorangehen! Das wissen die Schweizer, die in einer leichteren Situation als wir sind, das wissen die ganz genau. Die holen sich nicht immer Beulen am Kopf, wenn sie gegen die Wand rennen, was offenbar die außenpolitische Spezialität unserer gegenwärtigen Regierung ist. Wir versuchen das immer, ohne daß wir den geringsten Erfolg dabei haben können.

Worauf es ankommt, ist, daß gegenwärtig das Konzept der Erweiterung der EWG um Großbritannien und die anderen westeuropäischen Staaten, die der EFTA angehören oder Außenseiter sind, und auch die Assoziierung der Neutralen blockiert ist durch die Politik des französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Jetzt schimpfen schon alle in Europa so stark über den Präsidenten de Gaulle, daß ich es mir fast schon ersparen kann. Es hat eine Zeit gegeben, in der man mir Vorwürfe gemacht hat. Aber jetzt — ich kann ja nicht einmal mehr Schritt halten mit der Kritik und der Gegnerschaft gegen den Präsidenten de Gaulle —, wenn jetzt schon in der deutschen Bundesrepublik die beiden Fraktionssprecher der SPD und der CDU Helmut Schmid und Rainer Barzel öffentlich gegen die Politik de Gaulles protestieren, wo komme da ich noch hinein mit meiner schon althergebrachten Gegnerschaft gegen die autokratische Politik des Generals?

Hohes Haus! Ich habe erst vor kurzem Gelegenheit gehabt, bei einer Europaratssitzung, die wir in Brüssel hatten, die Meinung der belgischen Politiker, und zwar Parlamentarier und Minister, zu hören. Glauben Sie mir: Es hindert mich jetzt jene Rücksicht auf den Staatsmann eines befreundeten Landes, zu sagen, was man in der internen Sitzung in Brüssel gesagt hat, rücksichtslos gesagt hat gegen diese Politik einer Blockierung der europäischen Einigung, einer Blockierung jedes weiteren Fortschrittes, eine Politik, die eine Gefahr bringt für den Bestand der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, denn de Gaulle hat gedroht, wenn man das nicht tut, was er sagt, dann ist die EWG selbst in Gefahr.

Hier zeigt sich, wie mein — „Vorurteil“ hat man das einmal genannt — Vorurteil gegen Autokraten doch was für sich hat. Man kann nie genau berechnen, ob einem die Früchte

Czernetz

der autokratischen Politik immer passen werden. Aber ich glaube, als Demokraten sollen wir immer gegen die Autokratie sein.

Gegenwärtig ist Europa in einer schrecklichen Situation. Unser Nachbar, die deutsche Bundesrepublik, befindet sich in einem schrecklichen Dilemma. Man kann nur fragen: Was sollen die für eine Außenpolitik betreiben, wo sich alles auf die Freundschaft und das Bündnis mit Frankreich stützen muß, aber das Frankreich de Gaulles keine Rücksicht nimmt auf die Interessen und Bedürfnisse der deutschen Bundesrepublik, auf das Interesse der anderen fünf unter den sechs der EWG, den Rahmen zu erweitern.

Hohes Haus! In dieser Lage ist wahrlich mehr Realismus in der österreichischen Außenpolitik notwendig. Jetzt ist das Fahren-Entrollen und das Rosse-Besteigen und Gegen-Windmühlen-Reiten doch noch lächerlicher geworden, als es vorher war. — Aber ich meine nicht den Herrn Bundesminister damit, das möchte ich ausdrücklich sagen. *(Heiterkeit. — Abg. Dr. Gorbach: Hat er keine Roß? — Neuerliche Heiterkeit.)* Vielleicht hat er nicht die Absicht, gegen Windmühlen zu reiten, aber das müßte er schon selber sagen. Das weiß ich nicht.

Hohes Haus! Jedenfalls können wir feststellen, daß eine Wendung unserer Politik und eine Aktivierung unserer Politik durch die Regierung unbedingt notwendig wäre, umso mehr, als sich jetzt schon wirtschaftliche Folgen der bisherigen Entwicklung zeigen. Ich habe mir die Zahlen angeschaut, die jetzt amtlich vorliegen, über die Handelsentwicklung in den ersten acht Monaten dieses Jahres von Jänner bis August. Es zeigt sich, daß unsere Exporte insgesamt um fast 2 Milliarden zugenommen haben — 1925 Millionen —, unsere Importe sind so wie etwa in der Bundesrepublik auf Grund der Konjunkturabschwächung um 459 Millionen zurückgegangen. Unsere Exporte in die EWG sind gegenüber dem Vorjahr um 381 Millionen zurückgegangen. Unsere Exporte in die EFTA sind gegenüber dem Vorjahr um 924 Millionen angewachsen.

Hohes Haus! Ich habe bei diesen Anlässen immer den Versuch gemacht, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß nicht nur die Globalzahlen des Exportes wichtig sind, sondern auch die Analyse: Was ist exportiert worden? Und hier wird das Bild noch deutlicher: Wir haben in diesen acht Monaten Rohstoffe und Lebensmittel um 4896 Millionen, also fast 4,9 Milliarden, in die EWG exportiert; in die EFTA um 551 Millionen, in die Ostblockstaaten um 366 Millionen, zusammen 917 Millionen. An industriellen

Fertigwaren haben wir in die EWG exportiert um 7632 Millionen, in die EFTA um 5712 Millionen, in die Ostblockländer um 4031 Millionen; EFTA und Osteuropa zusammen 9743 Millionen, in die EWG 7632 Millionen.

Da soll uns jemand sagen, nur die EWG sei unser Heil, die EFTA sei nicht interessant und die Ostländer auch nicht. Das hat sich auf Grund der Ereignisse ergeben, die wir uns ja nicht ausgesucht haben. Ich mache nicht einmal Ihnen, meine Damen und Herren von der Mehrheit, einen Vorwurf, Sie haben sich ja redlich bemüht, hineinzukommen, aber man hat Sie nicht gelassen. Wir haben nur vorausgesagt und gesehen, wie die Entwicklung geht. Aber tatsächlich ist auf Grund dieser Entwicklung eine gewisse Umschichtung erfolgt. Ich muß sagen, eine der Wirkungen der Umschichtung ist eine etwas größere Streuung unserer Exporte, was nicht unbedingt ein Nachteil sein muß. Wir geraten von niemandem in Abhängigkeit, aber wir haben die Möglichkeit, durch eine größere Streuung unsere Unabhängigkeit von allen etwas zu vergrößern.

Nun, Herr Bundesminister, muß ich doch wieder die Frage stellen: Haben Sie als Ressortchef die Bundesregierung zu einer realistischen Einstellung gemahnt? Haben Sie dazu gedrängt? Haben Sie klargemacht, daß vor allem keine Verletzung der außenpolitischen Interessen durch falsch verstandene Wirtschaftsinteressen erfolgen darf? Ich kenne Ihren Standpunkt dazu. Haben Sie auch in der Bundesregierung die Notwendigkeit der bedingungslosen Aufrechterhaltung unserer Neutralitätspolitik und einer Politik vertreten, die international Vertrauen sichert und nicht erschüttern darf?

Haben Sie geschwiegen, Herr Bundesminister? Oder haben Sie nichts unternommen? Wenn ja, wenn Sie etwas unternommen und wenn Sie gesprochen haben, wie ist denn dieses Debakel unserer Außenpolitik, für das ja nach dem Kompetenzgesetz nicht nur der Außenminister verantwortlich ist, sondern die Bundesregierung mit fünf weiteren Ministerien, überhaupt zustande gekommen?

Ich muß sagen: Die Wirkungen sind ja unangenehm genug. Gerade jetzt liest man, auch wieder in einem nichtsozialistischen Organ, nämlich „Berichte und Informationen“, in einem Artikel „EWG-Vertrag zwischen Illusion und Nekrolog“, daß die Situation gegenwärtig wenig überschaubar ist, der Weg nach Brüssel weiter und unklarer denn je, nach wie vor fehlt es an jenen Orientierungspunkten über das Wie und Wann der österreichischen Integrationsfrage, die es der Unter-

Czernetz

nehmenschaft ermöglichen würden, ihre Entscheidungen danach zu richten. Dafür mangelt es nicht an Hinweisen auf notwendige Geduld, auf die vorausliegende Durststrecke, auf das Warten auf den Tag, um nur einige der gängigsten Formulierungen wiederzugeben.

Ja was soll da wirklich kommen? Was soll da geschehen? — Es heißt weiter in den „Berichten und Informationen“: „Niemand kann heute Prognosen stellen und wird sich an solche wagen. Es mag zwar hart klingen, ist aber durchaus realistisch, wenn der Vizekanzler erst kürzlich in einem Interview erklärt, jeder Unternehmer müsse selbst nach seinem Gutdünken disponieren. Eine Orientierung zu geben, ist eben die österreichische Integrationspolitik nicht zuletzt aus den eingangs erwähnten Gründen zumindest gegenwärtig außerstande. Es bedarf hier keiner besonderen Erläuterung, daß sich die österreichische Integrationspolitik nach wie vor um die Erreichung ihres Zieles bemühen muß, wobei es insbesondere darauf ankommen wird, besser als in der Vergangenheit Außenpolitik und wirtschaftliche Integrationspolitik zu harmonisieren. Das entscheidende scheint jedoch die Orientierung der österreichischen Wirtschaftspolitik auf die Tatsache zu sein, daß wir uns als Außenseiter des Gemeinsamen Marktes auf eine längere Verhandlungsphase werden einstellen müssen, als uns lieb sein kann.“ Das sind sehr klare Worte, auch wieder Worte nicht von seiten der sozialistischen Opposition.

Hohes Haus! Wir haben auch die unangenehme Tatsache vor uns, daß die Integrationspolitik mit einem anderen Teil unserer Außenpolitik in Verbindung gebracht worden ist, mit der Südtirolfrage, über die mein Parteifreund Horejs sprechen wird. Die Italiener haben mit Berufung auf den Terrorismus ein Veto gegen Verhandlungen erlassen. Es ist interessant, daß die, die sich am meisten darüber gefreut haben, die Franzosen waren; denn das ist für sie ein Präjudiz. Das Geltenlassen des italienischen Vetos gegen ein Verhandlungsmandat ist ein Präjudiz für die Franzosen, ein Veto gegen ein Verhandlungsmandat mit Großbritannien zu erlassen. Das hindert aber die italienische Regierung nicht daran, neuerlich feierlich zu erklären, wie sehr sie für den Beitritt Großbritanniens zur EWG wäre. Das ist nicht ganz logisch und harmonisch, aber das spielt ja nicht immer eine solche Rolle.

Wenn ich die Frage Südtirol gerade mit dieser Frage in eine Verbindung bringe, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß ebenfalls „Die Furche“ in dem schon erwähnten Artikel geschrieben hat: „Es hilft

alles nichts. Mag man da noch zögern, dort widerstreben, allzu lange hat das offizielle Wien unter dem Druck der einer maximalistischen EWG-Politik verschriebenen politischen und journalistischen Pressure Group versäumt, die Grundströme der europäischen Politik zu analysieren. Warnende Stimmen, und gehörten sie auch dem nach der Verfassung verantwortlichen Leiter unserer Außenpolitik, galten als die von Störenfriede. Man lief lieber Gefahr, optisch Südtirol zu verkaufen, nur um das italienische Veto zu beseitigen.“ Es ist eine tragische Situation. Und jetzt schreibt „Die Furche“ dazu: „Nur ein Realismus in der Integrationsfrage entschärft Roms Veto.“

Das verstärkt nur wieder den Standpunkt, den ich in der Sache selbst vertreten habe. Wenn ich sagte, die gegenwärtige Regierung hat kein außenpolitisches Konzept, dann ist das auch wieder den Äußerungen des Generalsekretärs des Akademikerbundes zu entnehmen, auch da wieder aus dem Regierungslager selbst: „Wo ist denn in unserer Außenpolitik die Balance zwischen West und Ost hingekommen? Hat man nicht in der Koalition immer sorgfältig darauf geachtet, Freundschaft mit beiden Seiten zu halten, um die Beziehungen zu verstärken, aber es auszubalancieren, damit kein falscher Eindruck entsteht?“

Aber die ÖVP hat sich immer schon gedacht, und man hat es uns gesagt: Ja, was bei den Sozialisten als Ostanfälligkeit angesehen wird, kann man der ÖVP nicht anlasten, weil doch die nicht in einen solchen Verdacht kommen kann. Sie kann sich also erlauben, was sie will. Kann sich wirklich die ÖVP und ihre Regierung auf dem Gebiet erlauben, was sie will?

Ich nehme da wieder den Artikel von Dr. Zimmer-Lehmann zur Hand und lese mit einigem Entsetzen, daß er sagt: „Im engen Zusammenhang damit steht auch Österreichs Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Unsere außenpolitischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten scheinen nicht mehr so intensiv zu sein, wie sie es einmal waren.“ Und er sagt dann: „Auch in Zukunft ist mit den Vereinigten Staaten als führender Industrie- und Finanzmacht der Welt zu rechnen — Grund genug, die enge Freundschaft, die Österreich durch Jahrzehnte mit den Vereinigten Staaten verbunden hat, keiner anderen Kombination zu opfern.“

Ich kann mir nicht denken, Herr Bundesminister, daß der Generalsekretär des Akademikerbundes nicht bessere Information hat als die sozialistische Opposition dieses Hauses.

Czernetz

Wie sagt doch der Generalsekretär und Klubobmann der ÖVP immer so gern — und das zitiere ich wirklich gern —: Er muß sich doch dabei etwas gedacht haben, er muß ja etwas gewußt haben! (*Beifall bei der SPÖ.*) Das kommt ja nicht einfach von irgendwo, da ist doch was dran.

Ich möchte sagen: Die Übertreibungen gegenüber der einen Seite sind schlecht, sie haben die Balance gestört, und die betonte Sympathie für reaktionäre Regierungen und Systeme ist nur zweifelhaft und stellt in keiner Weise eine Balance unserer Außenpolitik dar. Es ist die sehr zweifelhafte Haltung in der Frage der griechischen Diktatur. Darüber wird mein Parteifreund Dr. Pittermann noch einiges sagen.

Bei den Vereinten Nationen kann man immer wieder hören, wie die Haltung führender österreichischer Politiker zur portugiesischen Diktatur und ihrer Kolonialpolitik und zur südafrikanischen Politik der Apartheid viel Unbehagen und Unfreundlichkeit auslöst. Ja gerade wir brauchen doch als das Land, in dem der Sitz der UNIDO ist, das Vertrauen der Menschen der Entwicklungsländer. Ist es wirklich sinnvoll, das durch unzeitgemäße und unpassende Sympathien für die abgewirtschafteten Diktaturen oder für die sehr machtvolle und starke, aber sehr unsympathische rassistische Herrschaft in Südafrika zu opfern?

Ich möchte sagen, Hohes Haus: Dieses Unbehagen bei einem Teil der Länder der Vereinten Nationen ist für uns gar nicht angenehm. Das kann das Vertrauen in unsere Außenpolitik nicht stärken.

Bei anderen Anlässen ist gesagt worden, und vor kurzem hat es ganz aus der Reihe und ohne Zusammenhang der Kollege Altenburger hineingebracht — wir brauchen da keine besonderen Hinweise, und Unterstützungen nehmen wir gerne an —: Hilfe für Entwicklungsländer, mit vollem Herzen, natürlich, so schwer es sein mag, das ist eine der großen Aufgaben. Ich darf das vielleicht diesem Hohen Hause nur mit einigen Hinweisen noch erläutern.

Ein Drittel der Menschheit lebt in entwickelten Industrieländern. In diesen Staaten sind zehn Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. Es ist heute schwerer, den Lebensmittelüberschuß nicht weiter zu produzieren, die Überschußproduktion zu stoppen, als ihn zu steigern — etwas, was auf der Hand liegt. Technik und Chemie erleichtern bei geringerer agrarischer Bevölkerung die Steigerung der Produktion. Aber zwei Drittel der Menschheit leben in Ent-

wicklungsländern. Die große Mehrheit der dortigen Bevölkerung ist in der Landwirtschaft beschäftigt, aber diese Länder leiden in wachsendem Maße unter Unterernährung und Hunger. Und ein Mann wie Professor Weizsäcker sagt, daß wir damit rechnen müssen, daß in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten Hungerkatastrophen mehr Menschen dahinfluten werden als die beiden Weltkriege dieses Jahrhunderts.

Man soll nicht leichtfertig sein und sagen: Können wir uns denn eine Unterstützung der Entwicklungsländer leisten? Grenzen können den Übertritt von Personen aufhalten, aber nicht Seuchenverbreitung in der Welt verhindern. Was aus solchen Katastrophen, solchen physischer, psychischer und politischer Art, für uns entstehen kann, möchte ich gar nicht beschreiben. Wir haben also allen Grund, alles daranzusetzen, um uns in diesen Prozeß einzuschalten. Aber das können wir nur tun, wenn wir wirklich Vertrauen erwecken und Vertrauen finden. Dazu ist die Politik einer wohlausgewogenen Gleichheit nach allen Seiten notwendig.

Meine Damen und Herren! Wir reden über alle diese Dinge hier in aller Öffentlichkeit. Warum denn? Weil wir im Außenpolitischen Ausschuß dieses Hauses keine Möglichkeit haben, das zu tun, was in jedem andern Parlament der Welt möglich ist. Die Geschäftsordnung kommt aus einer anderen Zeit, sie ist in dem Punkt nicht geändert worden, sie ist strikt. Die Mehrheit dieses Hauses hat es bisher immer abgelehnt, sie so extensiv auszulegen, wie es der Präsident des Nationalrates Dr. Maleta empfohlen hat. Wir können also nur vorliegende Entwürfe der Regierung behandeln oder Berichte, die uns vorgelegt werden, die, wenn sie nachher in die Öffentlichkeit kommen, aus einem Blatt Papier bestehen, auf dem nichts steht — was nicht kritisiert werden soll. Aber warum sagt man dann in den Sitzungen nicht mehr? Darf ich die anwesenden Mitglieder des Hohen Hauses daran erinnern, daß wir ein paarmal schon die beschämende Lage gehabt haben, daß dieser Aufhänger für eine interne Debatte nicht benützt worden ist. Und nachdem meine Parteifreunde es abgelehnt haben, für eine vertrauliche Sitzung zu sein, und die Mehrheit die Vertraulichkeit beschlossen hat, haben die zuständigen Minister und der Kanzler nicht mehr gesagt, als auf dem fast leeren Blatt Papier stand. (*Abg. Dr. Pittermann: Weil es vorher schon in der Zeitung gestanden ist!*) Die Frage ist, ob alles in der Zeitung war. Jedenfalls sollte man dem Parlament und seinem Außenpolitischen Ausschuß früher und mehr berichten, als man

Czernetz

in der Zeitung sagen kann. Wenn man schon die Sitzung für vertraulich erklärt, dann soll man doch mehr sagen, als man der Öffentlichkeit zu sagen imstande ist.

Ich darf darauf hinweisen, wie anders das in anderen Ländern ist. Neid erfüllt mich, wenn ich an die Sitzung in der Vorwoche in Brüssel denke. Der Kollege Kranzlmayr mußte im Haus sein, er konnte nicht dabei sein. Wir hatten eine Sitzung unserer Ständigen Arbeitsgruppe zur Verbindung mit den nationalen Parlamenten in Brüssel. Der Außenpolitische Ausschuß der Brüsseler Kammer hat uns eingeladen, an einer Sitzung und an der Debatte dieses Parlamentsausschusses teilzunehmen. Ein belgischer Minister hat einen Bericht über die Integrationslage erstattet, und wir Abgeordneten aus den Mitgliedstaaten des Europarates haben uns mit den belgischen Kollegen, Ministern und Abgeordneten, an der Debatte beteiligt. Das ist ein Stück europäischer Zusammenarbeit nicht in Worten, sondern in Taten.

Nach der Geschäftsordnung können wir hier noch immer nichts tun. Ich hoffe, die Kollegen der Mehrheit dieses Hauses werden uns die Möglichkeit schaffen, bei künftigen Anlässen, wenn Kommissionen des Europarates nach Wien kommen, wenigstens informell gemeinsame Sitzungen abhalten zu können, und sie werden die Möglichkeit schaffen, daß die Mitglieder des betreffenden Fachausschusses gemeinsam mit jenen des Europarat- ausschusses beraten. Ich hoffe auch, daß die Kollegen aus dem Europarat das voll und ganz unterstützen werden. Wir werden auch im Europarat darüber reden, daß man das in anderen Ländern ebenfalls machen soll. Wenn wir nur schon eine diesbezügliche Änderung und Erweiterung unserer Geschäftsordnung hätten!

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat bisher die Möglichkeiten nicht benützt, sie hat uns nicht genügend informiert. Es ist peinlich, wenn ausländische Politiker, Parlamentarier und Minister auf der internationalen Ebene zu uns kommen und wir ihnen manchmal sagen müssen: Darüber sind wir von unserer Regierung nicht informiert worden! Am Ende ist es nämlich so, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, daß die Opposition die Informationen schon bekommt, aber nicht von der eigenen Regierung, sondern von ausländischen Kollegen aus ausländischen Parlamenten. Wir kriegen alle die Informationen, denn in jenen Ländern werden ja die Parlamentarier von den Regierungen informiert, und so kommt das auch uns zugute. Aber wir schämen uns für die

Behandlung dieses Parlaments, und wir schämen uns auch für die Bundesregierung, die dieses Parlament so behandelt.

Ich möchte fragen: Wie lange soll diese einseitige konzeptlose Außenpolitik noch weitergehen? Wie lange wird sich das die Regierung noch leisten?

Angesichts dieser Situation werden Sie begreifen — wenn Sie dem auch nicht zustimmen —, daß die sozialistische Fraktion auch diesem Budgetkapitel Äußeres nicht die Zustimmung geben kann. Wir haben in diesem Hause zu wiederholten Malen die gemeinsame Außenpolitik auch in der Zeit der Einparteienregierung angeboten; es geschah durch den Parteibmann der Sozialistischen Partei Dr. Kreisky, durch den Klubobmann Dr. Pittermann, durch andere meiner Kollegen und auch durch mich selbst. Wir haben die kalte Schulter gezeigt bekommen. Wir haben keinen Grund, uns anzubiedern! Die Opposition hat das nicht nötig. Vom Parteistandpunkt aus habe ich nicht einmal eine Beschwerde: Es macht es uns vielleicht leichter. Aber für Österreich, meine Damen und Herren, ist es falsch und schädlich!

Ich möchte mich an den Herrn Bundesminister für Äußeres direkt wenden und sagen: Herr Bundesminister! Sie müssen doch wissen, was auf außenpolitischem Gebiet angerichtet worden ist. Sie haben doch ausgezeichnete Diplomaten und außenpolitische Fachleute als Mitarbeiter und Berater. Sie können doch diesem außenpolitischen Laienspiel Ihrer Kollegen in der Bundesregierung nicht widerspruchlos und nicht tatenlos zusehen! (*Zwischenruf bei der SPÖ: Er ist zu schwach!*) So wird das nicht weitergehen, dagegen wird sich der gesunde Instinkt, die politische Vernunft und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewußtsein der Österreicher schließlich zur Wehr setzen. Österreich kann sich den Luxus dieses ÖVP-Dilettantismus in der Außenpolitik nicht leisten. (*Zustimmung bei der SPÖ.*) Die schädliche Einseitigkeit muß doch bald ein Ende nehmen! Wir alle als österreichische Politiker sind unseren Wählern und unserem Volk gegenüber verantwortlich, aber als Österreicher tragen wir alle gemeinsam eine große Verantwortung vor der Welt, nämlich Verantwortung für Ruhe und Frieden an diesem neuralgischen Punkt im Herzen Europas.

Hohes Haus! Daher möchte ich sagen: Wir brauchen eine wohlausbalancierte, wohlkonzipierte Außenpolitik für unser Land und unser Volk und damit auch eine österreichische Politik für Europa und für den Frieden der Welt! (*Anhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Fiedler das Wort.

Abgeordneter Dr. **Fiedler** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorerst kann ich namens der Fraktion der Österreichischen Volkspartei die Erklärung abgeben, daß wir den Ansätzen der Gruppe III, Kapitel 20, selbstverständlich die Zustimmung geben werden. (*Abg. Doktor Tull: No na! Eine tiefgründige Feststellung!*) Sie muß aber im Rahmen der Debatte erfolgen, Herr Kollege; auch Ihr Klubobmann gibt mir recht. (*Abg. Dr. Pittermann: Richtig! Es tröstet auch die Minister!*)

Wie immer erfolgt im Rahmen dieser Debatte eine Diskussion über die wichtigsten Fragen der österreichischen Außenpolitik, und ich möchte die Gelegenheit dieser Diskussion benützen, mich mit einigen wichtigen Problemen der Außenpolitik zu befassen, wobei ich in erster Linie das Grundsätzliche herausstreichen möchte und mich auf diese Dinge beschränke. Einige Kollegen meiner Fraktion werden im weiteren Verlauf Gelegenheit haben, auf Spezialprobleme einzugehen.

Ich darf festhalten, daß auch mein Vorredner, Herr Kollege Czernetz, im Rahmen seiner Einleitung vor allem auf das Grundsätzliche hingewiesen hat. Ich darf ihm sogar beipflichten, daß er mit seinen einleitenden Worten, die ja für das Fernsehen gedacht waren, sicherlich recht hatte. Es war richtig, in dieser Debatte auf die Brandherde unserer Welt hinzuweisen, und es war auch richtig, die sich andeutende politische Desintegration der Blocksysteme zu erwähnen.

Ich glaube, gerade wenn man Gelegenheit hatte — dieses Glück war mir am Mittwoch vor 14 Tagen beschieden —, als österreichischer Beobachter der Sitzung des Weltsicherheitsrates beizuwohnen, dann kann man sagen, daß gerade dieser Entschluß des Weltsicherheitsrates die Andeutung, wie sie hier gemacht wurde, bestätigt hat. Ja ich glaube noch mehr: daß man in diesem Beschluß einen Hoffnungsschimmer für die gesamte Weltpolitik sehen darf und daß man in gewisser Beziehung optimistisch sein darf, wie man überhaupt, das möchte ich festhalten, in der Außenpolitik nicht nur Realist, sondern vor allem auch Optimist sein muß. In dieser damaligen einstimmigen Beschlußfassung des Sicherheitsrates, die sensationellerweise mit der Stimme des Vertreters der Sowjetunion, des Stellvertretenden Außenministers Kuznetzow, erfolgte, sehe ich nicht nur eine Sensation, wie es die Journalisten am gleichen Tage bezeichnet haben, sondern auf lange

Sicht einen Weg, der für die gesamte Menschheit fruchtbringend und erfolgreich sein soll.

Was Sie über die Abrüstungsfrage gesagt haben, hat viel für sich. Auch ich werde Gelegenheit nehmen, im Rahmen meiner Ausführungen darauf zurückzukommen.

Meine Damen und Herren! Österreichs Neutralität steht heute immer wieder im Mittelpunkt von Überlegungen und Debatten — auch die vorangegangene Debatte hat das gezeigt —, die das Integrationsbestreben unseres Landes zum Gegenstand haben. Österreichs Neutralität, so wird vielfach behauptet, mache es der Sechsergemeinschaft schwer, einem Arrangement zuzustimmen. Aus dem Osten wieder werden Stimmen laut — in der Debatte wurde das Fernsehinterview mit dem Staatspräsidenten der Sowjetunion wieder in Erinnerung gebracht, obwohl wir uns schon im Vorjahr in der gleichen Debatte darüber ausführlich unterhalten haben —, die ihrerseits behaupten, die Neutralität vertrage sich nicht mit einer auch nur wirtschaftlich ausgerichteten Bindung an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Noch — das möchte ich betonen — sind wir frei genug, um eigene Entscheidungen treffen zu können. Noch — das ist keine temporäre Abgrenzung, sondern der Hinweis darauf, daß wir den Unterschied von Neutralität, Neutralismus und Blockfreiheit genau kennen. Keine Macht der Welt kann uns zwingen, opportunistische Balanceakte zu vollführen, einzig in dem Bestreben, unsere Handelsbeziehungen zu verbessern. Sicher braucht Österreich beide Absatzmärkte — jene des Ostens ebenso wie die im Westen. Doch gebe sich niemand der falschen Erwartung hin, daß die österreichische Bundesregierung einer Neutralitätsverletzung, welcher Art immer auch, zustimme. Österreichs immerwährende Neutralität ist verfassungsmäßig verankert. Sie ist mehr als ein Paragraph, sie ist ein Sicherheitsfaktor besonderer Art für Österreich und darüber hinaus, wie ich zu behaupten wage, für ganz Europa. Eine Neutralitätspolitik verträgt sich nicht mit der Hinwendung an einen bestimmten Block — weder an den westlichen noch an den östlichen.

Meine Damen und Herren! Als 1955 Österreich den Weg der immerwährenden Neutralität einschlug, war es ein Akt freier Entscheidung, das Wissen um die zukünftigen Notwendigkeiten einer europäischen Standortbestimmung und nicht die Spekulation um die Möglichkeiten einer wirtschaftlich lukrativen Anlehnung. Würde Österreich eine solche gesucht haben, hätte es nie zur Neutralitätserklärung in der vorliegenden Form kommen

Dr. Fiedler

dürfen. Daher sind heute alle Spekulationen, die darauf abzielen, das Neutralitätsgesetz einer Veränderung zu unterwerfen, unsinnig und völkerrechtlich unmoralisch.

Neutralität ist eine Aufgabe und keine Verfahrensfrage. Den Status der Neutralität wechselt man nicht wie ein Kabinett. Die Verantwortlichkeit ist 1955 für alle zukünftigen Regierungen festgelegt worden. Darüber sollten sich auch die Sozialisten klar sein, und wenn sie Zweifel daran hegen, mögen sie der jüngsten Entwicklung in England mehr Aufmerksamkeit schenken. England als EFTA-Land hat den Reigen derer eröffnet, die durch eine Flucht nach vorne die Europäische Freihandelsassoziation diskriminierten.

Heute, nach dem Debakel der Wilson-Politik, der englischen Pfundabwertung und der wachsenden Unpopularität der englischen Regierungspartei versucht eben diese Regierungspartei, durch eine möglichst rasche Mitgliedschaft bei der EWG eigene konzeptionelle Fehler vergessen zu machen.

Eine solche Politik kann und darf uns nicht als Vorbild dienen. Sie ist nicht nachahmenswert. Das Ansehen Österreichs in der Welt wird nicht zuletzt durch die einwandfreie Haltung unseres Landes bestimmt. Diese Haltung aufgeben wäre gleichbedeutend mit einem moralischen Verlust, den auch der beste Vertrag mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nicht aufwiegen würde.

Bundeskanzler Dr. Klaus steht an der Spitze eines Regierungsteams, das sich über die Schwierigkeiten und Folgen einer Verzögerung unseres Arrangements mit der EWG völlig im klaren ist. Die wirtschaftlichen Realitäten sind das Ergebnis einer Summe von Entwicklungen, die wir weder verursacht noch vorhergesehen haben. Wenn die Opposition heute behauptet, sie hätte diese Entwicklung vorausgesehen, fehlt dieser Behauptung — das muß ich Ihnen sagen, Herr Kollege Czernetz — der Wahrheitsbeweis. Den einzigen Wahrheitsbeweis, den es meines Erachtens auch für Sie gibt und den Sie, die Opposition, anbieten könnten, wäre jener, wie ihn England durch eine falsche, von einem sozialistischen Kabinett betriebene Politik erbracht hat.

Das Jahr 1968, an dessen Beginn wir in wenigen Wochen stehen, wird in der Frage der Assoziation eine Entscheidung bringen müssen. Herr Kollege Czernetz, Sie haben davon gesprochen, daß wir sechs Jahre im Vorzimmer der EWG waren. Dazu muß ich doch sagen, daß Sie das wider besseres Wissen behauptet haben. *(Abg. Czernetz: Das habe ich nicht gesagt! Ich habe gesagt: Wir haben uns sechs Jahre bemüht, hineinzukommen!)*

Wir waren am Beginn im Vorzimmer und sind jetzt wieder im Vorzimmer!) Das ist Anschauungssache. Ich nehme diese Interpretierung gern zur Kenntnis, weil sie Ihre Sachlichkeit in dieser Frage bestätigt. Ich möchte aber sagen, es waren sehr reale Verhandlungen, und Sie wissen ganz genau, es waren nicht wirtschaftliche, sondern politische Einflüsse, die nicht in unserer Ingerenz standen, und ich werde auf die eine besondere von Ihnen angezogene Schwierigkeit noch im Rahmen meiner Ausführungen zurückkommen.

Aber wie immer auch diese Entscheidung ausfällt — ich bin keineswegs so vermessen, behaupten zu wollen, sie ließe sich in ihrer vollen Konsequenz absehen —: Österreich wird politisch und wirtschaftlich weiterzube stehen haben. Daher ist jede Vorsorge der Bundesregierung zu begrüßen, auch eine Vorsorge für unerwünschte, unerwartete Eventualfälle.

Die Handelsbeziehungen Österreichs zum Ostraum sind 1967 verbessert worden. Die Verantwortlichkeit der Bundesregierung kennt keine Grenzen — keine geographischen, keine moralischen, keine ideologischen —, denn die österreichische Bundesregierung verschachert weder die Neutralität des Landes noch tauscht sie den Freiheitswillen gegen Handelsverträge ein. Mögen sich das in erster Linie jene Stimmungsmacher merken, die unserem Regierungschef „Ostanfälligkeit“ vorgeworfen haben. *(Abg. Dr. Pittermann: Das wäre Plagiat! — Abg. Dr. Kleiner: Das haben Sie getan, Herr Dr. Fiedler, jahrelang!)* Ich komme noch darauf, Herr Vizekanzler!

Das Ansehen Österreichs im Westen hält durchaus einen Vergleich mit dem Osten aus. Oder glauben Sie, meine Herren — Damen sind im Augenblick nicht hier — der sozialistischen Seite, aber auch die freiheitlichen Abgeordneten, Österreich würde, wenn der Westen Grund zum Mißtrauen hätte, in den internationalen Organisationen und Foren jene Beachtung finden, die derzeit jederzeit nachweisbar ist? *(Abg. Peter: Das ist nicht das Verdienst unseres Bundeskanzlers, sondern unserer tüchtigen Diplomaten!)* Die Richtlinien für die Diplomaten, Herr Kollege Peter, gibt die Bundesregierung, die in erster Linie durch den Außenminister gegenüber den Diplomaten repräsentiert wird. Die Diplomaten sind nicht auf einem Eiland, sondern sie haben so zu handeln, wie die Bundesregierung oder der Ressortchef entscheidet. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Peter: Da haben Sie es schwer genug!)* Das müssen Sie denjenigen überlassen, die es tun, und sie exekutieren diese Aufträge auf jedem Platz dieser Welt erstklassig.

Dr. Fiedler

In New York, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird mit anderen Maßstäben gemessen. Wenn man den Kritikern unserer Außenpolitik glauben wollte, könnte man den Eindruck gewinnen, Österreichs Rolle sei die einer Gefälligkeitsanwesenheit. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: In New York, im Gebäude der Vereinten Nationen, hat man von Österreich eine bessere Meinung, als manche Kritiker in Österreich wahrhaben wollen. (*Abg. Peter: Dort kennt man die ÖVP nicht!*) Ich kann es nur auf einen Mangel an Information zurückführen, wenn immer wieder tendenziöse Behauptungen darüber aufgestellt werden.

Hohes Haus! Gestatten Sie mir nun, mich im Rahmen dieser Ausführungen auch mit der Ostpolitik zu befassen. Die Ostpolitik unserer Bundesregierung regt immer wieder politische Profis und Dilettanten an (*Abg. Peter: Sprechen Sie jetzt vom Bundeskanzler?*), subjektive Meinungen über Wert oder Unwert der Bemühungen um einen gangbaren Weg zu deponieren. Es ist ein in der Demokratie garantiertes Recht, solche Meinungen zu äußern, es ist aber nicht nur eine Frage des Rechtes nach der Verfassung, sondern auch eine Frage des Geschmacks. Und gerade in Einschätzung dieses Kriteriums bin ich gezwungen, gegenüber den Vertretern der Opposition im Hohen Haus eine eindeutige Klarstellung vorzunehmen.

Am 6. März 1966 hat sich zwar in Österreich viel geändert, rund um Österreich aber nichts. Die Ostpolitik ist nicht von der österreichischen Volkspartei erfunden worden, sondern sie fiel ihr als eine Aufgabe im Rahmen der zahlreichen Aufgaben unserer Außenpolitik zu. Es erscheint daher heute wohl demagogisch, wenn die Opposition gerade so tut, als würde sie überhaupt noch nie mit der Ostpolitik zu tun gehabt haben. (*Abg. Dr. Pittermann: Im Gegenteil!*) Ich möchte da im besonderen — Sie rühren sich schon, Herr Vizkanzler — eben Ihre Partei angesprochen wissen, deren Ostpolitik im wahrsten Sinne des Wortes hintergründig war.

Eine in ihren Grundzügen noch immer marxistisch orientierte Partei — das werden Sie als ehemaliger Parteiobmann bestätigen müssen — sollte in bezug auf den Osten etwas zurückhaltender sein. Daran ändern auch gewisse schaupolitische Manöver nichts, wie etwa jenes des Dialogs mit der Kirche. Denn der Kirche wird man schwerlich nachsagen können, daß sie ein Opfer des Marxismus werden kann. Aber Ihnen als Sozialisten brauchen wir es nicht nachzusagen: Sie sind Marxisten, und die gemeinsame Ideologie ist in jeder Weise unbestritten. (*Abg. Czernetz:*

Pardon, da irren Sie ganz gewaltig! Sie verwechseln jenen angeblichen Marxismus der Ostländer, mit denen die Kirche jetzt gerne einen Dialog führt, mit der wissenschaftlichen Auffassung!) Ich habe den Dialog gemeint, der beispielsweise in Wiener Neustadt angefangen hat, Herr Kollege! (*Abg. Peter: Das müssen Sie ja sagen, wenn Sie von Wiener Neustadt reden!*)

Wenn, wie am 23. September 1967, in der „Neuen Zürcher Zeitung“ festgestellt wird, daß nicht wenige Österreicher in einer außenpolitischen Traumwelt leben, so mag das als eine journalistische Floskel zur Kenntnis genommen werden. Immerhin hat diese Traumwelt gerade im letzten Jahr die Gefahr einer Isolierung Österreichs dank der Bemühungen der Bundesregierung abgewendet. Freilich nicht auf Kosten der österreichischen Gesinnung, denn sie steht über jeder politischen Aktivität.

Und nun eine offene Klarstellung: Die Reisen des Herrn Bundeskanzlers in östliche Nachbarländer dienten zwei Zielen: der atmosphärischen Verbesserung der Beziehungen und einer Wirtschaftsentwicklung, die wir brauchen (*Abg. Dr. Pittermann: Parteihaus der ungarischen kommunistischen Partei!*), denn es wäre höchst verhängnisvoll und träumerisch, darauf zu warten, bis uns die eifrigen Kritiker einen Weg weisen, der uns wirtschaftlich aus der unbestritten kritischen Situation führt. (*Abg. Weikhart: Kniefall vor den Kommunisten!*)

Hier wieder ein Wort an die Opposition auf der linken Seite des Hohen Hauses: Warum werfen Sie uns heute als Fehler vor, was Sie vor dem 6. März 1966 als Ihre Erfolge nicht lautstark genug verkünden konnten? (*Abg. Dr. Pittermann: Was Sie als Fehler bezeichnet haben!*) Sie sind, meine Damen und Herren von der Opposition, nicht so kurz-sichtig, wie ich annehmen darf. Oder wollen Sie sich nicht erinnern? Bei der Bevölkerung — das kann ich Ihnen versichern — ist es bestimmt nicht so.

Die Sicherung des Arbeitsplatzes, die Vollbeschäftigung unserer Industrie und die Verbesserung unserer Handelsbilanz stehen heute allein zur Debatte. Die österreichische Bundesregierung kennt die natürlichen Grenzen ihrer Ostpolitik. Sie verlaufen genau dort, wo ein Zuviel an Koexistenz zur Gesinnungslumperei werden würde. Es ist nur ein Glück, daß gerade unsere Gesprächs- und Handelspartner im Osten das besser zu wissen scheinen als einige lautstarke Vertreter in diesem Hohen Haus.

Österreichs Handel mit Osteuropa hat im Jahre 1967 eine Entwicklung genommen, die genau zeigt, wie wichtig es ist, auch die

Dr. Fiedler

Ostkontakte zu pflegen. Und wenn die „Neue Zürcher Zeitung“ von einer außenpolitischen Traumwelt schreibt, in der wir angeblich leben, so möchte ich dem entgegenhalten, daß eine Steigerung unserer Ostexporte um 23,3 Prozent und ein Rückgang der Importe um 2,6 Prozent sicher kein Beweis dafür ist, daß wir eine unrealistische Politik betrieben haben. Die beiden Zahlen — das möchte ich der Vollständigkeit halber anmerken — betreffen das erste Halbjahr des Jahres 1967.

Und politisch? Hat Österreich seit 1966 seine Politik gegenüber dem Osten nachteilig revidiert? Nennen Sie mir ein Faktum, das einen solchen Vorwurf rechtfertigen würde!

Der Herr Bundeskanzler hat am 3. Mai dieses Jahres vor der ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest sehr eindeutig klargestellt, wo Österreich seine völkerveröhnende Aufgabe sieht. Er hat allerdings auch einen Satz geprägt, der vermutlich aus seinem Referat geblieben wäre, würde er damals die Haltung der Opposition in der Frage der Ostpolitik so eingeschätzt haben, wie er sie heute, sehr zu unserem Bedauern, einschätzen muß.

Er sagte damals: „Die Fundamente dieser Politik sind klar und zwischen den staatstragenden großen Parteien Österreichs unumstritten.“ — Heute — das habe ich jetzt aus den letzten Worten meines Vorredners wieder hören müssen — sind sie das leider in diesem Umfang nicht mehr, denn um billiger Effekte willen befeißigt man sich, der Österreichischen Volkspartei und ihren Spitzenpolitikern eine Haltung anzudichten, die nicht den Tatsachen entspricht.

Der Entspannungswille, überall in der Welt nachweisbar und vor allem vom deutschen Außenminister und Vizekanzler Brandt, dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, also einem wirklich profilierten Sozialisten, in der Frage der Annäherung der deutschen Bundesrepublik an die Deutsche Demokratische Republik ohne Vorbehalt zugegeben, wird, auch zum Schaden des internationalen Ansehens Österreichs, umgemünzt.

Ich sehe mich auch veranlaßt, im Rahmen dieser grundsätzlichen Feststellungen einige Worte zum Südtirol-Problem zu sagen, wenngleich mein Fraktionskollege Dr. Halder sich im Detail damit auseinanderzusetzen haben wird.

Meine Damen und Herren! Als Italien Österreichs Bemühungen um ein Arrangement mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft durch ein Veto blockierte, fand dieser Schritt durchaus nicht den von Rom erhofften Beifall. Südtirol und EWG zu koppeln, erscheint unsachlich und ist es auch. Österreichs Südtirol-

Politik strebt nichts anderes an als die Durchsetzung der Autonomiewünsche der Südtiroler.

Auch in diesem Belang ist sozialistische Kritik, wie ja zu erwarten gewesen ist, nicht ausgeblieben. Erst kürzlich, bei der Behandlung des Budgetkapitels Justiz in diesem Hohen Hause, hat der ehemalige Justizminister und Abgeordnete Dr. Broda seinem Amtsnachfolger vorgeworfen, er hätte im Rahmen seines Ressorts zuwenig gegen Extremisten und Terroristen getan. In diesem Zusammenhang fiel der Name Dr. Norbert Burger.

Hier muß es einmal ganz offen ausgesprochen werden: Die italienische Regierung und die italienischen Sicherheitsbehörden in Südtirol sind uns bis heute die schlüssigen Beweise dafür schuldig geblieben, daß alle Attentate jenseits der Tiroler Grenze auf das Konto österreichischer Staatsbürger zu buchen wären. Die österreichische Bundesregierung hat sich immer wieder sehr nachdrücklich und eindeutig gegen diese Vorwürfe von italienischer Seite ausgesprochen und betont, daß jede Form von Terrorismus auf das schärfste verurteilt werde. Unser Außenamt ist nicht so naiv, zu glauben, daß unter dem Lärm explodierender Sprengkörper und den Schmerzensschreien verletzter Polizisten oder Soldaten eine beide Länder befriedigende Formel für ein autonomes Südtirol gefunden werden könnte. Wir alle wissen, daß in Italien selbst ultralinke Gruppen am Werk sind, den inneren Frieden zu stören. Und diesen Gruppen gehören ganz sicher keine Österreicher, keine Südtiroler an; ebenso nicht jenen rechtsradikalen Zirkeln, die in Italien ihre selbstgebastelten Bomben zünden.

Worüber sprechen nun die Italiener, wenn sie das Problem Südtirol und Österreich zur Debatte stellen? Über die Freisprüche beziehungsweise die ihrer Meinung nach zu milden Urteile österreichischer Gerichte gegen Terroristen. Sie sprechen aber nicht — das muß ich betonen — über die in Österreich seit 1961 gefällten Urteile vor Einzelrichtern, Schöffen und Geschwornen.

Ich bin gerne bereit, eine Liste solcher Urteile einem italienischen Journalisten zu überlassen — allerdings nur dann, wenn er bereit ist, sie auch voll und ganz zu veröffentlichen.

Ob es aber, meine Damen und Herren, von Italien richtig war, die Südtirol-Frage mit der EWG-Frage zu koppeln und damit einen politischen Druck zu erzeugen, möchte ich zu beantworten jedem einzelnen Abgeordneten dieses Hohen Hauses überlassen. Ich darf dazu nur eines sagen: Junktimierungen solcher Art waren noch nie glücklich und zielführend.

Dr. Fiedler

Meine Damen und Herren! Wenn auch in Integrationsfragen das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zuständig und federführend ist, hat sich im Rahmen der heutigen Debatte doch ein ziemlich umfangreiches Gesprächspaket ergeben, sodaß ich mich auch veranlaßt sehe, kurz zu einigen dieser angetönten Fragen Stellung zu nehmen und Bemerkungen hinzuzufügen. Es würde aber zu weit führen, mit Ziffern über die Handelspolitik ins Detail zu gehen, und wir wollen der sicherlich sehr umfangreichen Debatte, die am 14. Dezember in diesem Haus über das Kapitel des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie abgeführt werden wird, nicht vorgreifen.

Unsere Integrationsbestrebungen haben sich 1967 nicht positiv erfüllt. Wir haben in Brüssel einen Stand erreicht, der durchaus geeignet erscheint, den Vertrag besonderer Art mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einzubringen, wenn — in Brüssel — der Wille dazu besteht und eine entsprechende Tat dazu gesetzt wird.

Wie schon erwähnt, stellt Italiens Veto eine völlig neue und unerwartete und unvorhersehbare Hürde dar. Es ist aber nicht so, wie es die Opposition heute, weil es für sie optisch günstig ist, darstellt. Es stimmt auch nicht, Herr Kollege Czernetz, daß der Vorschlag Ihres Parteivorsitzenden, des ehemaligen Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Kreisky, durch einen Dreistufenplan und eine Interimslösung gewissermaßen durch die Hintertür in die EWG zu schlüpfen, rechtlich fundiert ist. Österreichs Verpflichtungen im Rahmen des GATT lassen sich nicht umdeuten und schon gar nicht ignorieren, wie es der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky gerne möchte oder wie er zumindest vorgibt, daß er einen solchen Weg für gangbar hält. Wenn Österreich in die EWG kommt, muß es sehr konkrete Voraussetzungen erfüllt haben. Mit einer Unverbindlichkeitserklärung wird es jedenfalls nicht gehen. Die EWG ist nicht mit einem Handelspartner zu vergleichen, dem ein Handschlag als Garantie genügt — es könnte sich sonst eine Hand ins Spiel schmeißen, die schon die gezinkte Karte bereithält.

Durch Großbritanniens Bestrebungen und Frankreichs negierende Haltung sind nun neue Hindernisse aufgetaucht, die, wie wir alle feststellen konnten, Österreichs Bemühungen schwer behindern. Ich glaube daher, noch einmal mit Berechtigung betonen zu können, daß ich im Jahr 1968 das Losjahr bezüglich der Entscheidung über unsere Bemühungen um eine Assoziation in Brüssel sehe.

Meine Damen und Herren! Die Generaldebatte der Vereinten Nationen, die seit Mitte September dieses Jahres läuft und um den 20. Dezember ihr Ende finden wird, stand — wie hätte es anders sein können — im Zeichen der Weltkrisen. Daß sich die internationale Lage 1967 nicht nur nicht verbessert, sondern bedauerlicherweise verschlechtert hat, war mehr als eine Feststellung. Der arabisch-israelische Krieg, die Spannungen in Südwestafrika, die Zypern-Situation und das UN-Defizit mußten daher als Themen über allen anderen offenen Fragen und Problembehandlungen stehen. Daß der Vietnamkonflikt, obwohl nicht auf der Tagesordnung, fast in jeder Rede hervorgehoben wurde, zeigt ganz besonders deutlich die Sorge an, wo in der Welt heute entscheidend zu den Problemen Stellung genommen wird. Wir Österreicher teilen diese Sorge nicht minder, denn wir fühlen mit den Opfern und deren Angehörigen — in den USA, in Südvietnam und in Nordvietnam.

Der Hinweis des US-Chefdelegierten und die wiederholt geäußerten Absichten des amerikanischen Präsidenten Johnson, den Konflikt nicht militärisch, sondern politisch zu lösen, gibt uns einen Schimmer der Hoffnung, daß auch im Fernen Osten Frieden einkehren wird, allerdings erst dann, wenn beide Parteien bereit sind, Zugeständnisse zu machen.

Es steht uns hier sicherlich nicht zu, eine der Parteien zu tadeln, es ist aber unser Recht, wie alle friedliebenden Nationen zu wünschen, daß die bessere Einsicht nicht mehr allzulange auf sich warten lassen möge. Eine ähnliche Haltung nehmen wir gegenüber dem arabisch-israelischen Konflikt ein.

Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren — ohne die akuten Krisen gering einzuschätzen —, ein anderes Problem, das auch von meinem Vorredner erwähnt wurde, berühren, das uns als neutraler Kleinstaat besonders am Herzen liegt: die Abrüstung. Die Vorlage eines Entwurfs mit gleichlautendem Vertragstext seitens der USA und der Sowjetunion auf der Genfer Abrüstungskonferenz wurde zwar fast ohne echte Einschränkung begrüßt, aber stärker als im Vorjahr erhoben im Verlauf der Generaldebatte Staaten, die keine Atomwaffen zur Verfügung haben — vor allem Indien, Italien und Japan —, kritisierende Einwände. Nach Meinung dieser Staaten würde ein solcher Abrüstungsvertrag den nicht nuklear gerüsteten Staaten mehr Verpflichtungen auferlegen als den Nuklear-Staaten.

Während sich in der bisher zwischen den USA und der UdSSR noch offenen Kontrollfrage eine übereinstimmende Lösung anzu-

Dr. Fiedler

bahnen scheint, indem die UdSSR einer zweijährigen Ko-Überwachung der EWG-Staaten durch die EURATOM zuzustimmen bereit scheint, versteifen sich die in der Generaldebatte aufgeworfenen Vorbehalte, die für eine zeitlich begrenzte Vertragsdauer statt einer uneingeschränkten eintreten.

Es wäre ein Beweis politischer Blindheit, glauben zu wollen, daß die Nuklear-Staaten die Investitionen von Milliardenvermögen in ihre Atomforschung mit einem Federstrich zunichte machen und als verschwendet abbuchen werden. Ehe die Genfer Konferenz einen echten Erfolg zeitigt, wird es noch vieler Bemühungen auf höchster politischer Ebene bedürfen, Bemühungen, die dahin gehen, die Angst vor den möglichen Folgen einer Abrüstung zu überwinden.

Nach Beendigung der Generaldebatte in New York nahm die Plenarversammlung den Bericht der politischen Spezialkommission über die Fortsetzung der Untersuchungen, die Auswirkungen der Atomstrahlung betreffend, zur Kenntnis.

In der Frage der Abhaltung der Weltraum-Konferenz im Jahre 1968 in Wien wurde ein Beschluß erzielt, ebenso in der Frage einer Südrhodesien-Resolution. Österreich enthielt sich dabei der Stimme wie auch im Fall einer gegen Portugal gerichteten Resolution.

Und hier kann ich meinem Vorredner keineswegs beipflichten, wenn er von einem großen Unbehagen gesprochen hat. Ich halte diese Formulierung für übertrieben und darf dazu, Herr Kollege Czernetz, eine ganz offene Klarstellung geben. Es ist nicht unsere Aufgabe zu verurteilen, sondern an konstruktiven Konzepten mitzuarbeiten und mitzuwirken.

Konstruktiv war die Deklaration über die Beseitigung der Diskriminierung der Frauen; konstruktiv waren viele Anliegen, die im Detail dieser Debatte nicht besprochen werden können, weil eine Darstellung den Rahmen meiner Berichterstattung und Ausführungen sprengen würde.

Wenn wir aber das Fazit unserer Anwesenheit in New York ziehen, dürfen wir immerhin vermerken, daß wir als kleines Land bei großen politischen Entscheidungen und Anbahnungen zugegen waren. Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren, daß wir Österreicher uns mit der Rolle von Statisten zufriedengeben mußten, sondern ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, daß gerade die Großmächte dieser Welt die Möglichkeiten eines neutralen Kleinstaates in Europa voll und ganz zu schätzen und zu würdigen wissen.

Die dem Frieden und seiner Erhaltung dienenden Assistenzleistungsmöglichkeiten Österreichs finden durchaus Anerkennung und Zustimmung. Würde Österreichs Neutralitätspolitik in ihrem prinzipiellen Wesen verändert worden sein, wäre unsere Stellung in den Vereinten Nationen sicherlich eine weitaus ungünstigere.

Die Bereitschaft eines so kleinen Landes wie Österreich, aktiv auch an der Budgetkrise der UNO helfend mitzuwirken, indem wir nicht nur unseren Beitrag, sondern darüber hinaus auch bescheidene Zahlungen leisten — selbstverständlich im Ausmaß unserer Möglichkeiten und Vertretbarkeit —, beweist der Welt, wie und wo Österreich steht.

Nicht die Delegierung eines Dutzends Offiziere als Friedensbeobachter in den Nahen Osten macht unsere Bedeutung aus, sondern einzig und allein der Umstand, daß wir auf Grund unserer politischen Haltung und der strikten Beachtung der Neutralität dazu überhaupt in der Lage sind. Österreich zwischen Ost und West ist mit ein Garant für friedliche Koexistenz in dieser Welt!

Wien, die Bundeshauptstadt unseres Landes, Sitz internationaler Organisationen, hat sich seine weit über Europa hinausreichende Bedeutung geschaffen. Wir sind nicht nur Vermieterin repräsentativer Paläste, sondern stellen den Geist der Entspannung als wertvollstes Gastgeschenk bei. Glauben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren in diesem Hohen Hause, daß in Österreich auch nur eine Konferenz von weltweiter Bedeutung tagen würde, wenn die Tagungsteilnehmer und die Veranstalter befürchten müßten, die Gesinnung unseres Landes könnte sich über Nacht ändern? Glauben Sie, daß unser Ansehen wirklich nur von der barocken Kulisse und der Schönheit der Landschaft abhängt?

Ich bin voll und ganz überzeugt, Sie glauben es nicht, weil Sie wissen, daß unsere politischen Werte ganz woanders liegen. (*Abg. Dr. Pittermann: Auf der Skipiste!*) Sie liegen in der ehrlichen Absicht, leidenschaftlich dem Frieden in dieser Welt zu dienen als neutrales Land in der Gemeinschaft aller Völker dieser Erde. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi das Wort.

Abgeordneter **Dr. Scrinzi** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon im Außenpolitischen Ausschuß mußte ich darauf hinweisen, daß die Mittel, die wir für unsere Außenpolitik und zu deren Aktivierung aufwenden, beschämend niedrig sind. Sie erreichen nicht einmal das, was wir ausgeben,

Dr. Scrinzi

um das Defizit unserer Bundestheater abzu- decken. Eine solche Budgetierung kommt doch einer Absage an die Außenpolitik, einer Abdankung, außenpolitisch mit Wirkung präsent zu sein, gleich. Es erübrigt sich also im einzelnen, etwa an Hand der Ansätze des Kapitels die tatsächliche Lage der österreichischen Außenpolitik zu analysieren. Ich habe mir nur vorgenommen, ein paar Dinge, die uns derzeit sehr, sehr am Herzen liegen und die uns mit Sorgen erfüllen, zu diskutieren.

Ehe ich mich aber damit beschäftige, darf ich doch ganz kurz auf meine beiden Vorredner eingehen, damit ich sie dann auch in die verdiente Rekreation entlassen kann und sie nicht vielleicht bei meinen weiteren Ausführungen hier im Haus aufhalte.

Ich bitte auch um Verständnis, wenn ich unter Hinweis auf die leeren Bänke, allerdings mit einem Blick auf die Uhr, doch — nicht als Person, aber auch meine Vorredner werden das, glaube ich, unterschreiben — feststellen muß, daß das Interesse an der Außenpolitik in Österreich ein relativ geringes zu sein scheint. Ich glaube, daran ist nicht zuletzt die Verknennung der Weltlage und die Bedeutung dieser Weltlage für uns als einen kleinen, wehrlosen Staat im Niemandsland zwischen den beiden großen Machtblöcken verantwortlich zu machen. Aber ich glaube, wir dürften uns als Volksvertreter diese Indifferenz der Außenpolitik gegenüber nicht ungestraft leisten.

Dieses Bild der Weltlage, der Weltpolitik ist ja keineswegs ermutigend und beruhigend. Ich erspare es mir, das düstere, aber realistische Gemälde mit unverkennbar apokalyptischen Zügen, das der Herr Abgeordnete Czernetz entworfen hat, nachzuzeichnen. Ich muß ihm zustimmen. Vielleicht gibt es noch solche Menschen hier im Haus oder in unserem Vaterland, die daran glauben, daß der letzte Weltkrieg deshalb geführt worden sei, um in der Welt den ewigen Frieden herbeizuführen, um die Freiheit, die Gerechtigkeit, die vielgepriesene Demokratie herzustellen und eine Ordnung nach Grundsätzen der Menschlichkeit herzustellen.

Diese Illusion ist in Österreich gerade im Schutze eines Neutralitätsbekenntnisses, das wir grundsätzlich unterschreiben, sehr stark und weit verbreitet. Bei vielen unserer Mitbürger besteht das Gefühl, diese immerwährende Neutralität sei gewissermaßen ein Zaun, an den die Realität der Weltpolitik anbrandet und aufhört. Es ist keineswegs so, und es sind heute hier schon Themen angeschnitten worden, die zeigen, daß wir nicht nur trotz, sondern daß wir vielleicht

gerade auch zum Teil wegen der Angelstellung, die wir geopolitisch einnehmen, in den Strudel der Ereignisse hineingezogen werden, ob wir wollen oder nicht.

Ich möchte nicht wiederum das Moldau-Manöver des Herbstes 1966 beschwören — ich habe das hier schon einmal getan —, das doch unmißverständlich für jeden, der zu sehen und zu hören bereit war, dargetan hat, wie die Realität aussieht und welchen tatsächlichen Schutz die Neutralität im Falle eines Konfliktes für uns bedeuten würde.

Historische Beispiele haben wir ja in näherer und weiterer Umgebung genug, und auch daraus sollten wir lernen und Konsequenzen ziehen. In erster Linie sind es Konsequenzen, die aus dem Gebiete unserer Selbstverteidigung, unserer Landesverteidigung liegen. Wir werden beim Kapitel Landesverteidigung noch Gelegenheit haben, dazu zu reden.

Aber die ganze Misere und Malaise unserer Außenpolitik ist zum Teil schon von den beiden Vorrednern — von dem einen, dem Sprecher der Sozialisten, sehr gezielt, sehr deutlich, und vom anderen mehr indirekt — zugegeben worden. Denn bei genauer Einhaltung der Kompetenzregelungen müßten wir ja drei Viertel von dem, was hier gesagt worden ist, als inkompetent aus der heutigen Debatte herausnehmen, weil die wichtigsten mit unserer außenpolitischen Lage verbundenen Fragen, nämlich jene der Integration und jene unseres Außenhandels und seiner Abstimmung auf politische und neutralitätspolitische Wirklichkeiten, gar nicht in die Kompetenz des Herrn Außenministers und seines Ministeriums fallen, sondern sich mannigfaltig verteilen und eine Kompetenzverwirrung, einen Kompetenzdschungel — wie er auch genannt wurde —, verursachen, der zweifellos nicht zuletzt für manchen Mißerfolg unserer Außenpolitik im abgelaufenen und im vorhergehenden Jahr verantwortlich ist.

Herr Kollege Czernetz, damit Sie nicht ungebührlich lange warten, doch ein paar Äußerungen und Diskussionsbemerkungen zu Ihren früheren Feststellungen.

Sie haben mit Recht gesagt: Wir waren sechs Jahre im Vorzimmer der EWG, und es ist uns bis heute nicht gelungen, wirklich in jenes Zimmer einzutreten — wenn ich Sie recht verstanden habe —, wo konkret verhandelt wird. Aber Sie haben es — so meinen wenigstens wir Freiheitlichen — unterlassen, darauf hinzuweisen, daß für diesen ungebührlichen, ich gebe zu, demütigenden Vorzimmeraufenthalt doch auch ganz entscheidend die Haltung Ihrer Partei mit beigetragen hat, die ja in diesem Punkte zumindest mit einem Teil

Dr. Scrinzi

Ihres ehemaligen Koalitionspartners lange Zeit einer Meinung war. (*Abg. Czernetz: Wir waren nicht sechs Jahre im Vorzimmer — das habe ich schon vorhin richtiggestellt —, sondern wir haben uns sechs Jahre bemüht, hineinzukommen; wir haben Teilverhandlungen geführt und sind jetzt wieder im Vorzimmer!*) Schön. Das Vorzimmer ist nicht das entscheidende, sondern die Tatsache, daß wir in sechs Jahren keinen Schritt der wirklichen Integration nähergekommen sind. (*Abg. Dr. Gorbach: Das stimmt auch nicht!*) Politisch sind wir keinen Schritt nähergekommen. Wir haben im Meritorischen, im Sachlichen zweifellos eine Reihe von — sagen wir — Vorfragen abklären können, aber hinsichtlich des politischen Problems sind wir nicht weitergekommen. Wir stellen das nicht mit Genugtuung und mit Freude fest, sondern mit Bedauern; denn die Freiheitliche Partei war hier im Hause der ständige Sprecher einer energischen und einheitlichen Integrationspolitik mit dem Ziele des Anschlusses an diese Wirtschaftsgemeinschaft oder, wenn sich tatsächlich ergeben sollte, daß ein solcher Anspruch nicht möglich ist, einer Assoziation mit jenen Konsequenzen, die wir einfach als für uns wirtschaftlich unabdingbar halten.

Nun aber fehlt mir eines bei Ihren Feststellungen, Herr Kollege Czernetz: der logische Zusammenhang, der sich aus dem Umstand, daß wir die englischen Verhandlungen sehr befürworten, ergibt, nämlich: Was haben wir tatsächlich gewonnen? Wollten Sie damit sagen, der Beitritt Englands sei jene Voraussetzung, daß auch wir gewissermaßen endlich aus dem Wartezimmer in das Verhandlungszimmer hineinkommen und dort mit unseren Wünschen durchdringen? (*Abg. Czernetz: Ja!*) Wenn Sie das gemeint haben, haben Sie aber unterlassen, das zu begründen. Ich sehe die Logik einer solchen Schlußfolgerung nicht ein. Warum muß der zeitliche Ablauf der sein? Liegt es Ihrer Auffassung nach am Neutralitätscharakter Österreichs und an der Tatsache, daß England in diesem Sinne sozusagen primär keine Neutralitätsvorbehalte, wenn es solche überhaupt gibt, was ich bezweifle, macht? War das also so zu verstehen, oder worin besteht die Logik, daß England, Irland, Dänemark und wer immer noch sich angehängt haben wird, leichter in die EWG hineinkommen? (*Abg. Czernetz: Weil die EWG-Länder auf dem Standpunkt stehen, daß die Frage des englischen Beitritts die Schlüsselfrage ist! Wenn man dem zustimmt, dann ist der Weg für alle offen! Wenn man zu England nein sagt, beginnen alle Sonderprobleme mit den Schwierigkeiten, die wir kennen!*) Ja, da Sie aber sehr gute Informationen aus Brüssel haben, glaube ich doch sagen zu müssen, daß das Problem des

englischen Beitritts — das werden Sie mir zugeben — nicht ein Problem de Gaulles ist. Vor nicht allzu langer Zeit war zum Beispiel in „Le Monde“ zu lesen, daß auch nach de Gaulle das Problem des englischen Beitritts für Frankreich bestehen bleibt (*Abg. Czernetz: Auch für die anderen!*) — auch für die anderen, selbstverständlich — und daß letzten Endes doch der englische Beitritt aus seiner Vorgeschichte heraus ähnliche Probleme aufwirft wie unser durch sechs Jahre verzögerter Beitritt, daß nämlich eine Differenzierung in der Entwicklung der beiden Wirtschaftssysteme eingetreten ist, welche nicht nur Frankreich — de Gaulle spricht das unentwegt aus —, sondern auch andere EWG-Teilnehmer oder Mitglieder befürchten läßt, daß die mühsam erreichte Gleichgewichtslage — Sie wissen, vor einigen Jahren war sie so labil, daß die Frage des Weiterbestehens der EWG überhaupt diskutiert wurde — gefährdet ist und daß unabhängig von diesen möglicherweise nicht aus wirtschaftlichen Erwägungen kommenden Gründen de Gaulles tatsächlich eine Reihe von Vorfragen zu klären sind.

Sie haben ja selbst im Europarat, wie ich glaube, mit Recht darauf hingewiesen, daß die Abklärung dieser entscheidenden in der Problematik der englischen Wirtschaftsstruktur, seiner Verflechtung mit dem Commonwealth und den USA liegenden Probleme eine Voraussetzung ist, die eine Vorarbeit von mindestens zwei Jahren — wenn ich mich recht erinnere — notwendig machen wird. Dann wird sich erst die eigentliche Verhandlungsphase nach Ihrer Ansicht auf weitere zwei Jahre ausdehnen und dann erst wird wahrscheinlich mit der Effektivierung des Beitritts zu rechnen sein; dann wird man sozusagen das Einpendeln des Gleichgewichtes in der EWG abwarten müssen. Dann wäre der Termin, wo allenfalls wir Ausichten haben, eintreten zu können. (*Abg. Czernetz: Wenn der politische Wille dazu überhaupt vorhanden ist!*) Das ist an sich natürlich eine Voraussetzung, das war Ihre Prognose.

Ich kann da Ihrem Gedankengang nicht ganz folgen. Ich glaube vielmehr, daß die etwas unklare, zwiespältige, um nicht zu sagen gegensätzliche Haltung, in die sich Österreich im Laufe der letzten Jahre hineinmanövriert hat und die besonders stark seit der ÖVP-Alleinregierung zum Ausdruck kommt, die EWG-Mitglieder in eine negative Haltung gegen unser Ansuchen gedrängt hat.

Aber mit diesen Fragen wird sich im weiteren noch mein Parteifreund, Herr Abgeordneter Peter, sehr viel eingehender beschäftigen. Ich komme noch auf ein paar andere Bemerkungen, die Sie gemacht haben, zurück. Sie haben die österreichische Haltung im Zusammenhang mit

Dr. Scrinzi

den Vorgängen in Griechenland kritisiert. In diesem Punkt muß ich dieser Haltung vom Standpunkt der Freiheitlichen aus zustimmen. Es war eine Haltung der Neutralität, es war eine Haltung, die getragen war von der Auffassung, daß es sich hier in diesem Stadium noch um innerstaatliche Vorgänge in Griechenland handle, in die wir uns als Staat nicht einmischen können. Es ist natürlich jedermann unbenommen, seine Kassandrarufer gegenüber autoritären Entwicklungen rechtzeitig zu erheben, aber ich muß bedauern, daß die Lage in Griechenland zum Teil in der österreichischen Öffentlichkeit eine einseitige Darstellung gefunden hat, und ich hätte sehr gewünscht, wenn man mehr veröffentlicht hätte und wenn man die Öffentlichkeit auch mit der Haltung, die der türkische Vertreter im Herbst im Europarat eingenommen hat, bekanntgemacht hätte. Er hat darauf hingewiesen, daß die jetzige Situation eine lange, tragische und komplizierte Vorgeschichte hat, daß wir es in Griechenland seit dem ersten Weltkrieg mit der sechsten Diktatur zu tun haben und daß letzten Endes diesen sicher beklagenswerten Entwicklungen Strukturprobleme Griechenlands zugrunde liegen, die wir nicht damit lösen, daß wir das Ergebnis, nämlich diese Militärherrschaft, beklagen, sondern daß wir Griechenland helfen, mit dieser ungelösten, insbesondere seit der Rücknahme der Griechen aus den türkischen Vorländern verschärften Lage fertig zu werden. Das wäre ein Gebiet sehr naheliegender europäischer Entwicklungshilfe. (*Abg. Czernetz: Bitte, nicht „der“ türkische Vertreter, sondern einer von den türkischen Abgeordneten!*) Ich habe auch mit einem zweiten, einem Vertreter anderer politischer Richtung sprechen können, und auch der war trotz der bekannten Spannungen, die bestehen, nicht bereit, die Situation in Griechenland einfach rein doktrinär zu sehen und es damit abzutun, zu sagen, man müsse jetzt zu Maßnahmen greifen. Ich glaube also, in diesem Stadium hat Österreich recht getan, wenn es sich hier Zurückhaltung auferlegt hat.

Sie haben dann des weiteren — auch ein Lieblingsthema neben de Gaulle, Sie beginnen ja das erste langsam abzubauen — wieder einmal Portugal und Südafrika genannt und im Anschluß daran das Thema der Entwicklungshilfe diskutiert. Herr Kollege Czernetz! Daß Entwicklungshilfe notwendig ist, daß sie einen wesentlichen, einen notwendigen Beitrag darstellt, um den außerordentlich gefährdeten Weltfrieden abzusichern, zu festigen — das allein wird leider, wie wir alle fürchten, nicht ausreichen —, dafür finden Sie unsere Zustimmung. Aber wenn Sie nun gerade diese Länder angreifen und von den 45 Millionen sprechen, die Hungers sterben — ich weiß

nicht, ob Sie es heute erwähnt haben, Sie haben es jedenfalls hier im Hause schon einmal gesagt —, von den zwei Dritteln, die unterentwickelt sind, dann müssen wir uns auch vor Augen halten, daß zweifellos auf der einen Seite das restliche Drittel der Welt große Anstrengungen macht, insbesondere die USA, um durch die Entwicklungshilfe hier Katastrophen, der weiteren Ausbreitung von Hunger, Seuchen — auch von politischen Seuchen natürlich — vorzubeugen. Aber war nicht der abrupte Export von politischen Systemen, wie sie sich in Europa und in der weißen Welt als Ergebnis einer jahrtausendelangen Entwicklung in diesen unterentwickelten Ländern darstellen, mit einer der Hauptgründe, warum dort jetzt Hunger, Seuchen, Extremismus, Nationalismus eruptiv ausbrechen?

Wie sieht es vergleichsweise mit diesen Problemen in jenen Ländern aus, die Sie wegen ihrer Haltung in der Apartheid, wegen ihres Kolonialismus etwa in den portugiesischen Gebieten in Afrika, die Sie wegen ihrer Haltung im Mandatsgebiet Südwestafrika kritisieren? Dort gibt es keinen oder fast keinen Hunger unter den Völkern, die man schlechthin zu den entwicklungsbedürftigen rechnet, dort gibt es keine Seuchen, dort gibt es keine Bürgerkriege mit Zehntausenden und Hunderttausenden von Toten. Ja warum soll es gerade unsere Aufgabe sein, alle diese letzten Ordnungsmächte, die wir in dieser gärenden Welt der kommenden Kontinente haben, ständig anzugreifen und zu kritisieren und uns hier mit in den Chor jener zu mischen, die sich doch aus ganz anderen Gründen, als sie es in der UNO vorgeben, zu den Vorkämpfern für Demokratie, Humanismus, Freiheit gegen Kolonialismus, und wie alle diese Worte heißen, wenden?

Schauen Sie auch Rhodesien in dieser Richtung an. Man kann geteilter Meinung sein, ob der Schritt Smiths richtig war, aber Ordnung, Ruhe herrscht in dem Land, Hunger, Seuchen, gibt es dort weitgehend nicht.

Letzten Endes werden wir, wenn wir diese Ordnungsmächte ständig zum Ziel unserer Angriffe machen, doch nur dazu beitragen, die Expansion des aggressiven und nationalistischen Kommunismus in diesen Kontinenten zu fördern. Das kann doch nicht unsere Absicht und unser Interesse sein.

Dann haben Sie noch eines Ihrer Lieblingsthemen angeschnitten, das ist das Abstellen unserer außenpolitischen Orientierung auf das Schisma, das in der Welt des Kommunismus ausgebrochen ist und das heute symbolisiert wird durch die Gegnerschaft Moskau — Peking. Sei meinen, daß im Gefolge dieses Schismas zwangsläufig die mühsame Koexistenz der

Dr. Scrinzi

beiden großen atomaren Machtblöcke überwunden werde, ja daß diese Koexistenz sich festige zu einer echten Kooperation.

Wenn Sie das als Forderung aufstellen, so mag man das gelten lassen. Aber ich bezweifle, ob das die logische und notwendige und unvermeidliche Entwicklung auf Grund der gegenwärtigen Lage in China sein mag. Ich darf in diesem Zusammenhang auf einen Vortrag hinweisen, der vor wenigen Wochen hier in Wien von einem der besten Kenner der ostasiatischen Verhältnisse, von Mehnert gehalten wurde, der die Dinge ganz anders sieht. Ich glaube, es wäre falsch, wenn eine außenpolitische Doktrin auf eine solche einseitige These, die sehr viel Wünschbarkeiten, aber nur bedingte Realitäten enthält, abgestellt würde.

Selbstverständlich stimme ich Ihnen bei, wenn Sie den Ruf nach Abrüstung erhoben haben. Doch mehr als eine Deklamation kann dieser Ruf leider nicht bleiben; das wollen wir uns doch alle eingestehen. Herr Czernetz, Sie haben ja den gleichen Ruf, der immer von den Kleinen, von den Ohnmächtigen, von den Friedenswilligen — auch zwischen den beiden Weltkriegen — erhoben wurde, gehört, und Sie wissen, daß er leider ergebnislos verhallt ist.

Wenn Sie damit gemeint haben, daß wir darin zugleich in den Atomsperrvertrag einstimmen sollen, so bin ich nicht Ihrer Meinung. Und ich darf mich dabei auf maßgebliche neutrale Stimmen, insbesondere auf die Schweizer, aber auch die Schweden, berufen, wenn ich von Ländern wie die Bundesrepublik, Italien, Frankreich überhaupt absehe. Auch das ist meines Erachtens nicht jenes Rezept, auf das wir uns einseitig festlegen sollten. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Es gibt auch Stimmen von sehr maßgebenden Wissenschaftlern, die die Frage dieses Atomsperrvertrages und die Konsequenzen für ein mögliches Gleichgewicht im Wettrüsten und einen Stopp im Wettrüsten betrachten. Es sind amerikanische Atomphysiker, die zum Teil zu ganz gegenteiligen Auffassungen kommen. Also auch hier werden wir uns unsere Haltung sehr wohl zu überlegen haben.

Damit, Kollege Czernetz, kann ich Sie zum Mittagessen entlassen, ich habe wahrscheinlich für Sie nicht mehr sehr viel Wesentliches oder Neues zu sagen.

Herr Kollege Fiedler! Sie haben mit Recht dem Kollegen Czernetz gesagt, den Beweis dafür, daß die Entwicklung jenen Verlauf nehme, den wir jetzt in Österreich zur Kenntnis nehmen müssen, und daß die SPÖ diese Entwicklung vorausgesehen habe, sei sie bislang schuldig geblieben. Das gilt — das hätten Sie redlichkeitshalber anführen müssen — auch für

Ihre Partei; denn auch Sie haben diese Entwicklung keineswegs vorausgesehen, Sie haben sie nicht einmal im letzten halben Jahr richtig vorausgesehen, aber Sie haben, was wiederum zur politischen Fairneß gehört, verschwiegen, daß wir vor dieser Entwicklung schon vor zehn und zwölf Jahren gewarnt haben und daß wir jene Probleme, welche die damals mit großer Zustimmung deklarierte österreichische Neutralität unter Umständen für uns mit sich bringen kann, ausführlich und konkret hier im Haus zur Debatte gestellt haben. Ihre Partei — ich werde Ihnen das jetzt an Hand der Protokolle beweisen — ist über diese Warnungen genauso hinweggegangen wie die sozialistische Seite dieses Hauses.

Selbstverständlich waren wir der Meinung, daß in der nach 1945 geschaffenen Lage die Neutralität Österreichs eine Form unseres politischen Daseins einleitet, die uns mehr oder weniger durch die Umstände aufgenötigt wird, wenn ich ganz davon absehe, daß ja die konkrete Forderung Moskaus dastand, daß der Abschluß des Staatsvertrages, die russische Unterschrift unter den Staatsvertrag, von diesem Akt der österreichischen Neutralitätserklärung abhängig gemacht wurde. Wir haben uns deshalb hier im Hause immer dagegen gewehrt, zu erklären, es handle sich um einen freiwilligen Akt. Es ist auch an Hand der Protokolle und vor allem an Hand der Ereignisse nachzuweisen, daß uns diese Neutralität aufgezwungen wurde. Ich gebe zu, wir hätten das nicht ändern können, aber wir hätten es nicht notwendig gehabt, diese Neutralität dann als eine freiwillige zu deklarieren.

Wir haben damals weiters darauf hingewiesen, daß es sehr wohl zu überlegen sei, ob man diese Neutralität von den Signatarmächten des Staatsvertrages garantieren lassen solle. Wir haben unsere diesbezüglichen Bedenken motiviert, und die weitere Entwicklung hat uns auch da recht gegeben, daß nämlich diese Garantie mindestens ebensosehr eine Gefahr darstellt, als sie vielleicht auf der anderen Seite ein Schutz wäre.

Es steht nach wie vor die Frage — wir haben sie hier schon oft gestellt —: Gibt es zum Staatsvertrag noch ein Abkommen, eine Vereinbarung, die außerhalb des demokratischen Raumes getroffen wurde, oder nicht? (*Abg. Dr. Gorbach: Nein!*) Wenn das der Fall ist, muß ich sagen, daß alles, was nach 1955 geschehen ist, gezeigt hat, daß Ihre Prognose und Ihre Versicherungen — und nur unter der Voraussetzung dieser Versicherungen ist offensichtlich hier im Hause eine Annahme erfolgt — nicht zutreffen. Wir haben — das ist uns sehr nachgetragen worden, das hat sich sogar bis ins Österreich-Lexikon hereingeschleppt, was uns

Dr. Scrinzi

allerdings bei diesem Machwerk am wenigsten schmerzt — damals durch unseren Sprecher in der 80. Sitzung vom 26. Oktober 1955 sagen lassen:

„Wer gibt uns die Gewähr dafür, daß nicht irgendwann einmal irgendeine Regierung aus innerpolitischen Gründen oder auf Anregung von außen her die von uns beabsichtigte Neutralitätspolitik in eine Politik der Neutralisierung umzufälschen oder daß sie Österreich aus Europa auszugliedern sucht? Sie wird das umso eher wagen, wenn sie sich dabei auf ein verfassungsmäßig verankertes, angeblich spontanes Verlangen des österreichischen Volkes nach irgendeiner Neutralität berufen könnte. Man sollte auch jede noch so entfernte Möglichkeit dazu ausschalten.“

Das war nämlich unser dritter Einwand: Daß dieses Gesetz in Verfassungsrang gehoben wurde, erschien uns im Hinblick auf die realpolitische Situation bedenklich.

Wir haben im Zusammenhang damit noch sehr viel mehr gesagt. Diese Darlegungen hat damals unser Sprecher folgendermaßen geschlossen: „Unsere wirtschaftliche Lage verlangt deshalb gebieterisch nach einer Teilhaberschaft an der werdenden europäischen Marktgemeinschaft.“ Etwas, was Sie ja heute zugeben, wobei sich aber nun herausstellt, daß sich diese Form der Neutralitätserklärung als eines der nach Ihrer Auffassung wichtigsten Hindernisse für diese Teilhaberschaft darstellt.

Die Sprecher Ihrer Partei ebenso wie die der sozialistischen haben die Öffentlichkeit beruhigt. Der heutige Außenminister hat damals auf wiederholte Interpellationen und Bedenken, die von unserer Seite vorgebracht wurden, auf der einen Seite zugegeben, es sei richtig, daß im Moskauer Memorandum Österreich gegenüber der Sowjetunion die Verpflichtung einging, eine solche Neutralitätserklärung abzugeben, aber dieser Umstand führe nicht zu der logischen Schlußfolgerung, daß uns die Neutralität damit von außen aufgezwungen sei. — Herr Minister! Ich kann dieser Ihrer anderen Logik auch heute noch nicht folgen. Für mich ist das ein klarer Fall von Nötigung, das heißt Nötigung in einer Situation, wo selbstverständlich auf der anderen Seite der Preis der österreichischen Unabhängigkeit und Freiheit stand und nicht irgend etwas, was man vielleicht hätte abwägen können. So ist doch völlig klar, daß es sich hier um Nötigung handelt. Sie haben aber gleich wieder beruhigt:

„Wir sind also hinsichtlich aller politischen Aktionen, die keine militärischen Bindungen enthalten, völlig frei. Wir können Freundschaftsverträge abschließen, Verträge zur Regelung politischer Probleme, wir können auch Paktsystemen nichtmilitärischer Art angehören,

und, wie heute schon festgestellt worden ist, wir sind in der Wahrung unserer internationalen Verpflichtungen und Rechte völlig frei.“

Sie haben nach Zwischenrufen weiter gesagt:

„Wir sind weiterhin völlig frei in der Organisation unserer wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen mit der gesamten Umwelt, somit OEEC, ECU und den verschiedenen Kultur- und Sozialabkommen.“

Herr Minister! Was Sie damals als Abgeordneter namens Ihrer Partei gesagt haben, das müßten Sie heute perfektionieren. Auf diesem Standpunkt müßten Sie heute stehen. Sie müßten doch heute eine Politik treiben, die die Diskussion des Neutralitätsthemas aus diesen unseren wirtschaftlichen Verhandlungen ausklammert. Das wäre logisch nach Ihren damaligen Feststellungen.

Aber ich muß dagegen sagen, daß es neben der Sozialistischen Partei die ÖVP war, die dieses Thema überhaupt erst im Rahmen der EWG zur Diskussion gestellt hat.

Zur Beruhigung hat damals der sozialistische Sprecher Dr. Koref sogar Experten zitiert. Er hat Herrn Professor Verdross angeführt, der von dieser nur militärischen Neutralität, die gemeint sei, sagt, daß „ansonsten die vollkommene Freiheit in der Gestaltung unserer Innen- und Außenpolitik gewahrt bleibt“. (Abg. Dr. Fiedler: Herr Kollege! Wer war der Sprecher der Freiheitlichen? Warum haben Sie uns das verheimlicht? Wer von Ihnen hat gesprochen?) Daß Sie von diesen Deklamationen abgewichen sind, ist ja die Misere unserer EWG-Politik. Das hat die EWG-Politik mit schwersten Hypotheken belastet. Ich stelle nach wie vor fest ... (Abg. Dr. Fiedler: Warum haben Sie nur die ÖVP- und SPÖ-Redner genannt? Wer hat von Ihnen gesprochen?) Halten Sie das für wichtig? (Abg. Dr. Gorbach: Ja!) Es war der Abgeordnete Stendebach. (Abg. Dr. Fiedler: Das wollten wir nur wissen!) Es haben aber auch noch andere Redner dazu gesprochen, Sie können es im Protokoll nachlesen. (Abg. Dr. Fiedler: Wenn man zitiert, soll man immer sagen, wen man zitiert!) Nein, ich halte für wesentlich, daß man richtig zitiert, das ist entscheidend dabei. (Abg. Dr. Fiedler: Das auf jeden Fall!) Es war der Abgeordnete Stendebach, was im Protokoll nachzulesen ist.

Das muß ich Ihnen hier entgegenhalten. Sie waren es, die ebenso wenig die Entwicklung hier vorausgesehen haben. Sie haben unsere Warnungen, Sie haben unsere Bedenken in den Wind geschlagen, Sie haben unsere Prognosen als unrichtig bezeichnet und haben jetzt nicht die moralische Legitimation, in dieser Richtung Ihren ehemaligen Koalitionspartner anzugreifen.

Dr. Scrinzi

Sie haben im Zusammenhang mit Südtirol — darauf werde ich dann eingehen — Herrn Dr. Norbert Burger zitiert. (*Abg. Dr. Fiedler: Ich habe Broda im Zusammenhang mit Burger genannt!*) Der Zusammenhang ist in diesem Fall nicht wichtig. Sie haben Dr. Norbert Burger zitiert und haben hinsichtlich der bisherigen Maßnahmen oder Nicht-Maßnahmen, die man ja Österreich von italienischer Seite ständig zum Vorwurf macht — zuletzt ganz offiziell am 2. Dezember, Sie haben ja auch die Piccioni-Rede vor der UNO gehört —, gesagt, Italien habe bisher keine Beweise dafür erbracht, daß diese Anschläge auf österreichischem Gebiet vorbereitet wurden und daß die Attentäter auf österreichisches Gebiet geflüchtet seien. Sie haben also hier das wiederholt, was der Herr Innenminister im Außenpolitischen Ausschuß im Juli dieses Jahres dazu gesagt hat. Sie haben also hier Italien gewissermaßen mit Recht in die Schranken gewiesen.

Sie haben aber auch hier nur die halbe Wahrheit gesagt. Ich frage: Warum ist Dr. Norbert Burger dann gegen Recht und Gesetz noch in Untersuchungshaft? Die Untersuchungshaft mag er sich durch seine Äußerungen, die er ja dem Wahrheitsgehalt nach bestreitet, zugezogen haben, rechtens wie jeder andere Staatsbürger. Aber warum sitzt er jetzt über die obligatorische Höchstzeit von drei Monaten hinaus immer noch in Untersuchungshaft? Hat man diese Untersuchungshaft in der Zwischenzeit als Vorleistung für Italien in eine Schutzhaft umgewandelt? Und worauf, auf welche gesetzlichen Bestimmungen und Normen stützt sich eine solche Haft? Sie haben nichts dazu gesagt, Sie haben sich nicht geäußert. Ich komme darauf noch zurück, daß derzeit — ich folge hier einer Äußerung der „Tiroler Tageszeitung“ und einer Mitteilung der „Dolomiten“ von heute — schon österreichische und italienische Strafrechtsexperten an den Verhandlungen über das Südtirol-Problem teilnehmen. Ich wäre sehr interessiert, Herr Minister, von Ihnen dazu etwas zu hören.

Sie haben nichts davon gesagt, daß sich mit Zustimmung der österreichischen Polizei ein Heer von Hunderten von italienischen Konfidenten in Österreich bewegt und von unserer Polizei noch unterstützt wird, obwohl das Konfidentenwesen mit unserer Rechtsordnung nicht in Einklang steht. (*Abg. Dr. Fiedler: Dafür sollten Sie den Beweis erbringen, Herr Kollege!* — *Abg. Dr. Gorbach: Ja!*) Ich habe nicht gehört, daß die zahlreichen Feststellungen, die nicht unsere Zeitungen, sondern unabhängige Zeitungen im Zusammenhang damit treffen — ich kann sie Ihnen der Reihe nach zitieren —, von Ihnen widersprochen oder berichtigt worden wären. (*Abg. Dr. Fiedler: Weil sie zu*

nebulos waren!) Sie waren sehr konkret. Sie haben vielleicht einiges gelesen, was im Zusammenhang mit der Verhaftung in den letzten Monaten diesbezüglich sehr konkret in der österreichischen Presse behauptet wurde. Es dürfte Ihnen ja auch das Tonband des Herrn Kienesberger nicht ganz unbekannt sein.

Ihre Presse hat unisono, gleich wie die italienische, eingestimmt in die Wertung der Urteile unabhängiger österreichischer Gerichte im Zusammenhang mit Widerstandshandlungen der Südtiroler Freiheitskämpfer. Auch das war nur eine für die österreichische Optik gemachte Deklaration, die zu Ihrer tatsächlichen Haltung sehr in Widerspruch steht.

Meine Damen und Herren! Diese Auseinandersetzung mit den beiden Vorrednern bringt mich gleich in den Mittelpunkt jenes Themas, das ich für das dringlichste, für das wesentlichste unserer Außenpolitik erachte, nämlich das Thema Südtirol.

Es wäre falsch, zu sagen: Gerade im Hinblick auf den weltpolitisch wichtigen Rahmen, der uns hier aufgezeigt wurde, ist das doch eine kleine und unbedeutende Sache, die am Gang der Welt nichts ändern wird. Trotzdem meine ich: Es gibt ein großes nationales Anliegen in der österreichischen Außenpolitik: die befriedigende Bereinigung und Beilegung des Streitfalles Südtirol. Es ist ein Streitfall, den nicht wir vom Zaun gebrochen haben, sondern es ist ein Streitfall, der seine Wurzeln im Unrecht von 1918 hat. Es ist deshalb nur mehr als recht und billig, wenn wir verlangen, daß Österreich hier endlich alle Möglichkeiten ausschöpft, zu einer befriedigenden Regelung zu kommen.

Das ist der große Vorwurf, den wir Ihnen machen. Sie haben im Jahre 1966 die bisherige Südtirol-Politik in eine neue und, wie wir meinen, erfolglose und negative Phase umgeschaltet. Es war die Zeit der Geheimdiplomatie. Die Erfolge dieser Geheimdiplomatie waren — einmal innerösterreichisch gesehen — keineswegs positiv. Sie haben dazu geführt, daß die Plattform einer gemeinsamen Südtirol-Politik verlassen werden mußte. Sie haben uns — die Sozialistische Partei ebenso wie die freiheitliche — von dieser gemeinsamen Plattform hinuntergestoßen. Sie haben damit Mißtrauen und Entzweiung in Österreich in dieser alle Österreicher angehenden Frage hervorgerufen. Sie haben aber durch Ihr Vorgehen auch die Südtiroler Volkspartei, die seit ihrer Gründung als geschlossener Block in Südtirol stand und die Interessen der deutschen Südtiroler Minderheit und der Ladiner wahrgenommen hat, an den Rand der Spaltung und des Zerfalles gebracht. Das ist die zweite Auswirkung.

Dr. Scrinzi

Das dritte ist: Sie haben den Streitfall nicht um einen wirklichen Schritt der Lösung nähergebracht. Sie haben darüber hinaus natürlich auch nicht erreicht, daß die Gewaltanwendung in Südtirol beendet wurde. Es ist heute natürlich sehr leicht, zu sagen: Gewaltanwendung, die wir nicht gutheißen, weil wir der Meinung sind, daß sich ein solches Problem mit den Mitteln der Diskussion, des Handelns im demokratischen Raum lösen lassen müßte. Sie machen es sich aber zu leicht, wenn Sie bezüglich des Umstandes, daß leider immer noch Gewalt, zum Teil Gewalt in einer Form geübt wird, die wir schärfstens zurückweisen und ablehnen müssen, sagen, es sei Gewalt, die angewendet wird, um einen erfolgreichen Abschluß der Südtirol-Verhandlungen zu verhindern.

Das geht an der Wirklichkeit absolut vorbei. Es ist gar keine Frage, daß sich im Laufe eines nun zehn Jahre währenden Kampfes um die Autonomie dieser knappen Viertel-million deutscher Südtiroler die verschiedensten Kräfte eingemengt haben. Es gibt heute natürlich auch Extremisten, die daran interessiert sind, daß dieser Streit schwelend und aufrecht bleibt. Aber so einfach und so global kann man die Situation nicht abtun.

Wenn Südtirol nach 50 Jahren zur Gewalt gegriffen hat, so kann man es ihm nicht verdenken. Daß Südtirol heute mißtrauischer denn je ist, kann man ihm auch nicht verdenken. Wie oft ist es denn nicht schon Schacherobjekt gewesen? 1915 bei den Londoner Geheimverhandlungen wurde es zum Preis für den italienischen Kriegseintritt auf Seite der Alliierten. 1945/46 mußte es wiederum im Zuge der sich aufbauenden neuen Machtblöcke geopfert werden, weil die USA ihren künftigen NATO-Partner Italien nicht vergrämen wollten und umgekehrt die Sowjets im Zuge der Friedensverhandlungen Südtirol als Druckmittel gebrauchten, um die jugoslawische Position in Istrien und Triest zu verbessern. Schließlich ist jetzt in Südtirol das Gefühl vorhanden, daß nunmehr das Los dieses Landes endgültig besiegelt werden soll, daß ein Vertrag um jeden Preis abgeschlossen werden soll, weil Österreich einerseits einen außerordentlichen Erfolg dringend braucht und weil auf der anderen Seite Italien nunmehr Südtirol seinerseits als Pressionsmittel in die österreichischen Integrationsbemühungen geworfen hat.

Dazu möchte ich sagen, daß auch hier die Reaktion Österreichs auf dieses Vorgehen übertrieben war, sie stand in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Bedeutung dieses Vetos, das, nebenbei bemerkt, lange von

offizieller Seite bestritten wurde. Auch im Außenpolitischen Ausschuß wurde noch behauptet, ein solches Veto sei gar nicht erfolgt. Man hat es maßlos überbewertet; denn dieses italienische Veto ist zu einem Zeitpunkt gekommen, wo Italien schon längst festgestellt hatte, daß ganz andere Mächte an einem solchen Veto interessiert sind, an einer Verstärkung des Widerstandes gegen die österreichische wirtschaftliche Integration. Hier hat sich Italien und insbesondere sein Außenminister Fanfani zweifellos zum Liebediener sowjetrussischer Interessen in Europa gemacht.

Noch etwas dürfen wir nicht übersehen: Seit zwei Jahren versucht Italien, jeden Fortschritt in der Streitsache Südtirol unter Hinweis auf die Gewaltanwendung zu blockieren. Ich darf vielleicht nur den betreffenden Ausschnitt aus der Rede des Herrn Piccioni vor der UNO zitieren, also aus der Rede eines Mannes, der es besser wissen müßte und der vor 13, 14 Jahren noch eine ganz andere Haltung in dieser Frage eingenommen hat und der trotz einer maßvollen Rede unseres Herrn Außenministers — einer Rede, die aber trotzdem, wie ich bescheinige, erstmals nach 1961 sehr klar und eindeutig unseren Standpunkt vor der UNO verfochten hat — ausführte:

„Der positive Abschluß der Gespräche mit der österreichischen Regierung scheint jedoch behindert durch die wachsenden Forderungen seitens Wiens über den Inhalt einer internationalen Garantie, die nach dem Willen Österreichs auch jene künftigen Maßnahmen decken sollte, die wir auf autonomem Weg großzügig zu treffen bereit sind, die aber nicht unter die Anwendung des Pariser Abkommens vom 5. September fallen.“

Dieser erneuten eindeutigen Ablehnung einer wirksamen internationalen Verankerung hat dann Herr Piccioni im weiteren Verlauf der Rede noch angefügt, daß Österreich keine oder nur ungenügende Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus treffe, indem er gesagt hat, die bloße Verurteilung des Terrorismus ohne Taten sei zuwenig.

Ich fühle mich deshalb verpflichtet, doch auch einmal festzustellen und mit traurigen Zahlen zu belegen, daß die Gewaltanwendung in Italien nicht nur mit der Okkupation und Annexion im Jahre 1918 eingesetzt hat, gegen alle feierlichen Versprechen, die damals von den Siegern, insbesondere von Herrn Wilson, gegeben wurden, sondern die 1921 mit dem Mordüberfall auf eine friedliche Südtiroler Veranstaltung begonnen hat, die die ersten zwei Toten auf Südtiroler Seite und 40 Verwundete gekostet hat. Und das wurde seither ohne Unterbrechung fortgesetzt.

Dr. Scrinzi

28 Tote hatte Südtirol bis zum Jahre 1961 zu beklagen, also in einem Zeitraum, wo nicht die geringste Spur von Gewaltanwendung seitens Südtirols oder von irgendeiner anderen, nichtitalienischen Seite erfolgt ist. Hunderte von Inhaftierten, von Verbannten, von Eingekerkerten hat Südtirol auf seinem Marterweg zu verzeichnen. Und lange, bevor es östlich von uns das Verbrechen der Republikflucht gab, hat man gegen jede demokratische Gepflogenheit, gegen jedes rechtsstaatliche Denken Tausenden und Zehntausenden von Südtirolern den Paß und die freie Ausreise verweigert, auch wenn es darum ging, zum Beispiel etwa nach Innsbruck zu fahren, um sich einer lebensrettenden Operation zu unterziehen, wenn man den italienischen Gewalthabern als Deutscher und aufrechter Südtiroler verdächtig war. Das muß doch einmal festgestellt und daran muß doch hier wieder einmal erinnert werden, wenn sich Italien unentwegt bemüht, uns auf die Anklagebank zu setzen.

Muß es nicht als eine permanente Provokation empfunden werden, wenn heute mitten in dieser uralten deutschen Stadt Bozen auf dem Siegesdenkmal — im Geiste „I padroni siamo noi“, wie der Brixener Kommissär gesagt hatte — noch der Spruch prangt: „Wir sind in dieses Land gekommen, um Sprache, Kultur und Sitte zu bringen.“ Hier sollte Italien beginnen, das einmal abzubauen, um zu zeigen, wie weit es ihm mit der Befriedung ernst ist.

Meine Damen und Herren! Was ist denn das wirkliche Problem, warum sich Italien mit allen Mitteln einer advokatischen Verhandlungstaktik unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten, die seine sehr geschickte Diplomatie hat, weigert, in Südtirol eine Befriedung herbeizuführen und den Südtirolern jene Autonomie zu gewähren, auf die sie Anspruch haben und die, wenn man den Umstand betrachtet, daß ein 50-Millionen-Volk einer Viertelmillion Südtirolern Landesautonomie gewähren soll, doch nie eine Gefahr für den Bestand, für die Integrität, für die Souveränität Italiens bedeuten kann? Was ist der wahre Grund dieses hinhaltenden Widerstandes und dieses Verhandeln mit forcierter und steigender Erpressungstaktik? Doch offensichtlich das schlechte Gewissen und der Versuch Italiens, letzten Endes eine solche Autonomie um ein Zugeständnis zu erkaufen und zu erpressen, das wir nie geben dürfen und, wie ich hoffe, nie geben werden, nämlich die endgültige Anerkennung der Unrechtsgrenze von 1918.

Wenn Sie glauben, das sei eine Unterstellung, dann darf ich an das jüngst erschienene Buch des Herrn Mario Toscano

erinnern „Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige“, wo er das unmißverständlich und unüberhörbar ausspricht. Ich darf das in Übersetzung zitieren: „Eine Erwägung jedoch ergibt sich aus der historischen Darstellung“, schreibt Toscano in diesem Buch, „und sie bezieht sich auf die Tatsache, daß sich auf der Grundlage des ganzen Streites der Umstand befindet, daß noch viele in Innsbruck, Bozen und in Wien nicht vom endgültigen Charakter des Verzichtes auf Südtirol überzeugt sind.“

Das ist also das klare Eingeständnis, daß es das böse und schlechte Gewissen Italiens ist, das den Fortschritt in einer Sache verhindert, die keineswegs so kompliziert, so gravierend ist, daß Fortschritte bei einer Spur von gutem Willen nicht zu erzielen wären.

Darum hat sich Italien auch seit eh und je — das muß man ihm zugeben, hier blieb es konsequent — gegen die Internationalisierung dieses Problems gewandt, weil natürlich bei einer Lösung unter internationaler Leitung und bei Einbau einer internationalen Garantie selbstverständlich als Verhandlungspreis der Verzicht auf Selbstbestimmung und die Anerkennung einer uns aufgezwungenen Unrechtsgrenze nicht drinnen ist.

Das ist letzten Endes der tiefste Grund der Schwierigkeiten bei unseren Verhandlungen. Das sollte man sich, Herr Minister, immer wieder vor Augen halten, daß letzten Endes Italien so lange versuchen wird, uns hier zu erpressen, bis wir entweder bereit sind, zuzugeben, daß Südtirol kein internationaler Streitfall ist — das würden wir in dem Augenblick tun, wo wir auf eine internationale Verankerung jedes Verhandlungsergebnisses, wie immer es ist, verzichten — oder — und es ist bedauerlich, daß es Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers gegeben hat, zumindest hat sie die Presse so gebracht — daß wir bereit wären, namens der Südtiroler, obwohl wir das gar nicht können, aber auch als souveräner Staat auf Selbstbestimmung zu verzichten und die Brennergrenze anzuerkennen. Niemand denkt daran, die Brennergrenze gewaltsam zu ändern. Aber niemand kann von uns verlangen, daß wir diese Grenze anerkennen.

Meine Damen und Herren! Die jüngste Entwicklung, insbesondere im letzten halben Jahr, erfüllt uns wirklich mit großer Sorge. Wir wissen, daß im Sommer die Expertenverhandlungen in London abgebrochen wurden, daß sich in London eine Versteifung der Fronten ergeben hatte, die keinen Fortschritt auf dem Gebiete bilateralen Verhandeln erwarten ließ. Durch neue Konzessionen versucht

Dr. Scrinzi

nun Österreich, doch noch einen Fortschritt zu erzielen. Auf dem Wege dieser Konzessionspolitik liegen geradezu groteske Maßnahmen.

Ich brauche nur auf den Bundesheereinsatz hinzuweisen. Sehen wir einmal davon ab, welche verfassungsrechtlichen Bedenken sich daraus ergeben. Sehen wir davon ab, daß es ja eindeutig ist — und ich glaube, man wird heute noch einiges dazu zu hören bekommen in diesem Hause —, daß dieser Einsatz unwirksam ist, sehen wir von der Kostenfrage des Einsatzes ab, so darf ich in diesem Zusammenhang eines sagen, was uns mehr als bedenklich stimmen sollte: Der Einsatz des Bundesheeres auf italienischen Druck zu politischen Zwecken ist eine Maßnahme, die an den Grundlagen dieser Demokratie rüttelt. Das ist jetzt nicht ein Schwarzsehen und Schwarzmachen. Ich brauche hier nicht sehr viel auszuführen. Ich zitiere nur aus der Notstandsdebatte des deutschen Bundestages die Äußerung des Staatsrechtslehrers Hehnut Ridder, der gesagt hat: „Die prinzipielle Zurüstung der Streitkräfte auf den Polizeieinsatz ist Vorbereitung zum Bürgerkrieg.“

Gewiß wird niemand unterstellen, daß die ÖVP mit diesem Bundesheereinsatz den Bürgerkrieg vorbereiten will, aber immerhin haben wir hier einen Weg beschritten, gegen den wir Österreicher allergisch sind, zumindest alle jene Österreicher, die die dreißiger Jahre als politisch denkende Menschen erleben konnten. Wir müssen es ablehnen, daß das Bundesheer für solche Einsätze mißbraucht wird. Wir müssen erneut die Beendigung dieses Einsatzes verlangen.

Mit Bedenken registrieren wir, daß bis heute das Asylrecht der politischen Flüchtlinge aus Südtirol nicht gewährleistet ist. Sie alle haben nur befristete und immer wieder zu verlängernde Aufenthaltsgenehmigungen. Das, was wir selbstverständlich und zu Recht als ein freies Land Hunderten, Tausenden, unter Umständen sogar bedenklichen Ostflüchtlingen gewährt haben, das haben wir bis heute den Südtirolern nicht gewährleistet.

Mit noch größeren Bedenken stellen wir in der letzten Phase der Entwicklung fest, daß jene Experten aus den Gesprächen und Verhandlungen ausgeschaltet werden, welche wirklich als die besten Kenner der Materie bezeichnet werden müssen. Es sind keineswegs etwa unsere Vertrauensleute, und wir beklagen uns nicht etwa aus parteipolitischen Gründen. Aber es muß doch zu denken geben, wenn Leute wie Professor Gschnitzer, wie Professor Ermocora, wenn die Frau Oberregierungsrat

Dr. Stadelmaier zunehmend diesen Expertengesprächen fernbleiben, wenn sie nicht mehr informiert werden, wenn offensichtlich nur jene Experten zugezogen werden, die bereit sind, die Dinge so darzustellen und den Herrn Außenminister so zu beraten, wie es die aus politischen Gründen der ÖVP wünschbare rasche Lösung der Frage erfordert.

Wir haben angesichts dieser Entwicklung und in Übereinstimmung übrigens mit den beteiligten Tiroler Vertretern aller Parteien gefordert, daß nunmehr Zeit sei, die Südtirol-Frage vor den internationalen Gremien zur Debatte zu stellen.

Im Anschluß an den letzten Außenpolitischen Ausschuß habe ich auch erklärt, daß ich als Abgeordneter und Angehöriger des Europaparlaments bei der Herbstsession der Konsultativversammlung die Frage Südtirol zur Debatte stellen werde. Aber nicht nur ich habe das getan. Ich habe das im zuständigen Forum, nämlich vor der Europaratsdelegation und im Außenpolitischen Ausschuß, angekündigt. Der Herr Bundeskanzler, der Herr Vizekanzler haben darüber in der Öffentlichkeit gesprochen. Es gab Pressemitteilungen.

Dann mußten wir erleben, daß ein diplomatischer Schritt Italiens in Straßburg ausreichte, um einem Vertreter, der dort das Thema behandeln wollte, einen Maulkorb umzuhängen. Sie haben unter Ausnutzung von geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeiten meine Wortmeldung in Straßburg verhindert. Ganz im Sinne der Italiener, die damals angekündigt haben, daß nunmehr ein so verhandlungsbereites Klima in Italien entstanden sei, daß eine Diskussion des Themas im Europarat, der unter anderem dazu berufen ist, Streitfälle zwischen seinen Mitgliedern zu bereinigen, zu beraten, zu regeln, zu einer Eskalation führen könnte, die der Sache nicht dienlich wäre.

Kann das die Sache Südtirols wirklich weiterbringen? Sie wissen — auch das ist in der Öffentlichkeit zum Teil unrichtig dargestellt worden —: Bis heute ist das sogenannte Paket von der allein zuständigen Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei nicht angenommen. Es kann gar nicht angenommen sein, weil ein akkordiertes Paket, also eines, das textlich zwischen Österreich und Italien einvernehmlich abgestimmt wäre, gar nicht existiert. Sowohl der Parteiausschuß vom Oktober wie die Landesversammlung vom 2. Dezember haben aber neuerlich unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß nur nach Vorliegen des Vorschlages zu einer wirklichen Verankerung in die Diskussion über den Gesamtkomplex eingetreten werden kann. Südtirol tut das mit Recht, denn der ehemalige

Dr. Scrinzi

Außenminister und jetzige Abgeordnete Dr. Kreisky wird mir zugeben, daß diese Globaltheorie — allerdings mit der italienischen Forderung, den Verankerungsanspruch auszuklammern — von Italien ständig vertreten wurde. Italien war seinerzeit, 1964, nur bereit, bei bedingungsloser Annahme des damaligen Verhandlungsergebnisses im Meritorischen und bei Anerkennung eines nur zeitlich begrenzt eingesetzten Schiedsgerichtes zu seinen Verhandlungsergebnissen zu stehen. Mit dem gleichen Recht fordert nun Südtirol diese globale Behandlung, und es hat Gründe dafür.

Nun so zu tun, als ob die gemeinsame Textierung des Pakets kein Problem mehr wäre, als ob das die geringste Sache sei, heißt doch an der Wirklichkeit vorbeigehen. Ich wage heute schon die Voraussage, daß dieser Versuch, wenn er nicht schon in den ersten Wochen scheitert, Italien wiederum Anlaß geben wird, monate-, wenn nicht jahrelang Verzögerungstaktik zu betreiben. Wir sind hier gebrannte Kinder. Ich darf daran erinnern, daß es Italien verstanden hat, am 4. September 1946 in letzter Minute einen vereinbarten Text um drei scheinbar unbedeutende Worte abzuändern, und daß an diesen drei, wie man geglaubt hat, unbedeutenden Abänderungen die Errichtung der an sich zugesagten Südtiroler Provinzialautonomie gescheitert ist. Es handelt sich bei diesen drei Worten um ein „auch“, um ein „mehr“ und um den Ersatz des Wortes „Struktur“ durch das Wort „Rahmen“. Auf Grund dieser drei Worte hat es Italien verstanden, zehn Jahre lang die Erfüllung des Gruber-deGasperi-Abkommens erfolgreich zu verhindern. Die Prüfung des Textes durch unsere Experten hat ergeben, daß es tatsächlich diese advokatischen Tricks waren, die den einvernehmlich angenommenen Text des Gruber-deGasperi-Abkommens als ungeeignet erscheinen lassen, ihn zum Gegenstand einer Beschwerde vor dem Internationalen Gerichtshof zu machen.

Nun glaubt man, daß es bei rund 115 Kompetenzen, die auf Grund dieses sogenannten Pakets eingeräumt werden sollen und die in ihrer Textierung bis heute nicht gemeinsam abgesprochen sind, gewissermaßen so in einem Aufwaschen gehen wird, einen akkordierten Text herbeizuführen, und bedenkt nicht, daß Italien, das damals die österreichische Zwangslage ausgenützt hat — es war die Frage zu entscheiden, ob das Abkommen Gegenstand und Kodizill des italienischen Friedensvertrages wird —, diese Position ausnutzen wird, um uns und die Südtiroler erneut auf unübersehbare Zeit hintanzuhalten.

Worum es Italien neben dem Versuch, uns zu einer endgültigen Anerkennung der Brennergrenze zu bringen, offensichtlich geht, ist doch, zu verhindern, daß wir dieses unerhörte Verhalten Italiens endlich wieder bei jenen Instanzen anhängig machen, die dafür zuständig sind.

Es war auch hier Fahrlässigkeit im Textieren, die uns in schwere Nachteile gebracht hat; denn als 1961 die Unterkommission für Südtirol geschaffen wurde, wurde im einschlägigen Protokoll ganz eindeutig festgestellt, daß diese Kommission geschaffen wurde, um die Lösung des Südtirol-Problems herbeizuführen. Und nicht nur das. Es ist unter anderem auch auf das Beispiel des Saarlandes hingewiesen worden. Man hat gezeigt, daß es möglich ist, auch ein gewiß nicht leichteres Problem, wie es eben das saarländische war, im Geiste der Verständigung und der demokratischen Verhandlung zu lösen.

Was lesen wir aber, nachdem es Italien verstanden hat, nach der ihm abgerungenen Zustimmung zur Neunzehner-Kommission diese Südtirol-Kommission sozusagen stillzulegen, in den späteren Protokollen? Vom Auftrag zur Lösung nichts mehr. Die Kommission hat sich plötzlich in eine reine Beobachterrolle begeben, und allem Anschein nach beobachtet diese Kommission seit einigen Jahren dank der mangelnden österreichischen Initiative nicht einmal mehr die Vorgänge, geschweige denn, daß sie eingegriffen hätte. Selbstverständlich kann man dafür nicht dem Vorsitzenden der Kommission, Herrn Struye, Vorwürfe machen, denn er wartet natürlich mit Recht auf die österreichische und nicht zuletzt die südtirolische Initiative in dem Zusammenhang, denn in dieser Subkommission ist ja auch ein Südtiroler vertreten.

Meine Damen und Herren! In der „Presse“ vom 2. Dezember — dem gleichen Tag, an dem der Südtiroler Landeshauptmann seiner zuständigen Landesversammlung nichts zu berichten hatte — lesen wir, daß entscheidende Fortschritte gemacht werden, daß das Paket selbst bereits als ausreichend und zufriedenstellend in Bozen und daher auch in Wien anerkannt worden sei — wovon gar keine Rede sein kann; der Beschluß des Landesvorstandes der Südtiroler Volkspartei lautet ganz anders. Wir lesen plötzlich vom besten Willen auf italienischer wie auf österreichischer Seite, die ewige Streitfrage über Südtirol aus der Welt zu schaffen. Vom guten und besten Willen auf der österreichischen Seite will ich selbstverständlich nicht reden, den unterstelle ich, den nehme ich an, von dem bin ich überzeugt. Auf italienischer Seite kann aber gar keine Rede davon sein, wenn am selben Tag,

Dr. Scrinzi

am selben 2. Dezember, der offiziöse Sprecher der Farnesina offensichtlich als eine Warnung vor jedem Illusionismus sagt: Nichts hat man erreicht, keine Fortschritte sind erzielt worden, und von einer internationalen Verankerung, von einer Bereitschaft Italiens zu einer solchen internationalen Verankerung könne keine Rede sein.

Auf diplomatischer Ebene scheinen die Experten jetzt endlich die magische Formel gefunden zu haben, der sie sich mühsam Schritt um Schritt näherten, heißt es in der „Presse“. Aber der Südtiroler Landeshauptmann weiß auf seiner Landesversammlung nichts davon. Man spricht in dem Artikel davon, daß man Italien nach dieser Vorgeschichte vergewissern müsse, daß Österreich nicht die Absicht hat, die Südtirol-Frage unter fadenscheinigen Vorwänden und nichtigen Anlässen immer wieder aufs Tapet zu bringen.

Wir haben also bisher fadenscheinige Anlässe wahrgenommen, nichtige Vorwände, um dieses Problem pendent zu machen. Und um jedem, der nicht mit dieser neuen zweiten, dritten oder fünften magischen Formel einverstanden ist, das Wasser abzugraben, ihn zum Nationalisten, zum Extremisten, zum Terroristen zu stempeln, folgt dann gleich auch noch der Satz: „Es gibt genug Kräfte und Leute in Österreich, in Südtirol, in Rom, die aus persönlichen oder aus politischen Gründen ein Abkommen zwischen Wien und Rom zu sabotieren und zu torpedieren suchen.“

Von all diesen Dingen weiß also das Hohe Haus nichts, es weiß der Außenpolitische Ausschuß nichts davon, nur die „Presse“ weiß es wieder einmal, daß wir unmittelbar vor der Lösung des Problems stehen, daß Italien geradezu birst vor gutem Willen, die Sache zu bereinigen. Muß uns das alles nicht nachdenklich stimmen, wenn wir hören — und ich wiederhole diese Frage noch einmal an den Herrn Minister —: Trifft es zu, daß uns zugemutet wurde, sogar das österreichische Strafgesetz den italienischen erpresserischen Forderungen anzupassen? Trifft es zu, daß an den Verhandlungen der Experten Strafrechtler auf beiden Seiten teilnehmen? Ist das die Dokumentation des guten Willens Italiens, jetzt die Frage im europäischen Geist zu lösen?

Und wiederum beziehe ich mich nicht etwa auf Informationen, die vom Befreiungsausschuß oder von extremen Zeitungen oder sonstigen Elementen kommen, ich beziehe mich auf das, was die „Tiroler Tageszeitung“ schreibt, auf das, was die „Dolomiten“ heute schreiben. Ich glaube, die Südtiroler und die österreichische Öffentlichkeit, aber auch dieses Haus haben ein Recht, zu erfahren, was sich da hinter den Kulissen tut. Denn wenn bislang

immer wieder damit argumentiert wurde, das Verfahren der Geheimdiplomatie, des Verhandelns hinter geschlossenen Türen sei eben jene Methode, die uns weiterbringt, so müssen wir uns doch von dieser Illusion am Ende des Jahres 1967 endlich trennen, glaube ich.

Ich muß auch hier noch einmal, obwohl ich es nicht sehr gerne tue, in diesem Zusammenhang auf eine wenig erfreuliche Zeit aus der österreichischen Vergangenheit zurückgreifen. Es wurden schon einmal in diesem Raum Vereinbarungen, geheime Abmachungen getroffen, die sich außerhalb der zuständigen demokratischen Organe abgewickelt haben. Ich rede vom Konkordat des Jahres 1933, das unter Ausschaltung des zuständigen Parlamentes abgeschlossen wurde und das so lange in der Geheimlade blieb, bis durch den Verfassungsbruch ein willfähiges Parlament geschaffen und bereit war, das Resultat solcher Geheimverhandlungen hier anzuerkennen. Herr Minister! Ich glaube, Ihnen sagen zu müssen: Das Haus wird hier hoffentlich nie bereit sein, einem solchen Verfahren zuzustimmen.

Wir haben Sorge, wir haben größte Bedenken wegen der Entwicklung, die der Fall Südtirol in der letzten Zeit genommen hat. Ich habe sie hier heute sehr laut und nachdrücklich ausgedrückt. Ich kann Ihnen noch einmal, Herr Minister, versichern: Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß alle drei Parteien Österreichs versuchen müssen, die Südtirolfrage einvernehmlich und gemeinsam zu lösen. Ihr bisheriger Weg hat eine solche Lösung nicht möglich gemacht, er hat nur, wie ich schon ausgeführt habe, zu einer Spaltung innerhalb der Parteien des Hauses geführt, er hat dazu geführt, daß auch die Südtiroler Volksvertretung in eine sehr, sehr schwierige Lage geraten ist.

Aber ich sage Ihnen zugleich die Bedingungen, unter denen wir nur bereit sind, einer Lösung der Südtirol-Frage zuzustimmen:

Wir verlangen, daß Italien noch vor der Jänneritzung des Europarates den gemeinsamen Text des Paketes mit Österreich und Südtirol herstellt.

Wir verlangen die ausdrückliche Zurücknahme des italienischen Vetos gegen die österreichischen Bemühungen um seinen Beitritt zur EWG und die dezidierte Zustimmung Italiens zur Fortsetzung, das heißt zur raschesten Aufnahme der diesbezüglich notwendigen Verhandlungen.

Wir verlangen, daß nach der Akkordierung des Paketes die Südtirol-Kommission des Europarates aktiviert und im Rahmen dieser Kommission die Formel zur wirksamen internationalen Verankerung gesucht wird.

Dr. Scrinzi

Wir verlangen weiters, daß Italien auch den zweiten und dritten Teil, das heißt also das Streitbeilegungsabkommen des Europarates, zur Gänze ratifiziert und die bisher abgeschlossenen Verträge sowie das noch abzuschließende Südtirol-Abkommen der Streitbeilegungskonvention unterwirft.

Wir verlangen schließlich die Amnestie aller politischen Häftlinge einschließlich der Pfunderer-Buben und auch die Freilassung und Amnestierung des letzten in italienischem Gewahrsam verbliebenen österreichischen Kriegsgefangenen, Major Walter Reder.

Wenn Italien, wie offensichtlich Kreise zu wissen glauben, die besser informiert zu sein scheinen als die gewählten Abgeordneten und die Vertreter der Parteien, voll guten Willens zu einer Bereinigung des Problems ist, dann sind das Forderungen, denen es sich unterwerfen kann. Wenn das nicht der Fall ist, dann haben wir nur die Möglichkeit, sofort und ohne eine Übereinstimmung mit Italien herzustellen, den Europarat und die UNO mit der Südtirol-Sache zu befassen, und zwar mit der einzigen und klaren Forderung: Selbstbestimmung für Südtirol! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Halder. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Halder (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist mir angenehm, im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Scrinzi, der die Auffassungen der Freiheitlichen Partei insbesondere zum Südtirol-Problem und dessen Lösung vorgetragen hat, die Auffassungen meiner Partei, der Österreichischen Volkspartei, darzulegen. Ich darf am Anfang gleich betonen, daß wir in weiten, wichtigen Bereichen übereinstimmen. Dennoch gibt es sicherlich nicht nur in der Sache selbst, sondern auch in der Methode gewisse Unterschiede. Ich werde darauf im Laufe meiner Ausführungen noch konkret zurückkommen können.

Hohes Haus! Am 23. September dieses Jahres bezwang die alte Dampflok aus der Reihe 29 des Baujahres 1860 mit 180 Ehrengästen, darunter nicht weniger als vier Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung, in vier historischen Waggons (*Abg. Peter: Das ist ein Verkehrsrückfall!*) — nein, nein — wie einst zum erstenmal vor hundert Jahren die Strecke Innsbruck—Gries am Brenner. Damals hatte die Brennerbahn Menschen und Materialien von Innsbruck nach Bozen und von Bozen nach Innsbruck zu transportieren.

Es war ein Wermutstropfen, als an diesem Tag, nach hundert Jahren, die alte Brennerbahn in Gries am Brenner vor der Grenze haltmachen mußte, vor jener Grenze, die die Brennerbahn vor hundert Jahren ohne Grenz- und Zollformalitäten spielend bewältigte.

Am vergangenen Sonntag wurde das zweite Teilstück der Brenner-Autobahn, und zwar das Teilstück von Innsbruck-Amras nach Matri am Brenner, feierlich eröffnet, wiederum in Anwesenheit von drei Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung. Dieses Teilstück wurde also feierlich dem Verkehr übergeben. Diesmal herrschte echte Hochstimmung, zumal der Herr Bautenminister kundtun konnte, daß voraussichtlich in der kurzen Zeit von einem Jahr die Brenner-Autobahn von Volders bis zum Brennerpaß bereits befahrbar sein werde, jenem Paß, der seit urdenklichen Zeiten Nord und Süd miteinander verbindet.

In der Tat war der Brennerpaß weder in der Frühgeschichte eine Stammesgrenze noch in der römischen Zeit eine Provinzgrenze. Er hat viele Jahrhunderte lang Land und Leute miteinander verbunden und zueinander gebracht, bis ein unbarmherziges Schicksal im Jahre 1919 mitten durch das Herz Tirols eine neue Grenze schuf und Land und Leute auseinanderriß, obwohl sich damals kein Fußbreit Tiroler Bodens in den Händen der gegnerischen Streitmacht befunden hatte.

Noch immer leidet das Tiroler Volk und leidet ganz Österreich an den schmerzlichen Folgen der Zerreißung Tirols im Jahre 1919. Vergessen wir in diesem Zusammenhang nicht, daß sich der Landesfürst von Tirol vor den Ständen schon im Jahre 1335, also 28 Jahre vor der freiwilligen Verbindung Tirols mit Österreich, verpflichten mußte, die Unteilbarkeit dieses Landes zu gewährleisten. Man hat dieses Land Tirol in einem Zeitpunkt auseinandergerissen, als man gerade das Prinzip der Selbstbestimmung feierlich verkündet hatte und in den Gebieten mit gemischter Bevölkerung in Österreich, so in Kärnten und im Burgenland, Volksabstimmungen abgehalten wurden. Dem Südtiroler Volk aber blieb die Volksabstimmung verweigert, obwohl es nahezu ausschließlich deutschsprachig war. Im Jahre 1910, zur Zeit der letztvorangegangenen Volkszählung, lebten in Südtirol nur 7000 oder 3 Prozent Italiener neben 221.000 oder 93 Prozent Deutschsprachigen und 9400 oder 4 Prozent ladinisch sprechenden Tirolern.

Nie wurde von alliierter Seite das Unrecht der Zerreißung Tirols bestritten. Aber man sah zu, wie der Faschismus das Tiroler Element

Dr. Halder

südlich des Brenners auf kulturellem Gebiet zu entnationalisieren begann und die Südtiroler Führungsschichte in Verwaltung und Wirtschaft zu entmachten versuchte. Als selbst die massive Einwanderungspolitik der Italiener in deren Augen nicht zum erstrebten Ziele geführt hatte, schloß Mussolini im Jahre 1939 ein Umsiedlungsabkommen mit Hitler. Die Verwirklichung dieses Abkommens wurde allerdings durch den Beginn des zweiten Weltkrieges vereitelt. Immerhin aber haben 70.000 Südtiroler in dieser Zeit ihre angestammte Heimat verlassen.

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges zeigten Frankreich, weite Kreise Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zwar Sympathie für die Südtiroler, aber diese reichte nicht hin, eine Revision der Entscheidung von 1919 herbeizuführen, wohl aber Italien zu bewegen, mit Österreich ein Abkommen zu schließen, das die Erhaltung der ethnischen, der kulturellen und der wirtschaftlichen Minderheitenrechte der Südtiroler wahren und ihnen zu diesem Zwecke eine regionale gesetzgebende und Verwaltungsautonomie garantieren sollte. Es war das Pariser Abkommen vom 5. September 1946, das in den italienischen Friedensvertrag vom 10. Februar 1947 aufgenommen wurde.

Die Erwartungen der Südtiroler und des ganzen österreichischen Volkes in dieses Abkommen wurden leider nicht erfüllt. Rom gab den Südtirolern nicht die vereinbarte regionale Autonomie, sondern schloß Südtirol mit der rein italienischen, volkreichen Provinz Trient zu einer autonomen Region Trient-Südtirol zusammen, in der die Italiener die Zweidrittelmehrheit haben. Das Südtiroler Volk hingegen erhielt nur eine Subautonomie mit wenigen Kompetenzen von geringer Bedeutung, von denen einige sogar durch nachträgliche Entscheidungen des italienischen Verfassungsgerichtshofes in ihrer Bedeutung ausgehöhlt wurden. Der italienische Verfassungsgerichtshof hatte damals erklärt, die Vertretung der Interessen der Südtiroler und der Schutz ihrer Rechte befände sich ausschließlich in den Händen der Italiener.

Von 7000 im Jahre 1910 war die Zahl der Italiener in Südtirol bis 1939 auf 81.000 und bis 1961 auf 128.000 oder 34,5 Prozent der Südtiroler Wohnbevölkerung angewachsen. Im gleichen Jahre lebten demgegenüber in Südtirol 233.000 oder 62 Prozent deutschsprachige Tiroler und 12.600 oder 3,5 Prozent Ladinier.

Vergeblich waren die Bemühungen der Südtiroler in den Jahren 1948 bis 1956 um die Erfüllung des Pariser Abkommens. Vergeblich waren die österreichisch-italienischen

Kontakte 1956 bis 1960. Nun war die Zeit gekommen, da sich Österreich gezwungen sah, sich im Herbst 1960 an die UNO zu wenden. Nach zweiwöchiger Debatte empfahl die Vollversammlung der UNO am 31. Oktober 1960 mit Zustimmung Österreichs und Italiens und dann noch einmal gleichlautend am 28. November 1961, Österreich und Italien sollen über die Durchführung des Pariser Abkommens verhandeln.

Seitdem ist das Südtirol-Problem internationalisiert. Sieben Jahre zogen sich die Verhandlungen hin. Inzwischen fanden sieben Außenministerkonferenzen statt, in denen auf Basis dieser beiden UNO-Resolutionen verhandelt wurde, fünf Sessionen der von den Außenministern eingesetzten bilateralen Expertenkommission und eine Reihe weiterer Kontaktgespräche wurden abgehalten. Es wurden Vorschläge zur Erweiterung der Minderheitenrechte und der Autonomie Südtirols ausgearbeitet, die seit der österreichisch-italienischen Außenministerkonferenz im Jahre 1964 zum materiellen Gegenstand der bilateralen Verhandlungen zwischen Österreich und Italien gemacht worden waren.

Trotz der noch immer aufrechten italienischen Ablehnung der Schaffung einer regionalen Autonomie für Südtirol, wie sie das Pariser Abkommen vorsieht, wurde in den folgenden Jahren auf Außenminister- und Expertenebene eine weitestgehende Annäherung über eine erweiterte Autonomie Südtirols — allerdings im Rahmen der Region Trient-Südtirol — erzielt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist das bekannte Paket. Dieses Paket kann in merito sicher als ein positives Ergebnis bezeichnet werden. Wenn auch wichtige Kompetenzen, vor allem im sozialpolitischen Bereich, noch offen sind, hat das Paket eine nicht zu übersehende Anreicherung erfahren.

Obwohl alle diese Verhandlungen auf der Grundlage der erwähnten beiden UNO-Resolutionen geführt worden waren und die Durchführung des Pariser Abkommens betreffen, hat Italien erklärt, es handle sich bei den vorgesehenen Maßnahmen zugunsten der Südtiroler um ein internes Geschenk an die Südtiroler als italienische Staatsbürger; die vorgesehenen Maßnahmen hätten nichts mit dem Pariser Abkommen zu tun, ihre Verwirklichung hänge also ausschließlich vom Willen des italienischen Parlaments ab.

Italien versucht also zu negieren, daß die Verhandlungen auf Grundlage der beiden UNO-Resolutionen zur Durchführung des Pariser Abkommens geführt wurden, das Verhandlungsergebnis daher folgerichtig nicht einen neuen Vertrag darstellen kann, sondern nur die Durchführung des Pariser Abkommens

Dr. Halder

betrifft, womit künftighin der Bestand der Südtiroler Volksgruppe in ethnischen, wirtschaftlichen und kulturellen Belangen gewährleistet, damit neue Auseinandersetzungen verhindert werden und eine aufrichtige, ungetrübte Freundschaft zwischen Österreich und Italien ermöglicht werden soll.

Mit Note vom 1. August 1961 hat Österreich die Schaffung einer permanenten bilateralen Kommission zur Verhinderung politischer Weiterungen vorgeschlagen und diesen Vorschlag im vergangenen Sommer erneuert. Italien hat diesen Vorschlag nicht nur nicht angenommen, sondern blockiert, wie wir heute schon mehrmals gehört haben, seit Juni dieses Jahres die österreichischen Verhandlungen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit dem Hinweis auf terroristische Anschläge in Südtirol. Darüber hinaus hat Italien Maßnahmen gesetzt, die sich auf die österreichisch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen sehr nachteilig auswirken und nicht das geringste mit der Streitfrage an sich zu tun haben.

Glaubt denn — das möchte ich fragen — Italien wirklich, es könne eine Viertelmillion Südtiroler auf dem Altar der EWG oder Europas geopfert werden? Italien ist, wenn es von dieser für die Südtiroler in gleicher Weise wie für ganz Österreich unverständlichen Junktinierung nicht Abstand nimmt, im Begriffe, einen schweren psychologischen Fehler zu begehen. Was ist damit gemacht? Es schadet letzten Endes Italien selbst, verschärft aber andererseits die ohnedies schon bis zum Übermaß angereicherten Spannungen.

Ich bin gewiß, daß niemand in diesem Hohen Haus den Terrorismus billigt. Es gäbe ihn nicht, wenn er keinen Nährboden hätte. Dieser Nährboden sind die ungelösten Probleme der Südtiroler Bevölkerung. Das allerbeste Mittel, den Terror zu bekämpfen, ist und bleibt eine echte Autonomie für die Südtiroler im Rahmen des italienischen Staatsverbandes. (*Beifall bei der ÖVP.*) Italien selbst also ist es, das den Schlüssel zur Bekämpfung des Terrors in den eigenen Händen hält.

Jeglicher Terrorismus, wohin seine Fäden auch immer reichen mögen, ist abzulehnen, insbesondere dann, wenn Menschenleben gefährdet sind. Wir können gelten lassen, daß die Geduld der Betroffenen angesichts der langen Dauer der Verhandlungen ohne ein bis zur Stunde greifbares Ergebnis arg strapaziert worden ist. Verhandlungen auf zwischenstaatlicher, internationaler Ebene sind nun einmal zwangsläufig langwierig und kompliziert und brauchen ihre Zeit. Aber auch das berechtigt noch niemanden, in den Terrorismus zu flüchten.

Von der österreichischen Bundesregierung und den österreichischen Behörden wurde alles in ihren Möglichkeiten Liegende getan, den Terrorismus zu bekämpfen, soweit er von Österreich ausgehen sollte. Schon am Beginn der terroristischen Aktionen im Jahre 1961 und in den folgenden Jahren wurden, soweit Anhaltspunkte für die Beteiligung von Österreichern gegeben waren, von der Staatspolizei erfolgreiche Ermittlungen unternommen, die schließlich zu den Prozessen in Graz und in Linz geführt haben.

Mit dem Aufleben der Terroristentätigkeit im Jahre 1966 hat der heutige Innenminister eine konzentrierte Gendarmerieabteilung aus speziell ausgebildeten und ausgerüsteten Alpingendarmen mit der nötigen technischen Ausrüstung eingesetzt, die heuer auch noch verstärkt worden ist. Als sich herausgestellt hatte, daß auch mit diesen Kräften die österreichisch-italienische Grenze nicht zureichend überwacht werden konnte, beantragte der Innenminister unter Berufung auf die entsprechenden Bestimmungen der Bundesverfassung bei der Bundesregierung eine Assistenzleistung des Bundesheeres, die vom Ministerrat mit Wissen des Herrn Bundespräsidenten einstimmig beschlossen wurde.

Heute schon kann gesagt werden, daß der Einsatz der konzentrierten Gendarmerieabteilung und die Einsatzleistung des Bundesheeres ein voller Erfolg gewesen sind, insofern nämlich, als die Grenzausinandersetzungen, die vorher fast an der Tagesordnung waren, seit diesem Einsatz vollständig unterblieben sind. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Als einen bescheidenen Beweis dafür möchte ich anführen, daß die einzige Schießerei seit dieser Zeit im Herbst dieses Jahres in der Nähe des Stilsfer Jochs stattgefunden hat, also 60 km von der tirolisch-italienischen Grenze entfernt und etwa 6 bis 8 km südlich der Schweizer Grenze.

Der Erfolg dieses Einsatzes wiegt umso mehr, als niemand annehmen konnte, daß diese Gendarmerieabteilung und zwei bis drei Bundesheerbataillone eine 360 km lange Grenze etwa hermetisch abschließen hätten können, zumal bekanntlich nicht einmal der Eiserne Vorhang — und das mit ganz anderem personellen Einsatz — abgeriegelt werden kann. (*Abg. A. Pichler: Dann kann man auch nicht von einem vollen Erfolg sprechen!*)

In den letzten Jahren wurden in Österreich 136 des Terrorismus in Südtirol Verdächtige verhaftet und 39 zu Kerkerstrafen verurteilt. Weitere warten auf ihr Urteil. Wir haben gehört, daß ein Dr. Burger, ein Kienesberger, ein Dr. Hartung in Haft sind. Man kann annehmen, daß damit der Kopf

Dr. Halder

dieser extremistischen Bewegung vielleicht unschädlich gemacht ist, was allerdings nicht unbedingt dafür Gewähr bietet, daß der Terrorismus vollkommen ausgerottet ist, wenn etwa die in München erscheinende „Deutsche Soldatenzeitung“ letzthin wiederum terroristische Aktionen ankündigen zu sollen glaubte.

Da Österreich also ohnedies den Terrorismus erfolgreich bekämpft, wäre es fehl am Platze, von diesem Staat zusätzliche gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus zu verlangen. Hier gehen wir durchaus mit den Auffassungen des Herrn Kollegen Dr. Scrinzi einig. Ebenso wäre und ist es fehl am Platze, von Österreich die Auslieferung von politischen Flüchtlingen zu begehren, auch wenn sie im italienischen Staatsgebiet terroristischer Handlungen verdächtig sind. Österreich könnte, wie Herr Bundeskanzler Dr. Klaus am 11. Oktober in der Turiner Zeitung „La Stampa“ erklärte, politische Flüchtlinge gar nicht ausliefern. Diesen Standpunkt hat wenige Tage später Universitätsprofessor Dr. Winfried Platzgummer von der Wiener Universität in einem umfassenden wissenschaftlichen Gutachten vollinhaltlich bestätigt. Platzgummer stellt darin abschließend fest, Österreich bleibe bei der derzeitigen Rechtslage gar keine Möglichkeit für eine andere Entscheidung.

Was hat sich seitdem in Südtirol getan? Am 21. Oktober dieses Jahres nahm der Parteiausschuß der Südtiroler Volkspartei mit 49 Ja-Stimmen bei nur einer Gegenstimme eine Resolution an, worin der Parteiausschuß die italienische und die österreichische Regierung mit Nachdruck ersucht, unverzüglich gemäß dem seit 1964 eingeschlagenen Verfahren Kontakt aufzunehmen, um die Ergebnisse der zwischenstaatlichen Vereinbarungen zusammen mit allen auch auf internationaler Ebene erreichten Resultaten festzuhalten und eine wirksame internationale Verankerung zu vereinbaren. Zugleich hat der Parteiausschuß beschlossen, der Landesversammlung die Annahme des Paketes erst dann zu empfehlen, wenn auch eine wirksame Form der Verankerung gegeben ist. Schließlich hat der Parteiausschuß die Regierungen Italiens und Österreichs nochmals mit Nachdruck ersucht, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit es noch vor Abschluß der Legislaturperiode zu einer Einigung komme, die den Bestand und die Entwicklung der Südtiroler Volksgruppe in ihrer Heimat sichert, auch wenn die Durchführung des Abkommens in dieser italienischen Legislaturperiode offensichtlich nicht mehr möglich ist. Das Paket als solches hatte ja der Parteiausschuß am 23. März 1967 grundsätzlich gebilligt.

Am vergangenen Wochenende — wir hörten es eben — tagte in Bozen im Kulturhaus „Walther von der Vogelweide“ die 19. Ordentliche Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei. Parteiobmann Landeshauptmann Dr. Magnago gab seinem Bedauern Ausdruck, daß die erhoffte Einigung über die Verankerung des Paketes noch nicht erzielt worden sei, damit sie die Landesversammlung hätte gutheißen können. Zum Paket als solchem erklärte Dr. Magnago, es sei auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Sprache, des sozialen Wohnungsbaues und des Wahlrechtes an sich gut, im Bereich der Schule, der Kultur, der Arbeitsämter, des Meldewesens, der Verwaltungspolizei und des völkischen Proporz habe man Kompromisse gefunden, während die Formel für die Verantwortung für die öffentliche Ordnung negativ zu beurteilen sei. Magnago wollte sich, wie den Pressestimmen zu entnehmen war, offensichtlich nicht festlegen, es war aber daraus zu entnehmen, daß er das Paket insgesamt für gut befände.

Bei dieser Lösung kann es sich aber — das möchte ich hier ausdrücklich festhalten — nur um jenes Paket handeln, das seinerzeit zwischen Magnago und Moro akkordiert worden ist und dem Worte und dem Sinne nach den damaligen Vereinbarungen entspricht. Wir hegen die Hoffnung, daß es über dieses Paket recht bald auch zwischen der italienischen und der österreichischen Regierung zur wünschenswerten Übereinstimmung kommen möge.

Zur Frage der internationalen Verankerung erklärte Landeshauptmann Magnago, es sei an sich gleichgültig, ob es sich um eine juristische oder um eine politische Verankerung handle, jedenfalls müsse es eine wirksame Garantie sein. Der frühere Assessor und nunmehrige Parlamentskandidat Dr. Peter Brugger empfahl Italien, die europäische Streitbeilegungskonvention zu unterzeichnen, womit dann automatisch die Verankerung gegeben sei.

Auch wir, das österreichische Parlament, müssen Verständnis dafür haben, daß die Südtiroler eine wirksame internationale Garantie für die Durchführung des Paketes verlangen, nachdem ihre nun bald vierzigjährigen Bemühungen um eine vollständige Erfüllung des Pariser Abkommens durch Italien noch immer nicht zum erfolgreichen Abschluß geführt haben. Die Südtiroler erwarten mit Recht von Österreich, daß es ihnen als Vertragspartner des Pariser Abkommens tatkräftig zur Seite steht und daß sich Österreich mit aller Kraft hinter die Bemühungen der Südtiroler um eine wirksame internationale Garantie des Paketes stellt.

Dr. Halder

Auch Österreich muß mit Rücksicht auf die Erfahrungen, die es mit der Durchführung des Pariser Abkommens durch Italien gemacht hat, darauf bestehen, daß zwischen zwei korrekten Partnern — und welcher der beiden Partner wollte etwa nicht korrekt sein! — der ehrliche Wille zur Vertragseinhaltung mit den erforderlichen Garantien unter Beweis gestellt werden muß. Auch Österreich geht mit der jüngsten Erklärung des Südtiroler Landeshauptmannes einig, daß vor allem eine wirksame — gleichgültig ob juristische oder politische — Garantie anzustreben ist. Welcher Art eine wirksame Garantie im einzelnen sein soll, darüber gibt es verschiedene Meinungen, auch in der Presse der letzten Tage, und es gibt in der Tat ja auch verschiedene Möglichkeiten.

Der Kernpunkt der internationalen Garantie für die Verwirklichung des Paketes zur Besserung der Autonomie in Südtirol wird darin liegen müssen, daß Österreich erst dann die Streitbeilegungserklärung abgibt, das heißt, feierlich erklärt, daß der Streit beendet sei, sobald die gewählten Vertreter der deutschsprachigen Volksgruppe Südtirols mit Mehrheit gegenüber der österreichischen Bundesregierung erklären, daß das Paket erfüllt ist beziehungsweise daß seine Erfüllung gewährleistet ist.

Selbstverständlich kann das Paket erst dann als erfüllt angesehen werden, wenn Italien das Grundsatzgesetz, die Ausführungsgesetze und alle erforderlichen Durchführungsverordnungen erlassen hat und damit das Paket seinem ganzen Inhalt nach durchführbar und anwendbar geworden ist. Klar und eindeutig muß das künftige Übereinkommen abgefaßt sein, damit verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten, Mißverständnissen und Unstimmigkeiten von vornherein der Boden entzogen ist.

Ein wesentlicher Bestandteil der Garantie wird auch darin zu bestehen haben, welche Instanz für Streitigkeiten zuständig sein soll, die nach Abgabe der Streitbeilegungserklärung noch entstehen können. Allenthalben wird die Meinung vertreten, hiefür käme die UNO in Frage, andere meinen wieder, der Europarat oder ein Schiedsgericht im Sinn der seinerzeitigen Absprachen zwischen Kreisky und Saragat, allerdings dann ohne Beschränkung auf einige Jahre, oder, last not least — und dieser Vorschlag scheint die meisten Aussichten auf Erfolg zu haben — der Internationale Gerichtshof, und zwar nicht nur für das Pariser Abkommen, sondern auch für das Paket.

Keineswegs sind die Verhandlungen um eine wirksame internationale Garantie für das Paket festgefahren, es wird mit großem

Verantwortungsbewußtsein weiterverhandelt. Bei aller Würdigung der Verdienste aller jener Persönlichkeiten, die sich bisher schon um eine Lösung des Südtirol-Problems ehrlich und redlich bemüht haben, muß aber auch wahr bleiben, daß noch nie mit solcher Intensität an der Lösung des Südtirol-Problems gearbeitet worden ist wie in letzter Zeit.

Österreich muß sich bewußt sein, unter welch ungeheuren psychologischen Spannungen die Vertreter der Südtiroler stehen. Österreich ist es nicht nur moralisch, sondern auch als Partner des Pariser Abkommens den Südtirolern schuldig, die Verantwortung für das mit Italien zu treffende Übereinkommen mit den Südtiroler Vertretern und dem ganzen Südtiroler Volk zu teilen.

Am 13. November 1967 hat Herr Abgeordneter Dr. Kreisky bei der Behandlung des Kapitels Äußeres im Finanz- und Budgetausschuß der Regierung den Vorwurf gemacht, es wäre besser gewesen, das Paket zur Gänze den Südtirolern zu überlassen, dafür aber in aller Schärfe über die internationale Verankerung zu verhandeln. Ich meine, beide Vorwürfe gehen ins Leere. Es gibt keine Meinungsverschiedenheiten zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Mehrheit der gewählten Vertreter Südtirols über das Paket. Ich glaube, die Südtiroler wollten in dieser Frage gar nicht allein gelassen werden. Sie bauen auf die Mitverantwortung Österreichs als Vertragspartner Italiens. Was schließlich die internationale Garantie betrifft, hat die österreichische Bundesregierung und wird und darf die österreichische Bundesregierung nichts unversucht lassen, das bestmögliche Verhandlungsergebnis zu erzielen.

Aber auch gewisse Vorhaltungen der Opposition, die österreichische Bundesregierung betreibe keine gemeinsame Südtirol-Politik, gehen ins Leere. Die Südtirol-Politik wird in ständiger Fühlungnahme mit den Vertretern der Südtiroler und aller politischen Parteien in Tirol koordiniert, und es besteht keine Veranlassung anzunehmen, daß dies nicht auch in Zukunft in gleicher Weise geschehen sollte. Der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi hat diese Behauptung vorhin selbst bestätigt. Der Herr Außenminister informiert fallweise den Außenpolitischen Ausschuß des Nationalrates und des Bundesrates und führt Informationsgespräche mit jenen Politikern der Oppositionsparteien, die für bestimmte außenpolitische Fragen ein besonderes Interesse zeigen.

Immer wieder wird die Bundesregierung angegriffen — es ist auch vorhin wieder geschehen; hier gehe ich natürlich nicht konform mit meinem Herrn Vorredner Dr. Scrinzi —, sie betreibe in der Südtirol-Politik Geheim-

Dr. Halder

diplomatie. Eine solche ist aber dann nicht gegeben, wenn die mit außenpolitischen Agenten betrauten Politiker der Oppositionsparteien auf dem laufenden gehalten werden. Doch ist eine gewisse Geheimhaltung in der Diplomatie dann am Platze, wenn es darum geht, Verhandlungsergebnisse nicht durch vorzeitige Indiskretionen preiszugeben oder zumindest in Frage zu stellen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Lanc: Damit unterstellen Sie, daß die informierte Opposition etwas preisgibt!)*

Es muß unser gemeinsames unverrückbares Ziel sein, in der Südtirol-Politik jene Lösungen zu finden, die die Erhaltung des Südtiroler Volkes in seiner Eigenart und seiner Substanz gewährleisten, so wie es dem Geist der Charta der Vereinten Nationen entspricht. Es muß das gemeinsame Anliegen der gesamten Bundesregierung und aller im Hohen Hause vertretenen Abgeordneten aller drei Fraktionen sein, die ethnische, die wirtschaftliche und die kulturelle Existenz des Südtiroler Volkes wahrzunehmen und zu sichern.

Gebe Gott, daß eine gute Lösung des Südtirol-Problems nicht mehr ferne sei, eine solche gute Lösung, die uns die Basis gibt, mit Italien eine friedliche und ersprießliche Zusammenarbeit in allen Belangen zu pflegen und die Freundschaft zwischen beiden Völkern zu vertiefen. Es muß doch bald gelingen, dieses so wichtige österreichisch-italienische Problem, das Problem Südtirol, zu lösen, jene Frage nämlich, die laut „Rheinischem Merkur“ vom 4. August 1967 mit all ihren Konsequenzen eine eminent europäische Frage ist, ja neben Gibraltar die einzige noch unge löste Frage in Westeuropa.

Wir können einfach nicht umhin, im Glauben zu verharren, daß sich Italien und Österreich nicht die Chance entgehen lassen werden, durch eine rasche und verständnisvolle Lösung des Südtirol-Problems zur Entspannung der politischen Lage in Europa und durch ein solches gutes Beispiel vielleicht sogar zur Auflockerung weltweiter Spannungsfelder beizutragen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **DDr. Pittermann (SPÖ)**: Hohes Haus! Ich habe nicht die Absicht, auf die Äußerungen des letzten Redners zu antworten; daß wird mein Parteifreund Horejs besorgen.

Ich will mich im ersten Teil meiner Ausführungen ein wenig mit dem — wie ich offen sagen muß — nicht zufriedenstellenden Verhältnis zwischen Bundesregierung und Volks-

vertretung auf dem Gebiete der Außenpolitik, der Information und der Kontaktnahme beschäftigen. Ich habe das bereits in meiner Rede anläßlich der ersten Lesung des Bundesfinanzgesetzes und auch im Ausschuß getan, aber es hat sich seither nichts geändert. Ich fühle mich daher verpflichtet, neuerlich auf diese Dinge hinzuweisen.

Es gibt demokratische Länder — allerdings wahrscheinlich mit einer längeren demokratischen Tradition, als Österreich sie hat —, in denen es das Bemühen der Regierung ist, besonders auf dem Gebiet der Außenpolitik so viele gemeinsame Aktionen wie möglich entwickeln zu können, soweit wie möglich für Aktionen der Außenpolitik, die ja den Gesamtinteressen des Landes dienen, auch die Zustimmung der in der Regierung nicht vertretenen Parteien, auch die Zustimmung der Opposition zu erhalten.

In Österreich geht man diesen Weg, seitdem sich die Bundesregierung aus einer Partei zusammensetzt, nicht oder nur in einem völlig unzulänglichen Ausmaß. Seit der Bestellung der Bundesregierung in ihrer heutigen Form hat es eine einzige Situation gegeben, in der der Außenpolitische Ausschuß des Nationalrates einberufen und um Zustimmung zu einer Stellungnahme der Bundesregierung vor den Vereinten Nationen gebeten wurde. Das war, als die außerordentliche Versammlung der Vereinten Nationen über eine Lösung des Konfliktes im Nahen Osten zu beraten hatte und als dieser außerordentlichen Versammlung der Vereinten Nationen verschiedene Resolutionen vorgelegt worden waren. Damals hat der Außenpolitische Ausschuß übereinstimmend, also mit den Stimmen aller Parteien dieses Hauses, der Bundesregierung empfohlen, sich nicht für eine Stimmenenthaltung zu entschließen, sondern gegen die damals von unserer Nachbarrepublik Jugoslawien eingebrachte Resolution zu stimmen, weil in dieser Resolution Isreal unserer Meinung nach zu Unrecht als Aggressor bezeichnet worden war. Ich stelle fest, daß die Bundesregierung und der Herr Außenminister bei der außerordentlichen Generalversammlung der Vereinten Nationen die vom genannten Ausschuß des Hauses empfohlene Haltung dann auch tatsächlich eingenommen haben. Es geht also, wenn man will. Es sind keineswegs nur unüberwindbare Schwierigkeiten der Geschäftsordnung, die einen engeren Kontakt verhindern.

Aber es gibt ja außenpolitische Aktionen, die nicht immer nur in Form von Berichten oder gar Gesetzesanträgen Haus oder Ausschuß zu beschäftigen haben. Ich habe schon einmal hier im Hause darauf hingewiesen, daß beispielsweise Staatsbesuchen, die die Bundesregierung

DDr. Pittermann

einlädt, durch eine sorgfältige Gestaltung des Besuchsprogramms geradezu verschwiegen wird, daß die Republik Österreich nach den Grundsätzen des demokratischen Parlamentarismus organisiert ist, daß sie ein Parlament hat und daß in diesem Parlament neben einer Mehrheitspartei auch Oppositionsparteien sind. Ich habe fast den Eindruck, daß sich die österreichische Bundesregierung oder vielleicht einzelne ihrer Minister dieser Verfassung und dieses Parlaments etwas schämen, weil sie so sorgfältig bemüht sind, jeden direkten und echten Kontakt zwischen Gästen der Bundesregierung und der österreichischen Volksvertretung zu vermeiden.

Ich anerkenne, daß der Herr Außenminister, wenn er einen Gast hat, bei den im Zusammenhang mit solchen Besuchen ergehenden Einladungen zu Essen auch immer Repräsentanten des Nationalrates, auch der Oppositionsklubs — zumindest unseres —, einlädt, die dann ebenfalls am Tische Platz nehmen dürfen. Ich anerkenne, daß auch der Herr Bundeskanzler, wenn es sich um einen Gast der gesamten Bundesregierung handelt, solche Einladungen zu Empfängen ergehen läßt, wobei gleichzeitig den Volksvertretern eine würdevolle Kleidung vorgeschrieben wird, damit sie dem ausländischen Gast im Frack das richtige Bild vom Wesen der von ihnen vertretenen Bevölkerung vermitteln können. Offenbar glaubt man, daß ohne solche präzise Kleidungsvorschriften Abgeordnete des österreichischen Nationalrates etwa in Gammleradjustierung bei solchen Veranstaltungen erscheinen würden. Ich glaube die Bundesregierung beruhigen zu können: Es würde niemandem einfallen, damit dem Einlader Schande zu machen. Aber auf der anderen Seite halte ich es für das gute Recht eines österreichischen Volksvertreters, die Kleidung bei solchen Anlässen selbst zu wählen, denn er hat einen Eid darauf abgelegt, die Verfassung zu respektieren und seinen Pflichten als Volksvertreter nachzukommen. Aber er hat keinen Eid darauf abgelegt, das im Frack zu tun. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Aber auch das ist nicht entscheidend an der Kritik, sondern entscheidend daran ist *(Abg. Dr. Kranzlmayr: Keine anderen Sorgen?)*, daß man jeden Kontakt, jeden Arbeitskontakt zwischen Gästen der Bundesregierung und den Abgeordneten zum Nationalrat — zumindest den oppositionellen — vermeidet.

Ich erinnere beispielsweise an den Besuch des sowjetischen Staatspräsidenten Podgorny. Es fand eine Arbeitssitzung statt. Wir haben nachher alles aus der Zeitung erfahren und von manchem Journalisten auch zusätzliche Informationen gehört. Aber daß es etwa der Bundesregierung in den Sinn gekommen wäre,

dem Staatsoberhaupt der Sowjetunion zu zeigen, daß eine der wichtigsten Staatsgewalten in Österreich eine aus freien Wahlen hervorgegangene Volksvertretung ist, lag so weit außer dem Denken der Bundesregierung, daß man darauf vergessen hat.

Und das hat man fortgesetzt. In keinem Besuchsprogramm ist jemals vorgesehen gewesen, daß man einen Gast der Bundesregierung im Rahmen eines Staatsbesuches in das Parlamentsgebäude führt. Man hat ihm andere Attraktionen gezeigt — die Spanische Hofreitschule, die Kapuzinergruft, die großen Dinge unserer Vergangenheit, vielleicht auch die Lokomotive, mit der man wieder über den Breuner gefahren ist —, nur die Volksvertretung hält man fern. Vielleicht fürchtet man, es könnte so ein vorlauter Vertreter einer Oppositionspartei im Parlament eine andere Ansicht über die Beziehungen Österreichs zu diesem Staat äußern, als es in dem Programm der Bundesregierung, die ja eine Partei dieses Parlaments vertritt, vorgesehen ist.

Ich erinnere mich daran, daß während der konservativen Regierung in Großbritannien — Herr Kollege Dr. Withalm, Sie zitieren ja so gerne Großbritannien; das war allerdings eine Zeit, in der in Großbritannien die Konservative Partei regierte — Chruschtschow einen offiziellen Besuch in Großbritannien gemacht hat. Zu dem offiziellen Essen und zu der darauf folgenden Besprechung wurde unter anderem auch der damalige Abgeordnete der Labour Party und jetzige Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten des Königreichs Großbritannien George Brown eingeladen. Dieser hat mit Chruschtschow eine sehr heftige Auseinandersetzung über die gegensätzlichen Auffassungen zwischen der Labour Party und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion über die Volksherrschaft geführt, die dann Herrn Chruschtschow zu der historischen Äußerung veranlaßt hat, da seien ihm die Konservativen noch bei weitem lieber. — Vielleicht fürchtet man auch das. Ich gebe Ihnen recht, wenn Sie das befürchten. Ich würde mir als Vertreter einer Oppositionspartei nie vorschreiben lassen, welche grundsätzlichen Dinge ich bei einem solchen Arbeitsgespräch einem ausländischen Gast mit allem Respekt und in aller Höflichkeit sagen würde. *(Abg. Dr. Kranzlmayr: Bei Chruschtschow haben Sie ja die Gelegenheit gehabt, Herr Vizekanzler!)* Bei Chruschtschow haben wir die Gelegenheit gehabt, aber ich mache Sie aufmerksam, damals habe ich der Regierung angehört. Jetzt sind wir hier in diesem Hause in der Opposition, Herr Dr. Kranzlmayr! *(Abg. Dr. Kranzlmayr: Sie würden doch Herrn Chruschtschow damals dasselbe gesagt haben*

DDr. Pittermann

wie heute!) Ich persönlich brauche das nicht. Ich werde mich zum Beispiel spätestens übermorgen, wenn nicht schon morgen abend, direkt beim Herrn Ministerpräsidenten Krag informieren können, warum er den letzten Besuch in Österreich abgesagt hat, ob es wirklich jener Grund war, den die österreichische Regierung angegeben hat, oder ein anderer. Ich brauche das Außenamt nicht. (*Abg. Peter: Herr Dr. Pittermann, Sie reisen aber ohne Frack?*) Es sitzen ja in diesem Haus genügend Abgeordnete, die durchaus die Möglichkeit haben, in ihren anderen Funktionen sehr intensive internationale Kontakte zu pflegen, und die es auch nicht verleugnen, daß sie auch bei diesen Kontakten österreichische Volksvertreter sind. Aber es wäre notwendig, daß eine Bundesregierung, die den Grundsatz der parlamentarischen Demokratie respektiert, Ehrengästen, die sie einlädt, auch einen Einblick ins österreichische Parlament und einen Eindruck vom österreichischen Parlament durch direkte Gespräche mit den Abgeordneten im Parlament gibt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Beim nächsten Besuch, der hoffentlich nicht abgesagt werden wird — jetzt haben Sie ja die Phase der abgesagten Staatsbesuche: Athenagoras, Krag —, für den Fall also, daß ein späterer Staatsbesuch nicht nur angesagt wird, sondern auch stattfindet, würde ich, Herr Außenminister, sehr darauf Wert legen, daß Sie diese Anregungen als Anregungen aus der Volksvertretung und nicht allein als Anregung eines politischen Gegners betrachten und im Programm der Regierung oder Ihres Ressorts solche Kontaktgespräche mit Volksvertretern, Mitgliedern des Außenpolitischen Ausschusses oder anderen mit dem Gegenstand vielleicht besser Vertrauten arrangieren. Letzten Endes wird ja doch in entscheidenden Situationen die Bundesregierung, aus wem immer sie zusammengesetzt sein wird, darauf angewiesen sein, daß, wenn sie etwa bedrohte Rechte Österreichs oder berechnete Wünsche Österreichs wirkungsvoll gegenüber ausländischen Staaten vertreten will, möglichst das ganze Parlament oder der überwiegende Teil dieses Parlaments hinter diesen Aktionen steht und die Bundesregierung dabei unterstützt.

Ich komme jetzt gleich in meinen Ausführungen zu einem Kapitel, bei dem ich bedauerlicherweise bisher nicht den Eindruck hatte, daß ein gemeinsames Vorgehen möglich sein wird. Das betrifft, wie Sie richtig erraten haben, Herr Staatssekretär Dr. Kranzlmayr, die Situation des Königreichs Griechenland im Europarat. Der Europarat ist seiner Funktion und seinem Programm nach nicht eine internationale Organisation ähnlich wie die Vereinten Nationen, wo alle Staaten oder möglichst

alle Staaten vertreten sein sollen, sondern er ist eine auf freiwilligem Beitritt der Mitgliedstaaten beruhende internationale Körperschaft, deren Mitglieder das gemeinsame Bekenntnis zur Demokratie und zu den ihr Fundament bildenden Rechten des Individuums auf persönliche oder politische Freiheit verbindet. Dazu hat eine Reihe von Mitgliedstaaten, darunter erfreulicherweise auch die Republik Österreich, die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet, die sogar die Möglichkeit gibt, Verletzungen dieser Konvention durch eine Signatarmacht unter Anklage zu stellen. Das ist nämlich, Herr Dr. Scrinzi, die Grundlage, nicht etwa eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Griechenlands, sondern die Verletzung der Verpflichtungen, die das Königreich Griechenland unter einer anderen Regierung gegenüber den anderen Mitgliedstaaten des Europarates übernommen hat, und zwar der Garantie, die Rechte des Individuums zu achten.

Wie schaut es heute damit in Griechenland aus? Ich habe hier einen Bericht aus Griechenland, und ich hoffe auf Ihr Verständnis, wenn ich nähere Angaben, von wem er stammt und wie er in meine Hände gelangt ist, im Interesse der Betroffenen unterlasse. Ich zitiere nun aus diesem Brief:

„Überall spricht man von den zwei Konzentrationslager-Inseln Yaros und Leros, und die internationale öffentliche Meinung ist in einem dauernden Zustand der Alarmbereitschaft bezüglich der auf diesen zwei Inseln Festgehaltenen. Es gibt aber außerdem noch ein drittes Konzentrationslager auf der Insel Folegandros, ausschließlich für die „Leute der Zentrumsunion. „Folegandros ist eine sehr kleine Insel südlich der Zykladen, 10 km lang und 3,5 km breit, ohne Vegetation, mit einem ganz kleinen Ort, der in ein Konzentrationslager umgewandelt wurde, von Gendarmen mit Maschinengewehren in Händen bewacht und Patrouillen vom Meer aus. Während der Diktatur Metaxas waren es die Kommunisten, die deportiert wurden. Es ist dort keine Elektrizität vorhanden, und nur alle zwei Wochen kommt ein kleines Boot — im Winter wird dies eine zweifelhafte Verbindung sein.“

Auf dieser Konzentrationslager-Insel befinden sich mehr als 25 Hauptfunktionäre der Zentrumsunion, „darunter die Exminister Zigdis, Papakonstantinou,“ — die außerdem seinerzeit, als es so etwas noch gegeben hat, Delegierte des griechischen Parlaments beim Europarat gewesen waren — „Angeloussis und die Abgeordneten Charalambopoulos, Alevras, Vassilatos, die Generäle Vlachos und Iordanidis und der Verleger von Vima Lambrakis, sowie der Leiter des politischen Büros während

DDr. Pittermann

der Regierung Papandreou Manoussakis. Alle diese Personen, von denen einige krank sind, wie zum Beispiel der Abgeordnete Vassilatos, oder die an chronischen Krankheiten leiden, wie zum Beispiel Zigdis und Manoussakis, entbehren jeglicher ärztlichen Pflege, da es auf der Insel keinen Arzt gibt. Es ist kein elektrisches Licht vorhanden, es herrscht Lebensmittelmangel, die Ernährung besteht aus Konserven.“

Es sind uns solche Einrichtungen ja auch aus einem noch gar nicht so lange zurückliegenden österreichischen Geschichtsabschnitt bekannt. Damals haben sich freiheitsliebende Patrioten aus allen politischen Lagern Österreichs zum Kampf für die Demokratie zusammengefunden und das überwunden. Viele sind dann Opfer der Diktatur geworden und haben dann unter ähnlichen Zuständen gelebt wie jetzt die Inhaftierten.

Hiezu ein anderer Bericht: „Die Inhaftierten dürfen nur von direkten Angehörigen ersten Grades, also Kindern oder Eltern, Hilfsleistungen erhalten. Sie haben keine Unterlage, liegen auf den feuchten Böden der Hangars, haben keine Möglichkeit, von ihrer Familie dafür eine Verbesserung zu erhalten. Sie haben keinen ordentlichen ärztlichen Dienst, nur im Falle lebensbedrohender Krankheiten dürfen sie nach Athen in die Spitäler gebracht werden. Dann kann auch festgestellt werden, welche Inhaftierten der griechischen Diktatur ihre frühere Gesinnung oder den Widerstand gegen die Diktatur mit dem Leben bezahlen mußten.“

Die griechische Diktatur hat auch andere Akte gesetzt, die den Menschenrechten widersprechen, zum Beispiel — und das spielt eine große Rolle für griechische Staatsbürger, die sich in Österreich, sei es beruflich, sei es zu Studienzwecken aufhalten — muß bis 31. Dezember dieses Jahres jeder Grieche bei der zuständigen Bezirkspolizeibehörde angeben, ob er Verwandte im Ausland hat, wie sie heißen, wo sie wohnen und was sie sind. Ich weiß von griechischen Studenten, die hier in Österreich studieren, daß beispielsweise ihre Eltern von den Behörden unter Druck gesetzt werden, daß sie den Studenten Briefe schreiben, sie sollten sich nur ja nicht hier in der Freiheit, die ihnen Österreich bietet, in Verbindungen einlassen gegen ihre Regierung, sie sollten im Gegenteil die offiziellen Organisationen der griechischen Regierung unterstützen.

Die griechische Regierung hat eine Anleihe aufgelegt. Ich muß sagen, sie hat ein nicht ganz neues, aber immer noch probates Mittel gefunden, die Zeichnungsbereitschaft zu stärken, sie hat nämlich ihre Organe in die Wohnungen von Leuten geschickt, von denen sie

vermutete oder wußte, daß sie über Geld verfügen, und hat ihnen mitgeteilt, daß die Regierung ihre Vermögensverhältnisse so einschätzt, daß sie für einen bestimmten Betrag Anleihen zu zeichnen haben, wenn sie nicht durch die Weigerung, diesen Betrag zu zeichnen, ihre Ablehnung gegen die gegenwärtige Regierung bekunden wollen. Begreiflicherweise konnten sich oder haben sich nicht sehr viele diesem Druck widersetzt.

Die griechische Diktaturregierung hat einigen Universitätsprofessoren den Auftrag gegeben, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Sie hat sogar die Zusage gemacht, daß diese neue Verfassung bis 15. Dezember fertiggestellt und einer Volksabstimmung unterworfen werden wird. Es ist gelungen — auch das möchte ich zur Vermeidung von Maßregelungen sagen —, nicht etwa durch die mit diesen Arbeiten Beauftragten, einige dieser Entwürfe ins Ausland zu bringen. Ich möchte Ihnen aus einem der Entwürfe, nur damit man entscheiden kann, ob ein Land mit einer solchen Regierung noch Mitglied einer demokratischen Gemeinschaft sein kann, wie es der Europarat ist, einen der wichtigsten Abschnitte vorlesen:

„Allen, die zum Nachteil des Systems der monarchischen Demokratie oder zum Nachteil der persönlichen Freiheit das Recht auf Meinungsäußerung insbesondere im Wege der Presse, das Recht auf das Briefgeheimnis, das Recht auf Versammlungsfreiheit, das Recht auf Gründung von Vereinen oder Gewerkschaften, das Recht auf die private Sphäre im eigenen Heim oder das Recht auf wirtschaftliche Freiheit mißbrauchen, werden durch Beschluß des Verfassungsgerichtes die betreffenden Rechte oder sämtliche durch die Verfassung zugesicherten Rechte entzogen. Durch den gleichen Beschluß werden der betreffenden Person zwangsläufig die politischen Rechte zeitweise oder dauernd entzogen.“

Das also ist das Konzept, das vorliegt, von dem kaum wesentliche Änderungen erwartet werden können und das auf sich zu nehmen das griechische Volk mit den Mitteln einer Diktatur, die auch wir einst kennenlernen mußten, wird gezwungen werden können, wenn es nicht gelingt, durch ein gemeinsames und einheitliches Auftreten der europäischen und außereuropäischen Demokratien eindeutig zu bekunden, daß für ein Land, welches durch eine Regierung dieser Art vertreten ist, in demokratischen Gemeinschaften kein Platz mehr ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich möchte hier auch die Stimme eines Mannes zitieren, mit dem ich keinerlei politische Gemeinschaft habe, der seit langem außerhalb Griechenlands lebt, der einmal eine

DDr. Pittermann

wichtige und bedeutende Rolle in der griechischen Politik als sehr konservativer Parteiführer gespielt hat, nämlich die Stimme des ehemaligen Ministerpräsidenten Karamanlis. Herr Karamanlis hat am 29. November in Paris der französischen Zeitung „Le Monde“ in einem Interview erklärt, was ich nun im Auszug übersetzt hier verlese:

„Der Versuch der Putschisten, die Armee unter ihrer Kontrolle zu führen, deren ständige Zusammenstöße, welche den Weg für eine Rückkehr zur Legalität ebnen könnten, und die Verleumdungen, die sie gegen die gesamte politische Welt verbreiten, haben mich zur Überzeugung gebracht, daß es nicht die Absicht der Generäle ist, die Demokratie wiederherzustellen. Dazu kommt ihre ungezügelter Demagogie bei der Beeinflussung der öffentlichen Meinung und schließlich die unsinnigen Pläne zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung.“

Weil eine angesehene Zeitung eines demokratischen Landes Herrn Karamanlis, einem konservativen Parteiführer, die Gelegenheit gegeben hat, diese seine Ansicht zu bekunden und zu vertreten, hat das in dem unterdrückten Griechenland die unterdrückte öffentliche Meinung zur Aktivität gebracht. Es haben noch von der Regierung gestattete Zeitungen in Athen mit der Einstellung gedroht, wenn sie nicht die Zustimmung erhielten, Auszüge aus diesem Interview zu veröffentlichen. Die Diktaturregierung mußte sich dieser mannhaften Haltung beugen und die Zustimmung geben mit der Auflage, zugleich auch die Gegendarstellung der Regierung zu veröffentlichen.

Hohes Haus! Die Demokratie ist nicht wehrlos, wenn sie nicht feige ist, die Demokratie ist kräftig, wenn sie den Mut hat, zu ihren Prinzipien zu stehen.

Ich möchte Ihnen nun in Übersetzung ein Zitat aus einer Rede vorlesen, die in Griechenland gehalten wurde, in demselben Griechenland, das zugleich das Geburtsland der modernen Demokratie und der klassischen Tragödie ist, und manches am Schicksal der griechischen Demokratie seit langen Zeiten gemahnt an die klassische Tragödie. Das Zitat lautet:

„Wir haben eine Verfassung, die nicht den Satzungen unserer Nachbarn nachgebildet ist. Viel eher sind wir selbst für andere ein Muster, als daß wir andere nachahmten. Mit Namen heißt sie, weil sie nicht Sache weniger, sondern der großen Mehrzahl ist, Volksherrschaft, Demokratie. Und in der Tat sind vor dem Gesetz hinsichtlich ihrer persönlichen Belange alle Bürger gleich. Was aber die öffentliche Geltung, das Ansehen des einzelnen, meine ich, betrifft, so gibt nicht Zugehörigkeit zu einer

höheren Schicht, sondern nur persönliche Tüchtigkeit den Vorzug im Gemeinwesen, wie auch Armut und bescheidene Herkunft einen leistungsfähigen Bürger nicht vom politischen Erfolg ausschließen.“

Sie werden es nach dem von mir vorher Gesagten wohl auch verständlich finden, daß die gegenwärtige Regierung in Griechenland den Gebrauch dieser Rede und vor allem dieser Stelle aus dieser Rede im Schulunterricht verboten hat. (*Abg. Dr. van Tongel: Sie brauchen nur statt „Schicht“ „Partei“ zu schreiben, dann paßt es auf Österreich!*) Wenn das auf Österreich passen würde, säßen Sie nicht im Parlament, Herr Tongel, sondern in einem Konzentrationslager. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Dieses Zitat stammt aus einer Rede, die zu Ehren der Gefallenen des Ersten Peloponnesischen Krieges im Jahre 431 vor Christi von Perikles gehalten wurde — in Athen — und die 1967 von Patakos und den anderen Diktatoren verboten wird — in Athen.

Das ist es, Herr Bundesminister, was ich hier vorbringen will und wo ich mich freuen würde, wenn es keinen Gegensatz gäbe, nämlich: Welche Haltung haben die Repräsentanten der Republik Österreich in den Gremien des Europarates in dieser Frage einzunehmen? Was die Beratende Versammlung betrifft, so liegt das in der alleinigen freien Entscheidung der Abgeordneten, die das Hohe Haus dorthin entsendet hat. Anders ist es, was die Regierung betrifft, denn auch die österreichische Regierung wird Stellung zu nehmen haben, und zwar eine klare und eindeutige Stellung, so wie andere demokratische Regierungen Europas, Mitgliedstaaten des Europarates — keineswegs nur sozialdemokratische, sondern auch Regierungen von Ländern, in denen derzeit sozialdemokratische Parteien in der Regierung nicht vertreten sind.

Was ich hier von Ihnen, Herr Minister, verlange, ist, daß Sie sich dafür einsetzen, daß die Republik Österreich die gleiche Haltung einnimmt wie die Regierungen der skandinavischen Länder Schweden, Norwegen, Dänemark und der Niederlande oder daß zumindest der Vertreter der österreichischen Regierung im Ministerkomitee des Europarates nicht dagegen opponiert, wenn etwa die Beratende Versammlung des Europarates in der nächsten Sitzung im Jänner mit einer Mehrheit beschließen sollte, das Ministerkomitee aufzufordern, die Mitgliedsrechte Griechenlands im Europarat so lange zu suspendieren, bis die Europäische Kommission eine Entscheidung über die von den erwähnten Regierungen anhängig gemachten Klagen getroffen hat. Ich hoffe, daß eine gemeinsame Haltung der

DDr. Pittermann

österreichischen Delegierten beim Europarat möglich sein wird, und wenn das der Fall ist, daß dann auch der Regierungsvertreter im Europarat nicht eine Haltung einnimmt, die als eine wenn auch verdeckte Sympathie-umgebung für die griechische Diktaturregierung und die von ihr in Griechenland verursachten Zustände aufgefaßt werden könnte.

Nun zu anderen Dingen: Wir haben vor kurzem ohne bürokratisch-parlamentarische Hindernisse im Hauptausschuß der Entsendung eines Kontingents österreichischer Offiziere über Ersuchen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zugestimmt, welche die Beobachter der Vereinten Nationen am Suez-Kanal verstärken sollen. Wir wußten nicht, wer in dieses Kontingent eingereiht werden soll — ich weiß bis heute nicht, ob Sie es vorher wußten —, aber jetzt wissen wir es, denn die Tageszeitung „Kurier“ hat in ihrer Nummer vom 30. November eine Photographie der Teilnehmer an diesem Kontingent gebracht und bei einem der Photographierten bewußt das Gesicht weiß gelassen, weil es sich nämlich bei Major Zotlöterer, wie diese Zeitung mitgeteilt hat, um einen sehr wichtigen Funktionär des Geheimdienstes des österreichischen Bundesheeres gehandelt haben soll. Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Haben Sie gewußt, daß sich ein solcher Teilnehmer in diesem Kontingent, das ja unter Ihrer Verantwortung auf Ansuchen der Vereinten Nationen entsendet wurde, befindet? Haben Sie dem zugestimmt? Und ich frage Sie noch, Herr Bundesminister: Glauben Sie, daß es dem Ansehen Österreichs bei den Vereinten Nationen sehr förderlich ist, wenn man feststellen muß, daß Assistenten oder Assistenzgruppen, die Österreich über Ersuchen der Vereinten Nationen an heikle Punkte der Weltpolitik schickt, auch aktive Mitarbeiter des Nachrichtendienstes des österreichischen Bundesheeres beigegeben werden? Ich weiß nicht, ob die Angaben darüber, wo er ausgebildet worden ist, stimmen, aber ich weiß, wie heikel gerade bei den arabischen Ländern diese Dinge derzeit betrachtet werden. Ich ersuche Sie, Herr Minister, mir mitzuteilen (*Abg. Dr. Gorbach: Nicht mehr geheimdiensttauglich! — Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel*), ob Sie das wußten, ob Sie trotzdem entsendet haben, oder ob es Ihnen auch nicht gesagt wurde und Sie davon so wie wir erst aus der Zeitung erfahren haben. Ich ersuche Sie auch um Ihr Urteil, wie sich solche Dinge auf die Stellung Österreichs in den Vereinten Nationen auswirken würden.

Nun zu anderen Nachbarschaftsproblemen: Wir alle haben sehr bedauert, daß heuer im Sommer an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze ein Flüchtling, der kein öster-

reichischer Staatsbürger war, beim Versuch, aus der Tschechoslowakei ohne gültige Papiere nach Österreich zu gelangen, durch Nachschießen das Leben verloren hat. Ich habe damals gelesen, Herr Bundesminister, daß Sie eine Äußerung getan hätten: Wenn sich das wiederholt, wird man sich überlegen müssen, „zurückzuschießen“. — Ich glaube, Herr Bundesminister, vor solchen Dingen sollten doch verschiedene Umstände warnen. Erstens einmal ist es ein Plagiat. Das Originalzitat vom Zurückschießen stammt vom 1. September 1939, wo es ein gewisser Adolf Hitler gebraucht hat, als er vor dem Deutschen Reichstag sagte: Seit heute morgen 5 Uhr 30 wird zurückgeschossen! (*Abg. Dr. Gruber: 5 Uhr 45! — Heiterkeit.*) 45? Bitte. Ich gebe zu: Ich war kein so gewissenhafter Verfolger der Reden von Adolf Hitler wie vielleicht Sie. (*Abg. Peter: Ich bitte, das Feuer einzustellen im Parlament!*) Herr Außenminister! Ich hoffe aber, daß Sie das Beispiel nicht anregt. Ich glaube das nach langjähriger Bekanntschaft mit Ihnen sogar mit Recht annehmen zu dürfen.

Aber trotzdem: Wozu? Jedermann weiß doch, daß man Ihnen vom Tisch der Reichen sozusagen die Semmelbrösel zusammengekehrt und sie Ihnen dann als Ressort überlassen hat. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Sie sind ja auch gar nicht in der Lage, so etwas durchzuführen. Sie müßten erst den Dienstweg beschreiten, bevor Sie imstande wären, diese Äußerung zu realisieren! Haben Sie bedacht, Herr Bundesminister, welche Katastrophe Sie damit hätten auslösen können, wenn Sie tatsächlich die Kompetenz gehabt hätten? Dann wäre das Bundesheer schon vier Wochen früher daraufgekommen, daß die für diesen Fall bereitgestellte Munition längst gestohlen ist! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. — Abg. Peter: Bei der Semmelbröselkost schauen Sie aber ganz gut aus!*)

Hingegen scheint mir aber in den Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakischen Republik eine Frage nach wie vor einer Lösung bedürftig: die Frage der Vermögensansprüche österreichischer Staatsbürger an die Tschechoslowakische Sozialistische Republik. Während mit den anderen Staaten des Donauraums diese Fragen längst geregelt sind, ist es bisher noch nicht möglich gewesen, diese Frage auch mit diesem unserem Nachbarland, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, in einer einigermaßen befriedigenden Weise zu lösen. (*Abg. Dr. Gorbach: Daran kann aber doch nicht er schuld sein!*) Ja wir sind nicht einmal noch so weit, daß wir über das Konzept einer Lösung hier beraten oder gar darüber

DDr. Pittermann

abstimmen könnten! (*Abg. Peter: Herr Pittermann! Der Herr Dr. Tončić ist aber nicht der Abwehrgent des Dr. Prader! — Heiterkeit bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Horr: Das ist die Geheimwaffe von Prader!*) Ich habe so etwas auch nie behauptet, Herr Peter. Ich möchte mich über den Nachrichtendienst des österreichischen Bundesheeres in einer öffentlichen Sitzung nicht verbreitern, man könnte es mir sonst als Indiskretion eines Mitglieds des Landesverteidigungsrates auslegen. (*Heiterkeit.*)

Hingegen scheint die Lösung dieser Frage wirklich notwendig zu sein. Hier warten doch Menschen seit 1945, sie wollen das doch irgendwie erleben. Es sind teilweise Menschen, die wirklich in arger Not sind. Ich war sehr begeistert, Herr Bundesminister, daß Sie einen vor allem in Völkerrechtsfragen so ausgezeichnet qualifizierten Beamten wie den Gesandten Dr. Kirchschläger nach Prag geschickt haben. Aber bitte: Lassen Sie ihn in Prag! Er soll sich hauptsächlich mit diesen Dingen beschäftigen. Schicken Sie ihn nicht irgendwo in der Welt herum zu Verhandlungen, die dann nur so lange geheim und vertraulich bleiben, bis die internationale Presse sie publiziert. Man kommt ja als österreichischer Abgeordneter in eine unangenehme Situation, wenn man zufällig im gleichen Hotel in London absteigt. (*Heiterkeit.*)

Herr Bundesminister! Dasselbe noch einmal — weil mir die Antwort nicht befriedigend erschien —, was ich Ihnen im Außenpolitischen Ausschuß schon vorgelegt habe. Das sind die Erklärungen, die der Bundeskanzler allerdings und nicht Sie — aber, wie ich hoffe, im Einvernehmen mit Ihnen — anlässlich des Besuches von Präsident Podgorny in Wien und anlässlich seines Besuches beim Herrn Ministerpräsidenten Schiwkoff in Bulgarien über das Vietnam-Problem abgegeben hat und von denen ich wiederhole, was ich schon im Ausschuß gesagt habe, daß seitens der Opposition dagegen kein Einwand erhoben wird, sondern dem voll und ganz zugestimmt wird.

Damals hieß es in der Erklärung: Wortlaut des österreichisch-sowjetischen Schlußkommuniqués in der „Wiener Zeitung“:

Beide Teile geben ihrer großen Besorgnis über die bestehende gefährliche Lage in Südostasien Ausdruck und legen ihre entsprechenden Positionen in der Vietnam-Frage dar. Sie sind der Meinung, daß dem vietnamesischen Volk die Möglichkeit gegeben werden soll, selbst sein Schicksal zu bestimmen, und betrachten die Erfüllung der Genfer Abkommen von 1954 als Grundlage zur Regelung des Vietnam-Problems.

Ähnliches wurde auch beim Besuch mit Schiwkoff vereinbart.

Hohes Haus! Die Genfer Konferenz vom Juli 1954 liegt mehr als 13 Jahre zurück, und es ist wahrscheinlich den meisten von Ihnen so gegangen wie mir, daß ich mich erst durch Nachschlagen überzeugen mußte, was der wesentliche Inhalt dieses Genfer Übereinkommens war, das ja immerhin in einem von verantwortlichen Stellen Österreichs gefertigten Dokument zitiert wird. Ich möchte daher auch Ihnen in Erinnerung bringen, was in diesem wichtigsten Punkt dieses Übereinkommens enthalten ist und welchen Vorbehalt damals auch die Regierung der Vereinigten Staaten dazu gemacht hat.

Es war die Genfer Ostasienkonferenz, an der Indochina, Frankreich, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, die Volksrepublik China und die Sowjetunion teilgenommen hatten, und im Punkt 6 dieses Protokolls heißt es:

„Die Konferenz stellt fest, daß das Abkommen für Vietnam hauptsächlich dem Zwecke dient, die militärischen Fragen im Hinblick auf die Einstellung des Feuers zu regeln, und daß die militärische Demarkationslinie eine provisorische Linie und in keiner Weise als politische oder territoriale Trennung ausgelegt werden darf. Sie ist überzeugt, daß die Ausführung der Bestimmungen dieser Erklärung und des Abkommens über die Einstellung der Feindseligkeiten die notwendigen Voraussetzungen für die baldige Verwirklichung einer politischen Regelung schafft.“

Wie hat man sich die vorgestellt?

„Die Konferenz erklärt, daß die in Vietnam auf der Grundlage der Achtung vor den Grundsätzen der Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität zu treffende Regelung der politischen Fragen dem vietnamesischen Volk den Genuß der grundlegenden Freiheiten ermöglichen muß, die durch demokratische Institutionen garantiert werden, die aus den allgemeinen Wahlen hervorgehen. Wenn die Wiederherstellung des Friedens genügend weit fortgeschritten ist und alle notwendigen Voraussetzungen zur freien Äußerung des nationalen Willens erfüllt sind, werden die allgemeinen Wahlen im Juli 1956 unter Kontrolle einer internationalen Kommission für die Überwachung durchgeführt, wie es im Abkommen über das Ende der Feindseligkeiten vorgesehen ist.“

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat dabei nachstehende auszugsweise wiedergegebene, durchaus ernst zu nehmende und,

DDr. Pittermann

wie ich sagen möchte, von mir persönlich auch durchaus gebilligte Erklärung abgeben:

„In den Fällen, da Nationen gegenwärtig gegen ihren Willen geteilt sind, werden wir damit fortfahren, ihre Vereinigung zu erlangen zu suchen durch freie Wahlen unter der Aufsicht der UNO, um zu gewährleisten, daß sie fair abgehalten werden.“

Mit Bezugnahme auf die Erklärung, die vom Vertreter des Staates Vietnam abgegeben wurde, wiederholen die Vereinigten Staaten ihre traditionelle Stellungnahme, daß Völker berechtigt sind, ihre eigene Zukunft zu bestimmen, und daß die Vereinigten Staaten sich an keinem Arrangement beteiligen werden, das dies hindern würde. Nichts in der eben abgegebenen Erklärung der Vereinigten Staaten beabsichtigt oder deutet an, daß von dieser traditionellen Stellungnahme irgendwie abgegangen wird.“

Ich begrüße es daher, Herr Bundesminister, daß die Bundesregierung durch den Herrn Bundeskanzler sich in diesem Schlußkommuniké und auch in dem Kommuniké anlässlich des Besuchs des Herrn Bundeskanzlers in der Volksrepublik Bulgarien zu den Grundsätzen der Genfer Konferenz bekannt hat.

Aber ich habe Ihnen schon im Ausschuß die Frage vorgelegt, die Sie im Detail nicht beantwortet haben: Welche Handlungen zur Ausführung dieser Erklärung gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, welche hat sie unternommen? Es ist uns ja bekannt, daß gegenwärtig Versuche unternommen werden, die Vereinten Nationen, teilweise gegen den Widerstand ihres Generalsekretärs, der aus statutenmäßigen Gründen Einwendungen erhebt, damit zu befassen. Was wird die österreichische Bundesregierung tun? Wird sie das unterstützen?

Hohes Haus! Wenn wir auch viele Sorgen, viele kleine Sorgen haben in unserer politischen Stellung in der Welt mit dem oder jenem unserer Nachbarstaaten, in einem sollten wir uns alle ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit und sollten sich mit uns die von uns vertretenen Frauen und Männer des österreichischen Volkes glücklich preisen: daß es uns gelungen ist, dem österreichischen Volk auch in einer Welt, in der die Wirren wieder stärker zunehmen, den Frieden und die persönliche Freiheit erhalten zu können! Wir wollen das nicht nur weiterhin verfolgen, sondern wir sollten uns auch verpflichtet fühlen, anderswo unsere guten Dienste zu leisten, wenn wir darum ersucht werden, wenn es gilt, in anderen Gebieten der Welt den Menschen das gleiche zu bringen, dessen wir uns erfreuen.

Denn, Herr Bundesminister, ich glaube, auch hier gibt es wenige politische Gegensätze. Wenn man sich in der Welt einmal wieder daran gewöhnt hat, den Krieg als ein Mittel der internationalen Politik anzuwenden und zu dulden, dann kann sich kein Staat, kein großes und kein kleines Volk in der Welt davor sicher fühlen, das nächste Opfer der Anwendung des Krieges als Mittel einer internationalen Auseinandersetzung zu werden. Darum haben wir alle, Große wie Kleine, in der Gemeinschaft der Vereinten Nationen oder in anderen internationalen Institutionen als Land der immerwährenden Neutralität die Verpflichtung, uns dafür einzusetzen, daß Friede wieder einzieht, wo Krieg noch vor kurzem geherrscht hat, und daß Friede dort wird, wo der Krieg noch herrscht.

Um die Beziehungen zu den anderen Staaten im Donauraum, Herr Abgeordneter Dr. Fiedler, nur kurz zu charakterisieren: Ich habe dem Herrn Bundeskanzler nicht vorgeworfen, daß er Besuche bei den Nachbarn im Donauraum gemacht hat. Ich sage Ihnen sehr offen, ich habe es für nicht sehr zweckmäßig gefunden, daß der Parteiboss einer konservativen Partei mit dem Parteiführer eines kommunistischen Nachbarlandes zusammen trifft. Aber da er nicht der Parteiführer meiner Partei ist, sondern der Ihren, ist das keine Angelegenheit, die mich wesentlich berührt. Herausgekommen ist bei dieser Gipfelkonferenz im Hause der Kommunistischen Partei Ungarns bisher zumindest nichts.

Ich verurteile diese Bemühungen auch gar nicht, sie sind ja gerade, wenn ich meine Person ansehe, eine verspätete Rehabilitierung einer Politik, die ich schon längst vor dem Herrn Bundeskanzler Klaus und teilweise sogar im Gegensatz zu ihm für Österreich als richtig empfunden habe. *(Beifall bei der SPÖ.)* Nur ist da ein gewisser Unterschied.

Wenn man die Beziehungen zu Nachbarstaaten, mit denen wir traditionell und geschichtlich bessere Beziehungen haben als zu vielen anderen, wieder anknüpft, soll man auch bemüht sein, die zerrissenen wirtschaftlichen Fäden wieder zu knüpfen oder — um das kurz abzuschließen —: Es kommt nicht allein darauf an, daß man hinfährt, sondern es kommt auch darauf an, was man heimbringt. Hier sind bisher die Ergebnisse, soweit sie uns bekanntgeworden sind, noch keineswegs alles, was man sich vorstellen kann, oder alles, was man in der Vergangenheit erreichen konnte. *(Abg. Dr. Fiedler: Aber die Zwischenrufe von Abgeordneten Ihrer Partei am 24. Oktober in der Fragestunde gegenüber dem Herrn Bundeskanzler waren in anderer Stimmung gehalten! — Abg. Czettel:*

DDr. Pittermann

Ostanfälligkeit, hat es geheißen! — Abg. Doktor Fiedler: Er meldet sich schon!) Die haben nur, Herr Dr. Fiedler, festgestellt, daß er jetzt das getan hat, was er zuvor verurteilt hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf nun, Herr Außenminister, noch zwei Fragen an Sie richten. Die eine bezieht sich auf den — ich sage es offen — mißglückten Besuch des Patriarchen Athenagoras. Es fehlen uns genaue Informationen. Wir wissen natürlich, daß für den Mann in diesem hohen Alter die Strapazen seiner ausgedehnten Besuchsreisen gerade dann am stärksten waren, als er auf der Heimreise nach Istanbul über Wien fahren sollte. Es gibt nur in der internationalen Presse wiederholt Gerüchte, und es werden an uns Fragen gestellt, ob die Republik Türkei, mit der wir ja ordentliche diplomatische Beziehungen unterhalten, nicht etwas ungehalten darüber war, daß man einem zwar angesehenen und in seinem Wirken in der Türkei in keiner Weise behinderten Kirchenfürsten durch die Gestaltung des Empfanges Ehrungen erwiesen hat, wie sie ja eigentlich nur einem offiziellen Vertreter der türkischen Republik zugestanden wären. Aber wie gesagt, ich ersuche Sie, auf diese Frage Antwort zu geben. Mir sind die genauen Informationen ja nicht zugänglich.

Zuletzt, Herr Außenminister, möchte ich noch in einer Sache von Ihnen eine Antwort. Ich habe mich in der Zeit, in der ich für die verstaatlichte Industrie verantwortlich war, immer bemüht, dem Export der Unternehmungen Märkte zu erschließen, wo immer das nur möglich war. In Ostasien, in Japan, hatte und hat die verstaatlichte Industrie als erste das LD-Verfahren im großen Stil entwickelt. Aber Sie wie ich wissen, daß die Lizenzgebühren, die nur für eine bestimmte Zeit bezahlt werden, nicht allzu hoch sind und daß die japanische Stahlindustrie das LD-Verfahren als erste eines großen ausländischen Stahllandes angewendet hat. Daher war es naheliegend, sich auch noch um andere Märkte im ostasiatischen Großraum zu kümmern.

Die verantwortlichen Vorstände mancher Unternehmungen haben daher ihre Bemühungen auch darauf gerichtet, sich den größten derzeit in der Welt bestehenden geschlossenen Markt in der Volksrepublik China und allenfalls noch kleinere in der Nachbarschaft zugänglich zu machen. Ich darf objektiverweise und durchaus zustimmend mitteilen, daß es auf diesem Gebiet keinerlei Gegensätze mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft gegeben hat, die ebenso wie die Vereinigung Österreichischer Industrieller auf Einladung der Handelskammer der Volksrepublik China

dorthin Delegationen entsendet hat. 1964 ist dann jenes Abkommen zwischen der österreichischen Bundeskammer und der Handelskammer der Volksrepublik China zustande gekommen, das ja derzeit die Grundlage des Außenhandelsverkehrs zwischen der Volksrepublik China und der Republik Österreich ist.

Hohes Haus! Die Ergebnisse sprechen für die Richtigkeit dieser Politik. Im Jahre 1966 war der Wert der österreichischen Ausfuhr in die Volksrepublik China mit seinem riesenhaften Markt von mehr als 600 Millionen Menschen ungefähr 121 Millionen Schilling. Aber schon die ersten beiden Quartale 1967 erbrachten einen Ausfuhrwert von 211 Millionen Schilling. Das heißt, gerade in der Situation, in der sich die österreichische Wirtschaft befindet, in der sie — ähnlich wie andere westeuropäische Industriewirtschaften — gezwungen ist, ihre Produktion und damit die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten, ist die sorgfältige Pflege aller erreichbaren Märkte eines der wichtigsten Gebote und eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik der Regierung.

Nun, Herr Außenminister, eine Frage: Ich weiß wirklich nicht, welche Gründe für die Republik Österreich bestehen, die Beziehungen zur Volksrepublik China lediglich auf die Basis eines Übereinkommens zwischen den beiden Handelskammern zu stellen. Das scheint mir deswegen nicht logisch, weil mir so wie Ihnen und anderen Damen und Herren des Hohen Hauses ja bekannt ist, daß in Peking NATO-Staaten vertreten sind, die ordentliche diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China unterhalten.

Ich war knapp nach dem Sturm auf die britische Botschaft in Peking in Großbritannien, habe aber keine ernst zu nehmende Zeitung und keine ernst zu nehmende politische Gruppe gefunden, die etwa verlangt hätte — was durchaus berechtigt wäre —, deswegen die diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China aufzugeben oder auch nur durch Abberufung des Botschafters zu unterbrechen.

Es ist durchaus möglich, daß auch wir als Opposition die Erwägungen der österreichischen Bundesregierung, die diplomatischen Beziehungen jetzt nicht aufzunehmen, sie für später in Aussicht zu stellen, teilen, aber wir kennen diese Gründe nicht. Ich ersuche Sie daher, bei der Erörterung des Kapitels des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten — ich hoffe, das Interesse beschränkt sich nicht nur auf mich und meine Freunde — mir und auch dem Hohen Haus diese Gründe auseinanderzusetzen.

Hohes Haus! Es ist heute manches Bedauern geäußert worden, daß die gemeinsame Außenpolitik, die in früheren Jahren, wie ich

DDr. Pittermann

glaube sagen zu können, sehr zum Vorteil der Republik Österreich und des österreichischen Volkes von beiden großen Parteien des Hauses geführt wurde, nicht mehr existiert. Die Gründe dafür haben wir in wiederholten Beiträgen in der Diskussion zu Fragen der Außenpolitik dargelegt.

Aber wir dürfen alle miteinander nicht übersehen, daß eines Tages für uns alle, Mehrheitspartei und Oppositionspartei, eine politische Situation zu bewältigen wäre, die die Wiederherstellung einer gemeinsamen Lösung für eine solche politische Situation als vitales Interesse des österreichischen Volkes und der Republik Österreich notwendig macht.

Darauf sollte die Politik der Bundesregierung im voraus Bedacht nehmen. Natürlich hat die Mehrheitspartei das Recht, nach ihren Wünschen und nach ihren Grundsätzen im Hause zu entscheiden. Aber die Mehrheitspartei — das gilt auch für eine Mehrheitspartei, die eine viel größere Mehrheit hat als die gegenwärtige — darf nie vergessen, daß sie nur ein Teil des Volkes ist. Gerade die Mehrheitspartei hat die besondere Verantwortung, daran zu denken, daß es eines Tages der Dienst am Volk und Vaterland erforderlich machen kann, die größtmögliche Einheit des österreichischen Volkes herzustellen.

Darum, Herr Außenminister, wiederhole ich die eingangs erhobene Forderung: Führen Sie als Minister einer Mehrheitspartei dieses Hauses die Außenpolitik so, daß sich alle Abgeordneten eine Meinung von der Richtigkeit dieser Außenpolitik durch ständige Information, durch häufigen Kontakt, durch Heranziehung bei außenpolitischen Beratungen, durch Heranziehung zu Besuchen ausländischer Staatsmänner verschaffen können, oder davon, warum sie abgelehnt werden soll. Denn dann werden Sie eine andere Situation vorfinden, wenn Sie einmal mehr aus diesem Haus zur Unterstützung Ihrer Politik benötigen, als Ihnen Ihre Mehrheitspartei allein zu geben in der Lage ist.

Wir haben verschiedene Ansichten über die Politik. Das ist in der Demokratie durchaus gerechtfertigt, durchaus richtig. Aber wir haben alle miteinander ein Land, aus dem wir kommen, ein Volk, zu dem wir gehören. Wir alle miteinander, vor allem die Bundesregierung — und sie am ersten und am meisten —, haben die Verpflichtung, jederzeit eine Situation zu schaffen, die das ganze Volk in die Lage setzt, die Richtigkeit einer Entscheidung, die zu treffen ist, zu beurteilen und für diese Entscheidung auch einzutreten.

Führen Sie die Außenpolitik nicht nur als Minister der Regierung einer Partei dieses Hauses, führen Sie die Außenpolitik mit allen

in der Volksvertretung vertretenen Fraktionen. Die Mehrheitspartei mag dann, wenn es notwendig ist, allein entscheiden. Aber führen Sie die Außenpolitik als Vertreter einer Mehrheitspartei so, daß Sie es nicht unmöglich machen oder erschweren, einmal hier in diesem Haus in der Frage der Außenpolitik wieder zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident *(der soeben den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Machunze. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Machunze** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte dort anfangen, wo mein verehrter Herr Vorredner aufgehört hat, bei den Kontakten zwischen Regierung und Opposition, zwischen Opposition und Parlament. Ich glaube, man kann gerade dem Herrn Außenminister Doktor Tončić das Zeugnis ausstellen, daß er jederzeit Kontakte gesucht hat und Kontakte sucht. Wir als Regierungspartei sind selbstverständlich daran interessiert, in allen Lebensfragen, die das österreichische Volk betreffen, Verbindung und Kontakt zur stärksten Oppositionspartei in diesem Hause jederzeit herzustellen.

Aber, verehrter Herr Dr. Pittermann, darf ich jetzt eine Feststellung machen: Kontakte und Gespräche können und sollen niemals Monologe sein. Es mag etwa ein Jahr her sein — ich hatte jetzt nicht die Zeit, das Datum genau festzustellen —, da gab es eine Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses. Sie wurde von Anfang an als vertraulich erklärt, weil der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten einen Bericht über den Stand der Südtirol-Verhandlungen geben wollte. Der Herr Minister Tončić hat dann sehr offen den Bericht gegeben. Daran sollte sich eine Aussprache knüpfen. Ich weiß nicht, welchen Anlaß Sie in diesem Augenblick gerade hatten, aber bei diesem Gespräch im Außenpolitischen Ausschuß, das als vertraulich erklärt worden war, hat von Ihrer Seite nicht ein einziger Abgeordneter zu dem damaligen Bericht gesprochen. *(Abg. Dr. Pittermann: Weil wir es schon vorher in der Zeitung gelesen haben! — Abg. Weikhart: Es war gar nichts Neues!)* Augenblick, Herr Kollege Dr. Pittermann.

Ich will damit nur sagen, Sie hätten doch Fragen über etwas stellen können, was Sie nicht in der Zeitung gelesen haben. Wenn der Außenminister über irgendeine Sache einen Bericht gibt, dann kann er sich durchaus einmal auf einen Zeitungsbericht stützen, auf das, was vorher in den Zeitungen gestanden ist. Wenn ich aber die Möglichkeit zur Konfrontation, zur Begegnung habe, dann frage ich auch um Dinge, die noch nicht in den Zei-

Machunze

tungen gestanden sind, die mir wissenswert und notwendig erscheinen, daß man darüber redet. (*Abg. Lanc: Sehr schwach, Herr Kollege!*)

Ich will damit nur sagen: Wir sind für diese Kontakte, wir sind für diese Aussprache. Aber wir sind nicht für Monologe, die haben keinen Sinn.

Nun möchte ich zu meinen eigentlichen Ausführungen kommen. Einen Teil, Herr Vizekanzler, haben Sie mir vorweggenommen, aber in einer anderen Darstellung, als sie mir richtig und geboten erscheint. (*Abg. Dr. Pittermann: Wundert Sie das?*) Im kommenden Jahr wird die Republik Österreich ihren 50. Geburtstag feiern. Als das Kind Republik Österreich geboren wurde, war mit dieser Geburt ein erheblicher Aderlaß am Vermögen des österreichischen Volkes verbunden. Es gibt heute noch eine Wunde, die vom ersten Weltkrieg herrührt, das ist das Problem der Kärntner Grenzbauern, das in den 50 Jahren noch immer nicht bereinigt worden ist.

Aber der größte Aderlaß an österreichischem Volksvermögen erfolgte doch nach dem zweiten Weltkrieg. Ich muß sagen, ich bedauere, daß es bis heute anscheinend nicht möglich war, ein Weißbuch darüber zu erstellen, wie hoch die Verluste österreichischer Staatsbürger im gesamten mitteleuropäischen Raum waren. Wir würden erstaunt sein, wenn man hier einmal eine Addition, eine Zusammenzählung vornehmen würde, wie hoch die wirklichen Verluste waren und wie teuer Österreich diesen zweiten Weltkrieg bezahlen mußte, für den man es bei Gott nicht verantwortlich machen kann.

Wir haben die Österreicher, soweit sie Eigentum in Jugoslawien verloren haben, nach dem 11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz entschädigt. Ich glaube, das, was der Republik Österreich an Verpflichtungen auferlegt wurde, haben wir durch dieses 11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz gewissenhaft erfüllt.

Beweis: In Graz gab es einen „Verein zur Wahrnehmung der Interessen ...“ und so weiter. Als wir das 11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz beschlossen haben und die Entschädigungszahlungen angelaufen waren, hat dieser Verein den Obmann zum Ehrenobmann ernannt und die Auflösung des Vereins beschlossen. Das tut in der Regel ein Verein nur dann, wenn er mit dem erzielten Ergebnis zufrieden ist. Daher muß das 11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz richtig gewesen sein.

Was wir aber heute noch bedauern: Das 11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz basiert auf der Annahme, daß Jugoslawien bestätigen muß, österreichisches Eigentum im Sinne des

Staatsvertrages in Anspruch genommen zu haben. Die Republik Österreich wäre bereit, die Entschädigung zu zahlen, aber die Betroffenen müssen oft jahrelang warten, bevor von Jugoslawien die Bestätigung darüber ausgestellt wird, daß man dieses Eigentum gemäß den Bestimmungen des Staatsvertrages in Anspruch genommen hat.

Meine erste Bitte an den Herrn Außenminister ist, auf die jugoslawischen Behörden Einfluß zu nehmen, daß die alten Mitbürger — um solche handelt es sich hier —, die ein verbürgtes Recht und einen Rechtsanspruch haben, zu diesem Recht kommen, das wir selber aus österreichischen Mitteln erfüllen.

Wir haben mit Bulgarien einen Vermögensvertrag abgeschlossen, wir haben den Vertrag in diesem Haus ratifiziert, es war ein guter Anfang. Ich glaube, es gibt zwischen Bulgarien und Österreich keine offenen Vermögensfragen mehr.

Der nächste Vertrag wurde mit Rumänien abgeschlossen. Dort gibt es schon ein Problem, das die beiden Vertragsstaaten nicht miteinander bereinigen können, das aber doch immerhin einige Staatsbürger — ich kenne ihre Zahl nicht genau — berührt. Wenn das österreichische Eigentum in Rumänien nach 1945 durch die Alliierte Kontrollkommission beschlagnahmt worden war, so ist dieses Eigentum weg, dafür hat der Österreicher bis heute nicht einen Schilling an Entschädigung bekommen, weil die rumänische Regierung auf dem Standpunkt steht, sie habe dieses Eigentum von der Sowjetunion zurückkaufen müssen. Wir haben also, was die Rumänien-Frage betrifft, zwei Kategorien von Österreichern: Die einen, deren Eigentum Rumänien kassierte; diese bekommen eine sehr bescheidene Entschädigung. Die anderen Österreicher — vielleicht waren sie unter Umständen sogar Nachbarn —, deren Eigentum die Alliierte Kontrollkommission konfiszierte, bekommen aus dem rumänisch-österreichischen Vermögensvertrag nichts.

Der dritte Vertrag, den wir ratifizieren konnten, war der Vermögensvertrag mit Ungarn. (*Abg. Melter: Das ist der schlechteste!*) Es ist damals schon gesagt worden, daß dieser Vermögensvertrag einen großen Schönheitsfehler hat. Wenn ein Österreicher auf ungarischem Boden 99 Joch verloren hat, bekommt er die Entschädigung, die bis zu 100 Joch gewährt wird. Hat er aber 101 Joch verloren, bekommt er aus dem Vermögensvertrag mit Ungarn null. Das ist ein Unrecht, das die Betroffenen bitter empfinden. Sie hätten vielleicht Verständnis dafür gehabt, wenn es dem früheren Herrn Außenminister

Machunze

gelungen wäre, etwa zu sagen: Ohne Rücksicht darauf, wie groß sein landwirtschaftlicher Besitz war, bekommt er eine Entschädigung wie bei 100 Joch; mehr kann er nicht bekommen. Auch die österreichischen Mitbürger, die unten mehr Besitz hatten, leben heute oft in bitterster Armut. Ich möchte jetzt kein Beispiel dafür anführen, weil Sie sonst glauben, ich möchte auf die Tränen drücken. Ich kann Ihnen solche Beispiele nennen, wo die Betroffenen ihre ganze Hoffnung auf den Vermögensvertrag mit Ungarn gesetzt haben. Sie gehen völlig leer aus und bekommen heute von der Gemeinde Wien eine bescheidene Fürsorgeunterstützung. Das ist eine Lücke, eine Härte, und wir werden diese Lücke immer wieder aufzeigen müssen, weil wir es als Unrecht empfinden. Wir können dieses Unrecht nicht einfach auf sich beruhen lassen.

Nun komme ich zum nächsten Problem, das sind die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei. Herr Dr. Pittermann, seien Sie mir bitte nicht böse, aber Sie haben die Dinge so dargestellt, als würde es an der österreichischen Regierung liegen, das Tempo für diese Auseinandersetzung mit Prag zu bestimmen. Das ist leider nicht richtig. Das Tempo bestimmen in dem Fall die anderen. Zwischen Österreich und der Tschechoslowakei gibt es klare Verpflichtungen nach dem Völkerrecht. Jahrelang, ich glaube bis zum Jahre 1957, wenn ich mich jetzt nicht irre, war Prag überhaupt nicht bereit, mit Österreich über dieses Problem zu diskutieren. Soweit ich informiert bin, war es der frühere Außenminister Dr. Kreisky, der gelegentlich einmal dem tschechoslowakischen Außenminister David irgendwo in einem persönlichen Gespräch gesagt hat: Wenn Sie bessere Verhältnisse zwischen unseren beiden Ländern wollen, dann müssen Sie die Vermögensfrage aus der Welt schaffen.

Hier geht es nicht um Gnadengaben, die etwa die andere Seite auszuteilen hat, sondern hier geht es um klare Rechtsansprüche. Ich sage noch eines dazu: Wenn man gute Nachbarschaft und echte Freundschaft pflegen will, dann muß man diese Dinge aus der Welt schaffen, dann muß man sie bereinigen.

Da habe ich gelesen, daß die „Prawda“ in Preßburg kürzlich zur österreichischen Haltung folgendes geschrieben hat: „Es gibt offensichtlich in Österreich viele Leute in hoher Stellung, die nicht nur keine Verbesserung zwischen Österreich und den sozialistischen Ländern wünschen, sondern einer solchen Hindernisse in den Weg legen. Es gibt keinen Grund, an dem guten Willen der

sozialistischen Länder zu zweifeln. Das Problem ist jedoch, daß die österreichischen patriotischen Kräfte immer noch einen großen Kampf mit jenen führen müssen, die an Reibungen in Mitteleuropa interessiert sind und die, um es gelinde auszudrücken, mit den Feinden eines unabhängigen und neutralen Österreich flirten.“

Ich glaube, ich kann wohl für alle Abgeordneten dieses Hauses sagen, daß wir nichts sehnlicher wünschen als gute Nachbarschaft mit allen unseren Nachbarn. Aber die Betroffenen — und hier geht es um ein paar zehntausend Menschen, die nicht mehr zu den Jüngsten zählen — verstehen nicht, daß wir mit dem nördlichen Nachbarn über den Donau-Oder-Kanal reden, daß wir über ein gemeinsames Kraftwerk an der Donau reden, daß wir über alle möglichen Dinge miteinander diskutieren, daß wir aber in der Vermögensfrage, die sie als ihr ureigenstes Anliegen betrachten, nicht weiterkommen.

Also noch einmal, Herr Abgeordneter Dr. Pittermann: Es liegt nicht am Außenminister, es liegt nicht an den Beamten des Außenministeriums, das Tempo zu bestimmen, wann sich das Hohe Haus mit einem österreichisch-tschechoslowakischen Vermögensvertrag befassen kann. Was wir bedauern, ist, daß es bisher noch nicht einmal eine reale Diskussionsgrundlage gibt, daß es noch nicht einmal ein ziffernmäßiges Angebot von der anderen Seite gibt. Man kann doch über einen Vertrag erst dann reden, wenn ein Entwurf, wenn ein Angebot auf den Tisch gelegt wird, und das haben wir bis heute nicht bekommen.

Wir haben noch einen weiteren Staat im Osten, mit dem wir offene Fragen haben, das ist Polen. Auch hier gibt es klare Rechtsansprüche. Österreich hat mit Polen keinen Krieg geführt, und wir haben daher das Recht, eine Entschädigung für unsere Staatsbürger zu verlangen, die ihr Eigentum in Polen verloren haben. Wenn ich richtig informiert bin, gibt es hier gewisse Hoffnungen, daß man dieses Problem vielleicht doch im kommenden Jahr einer Lösung näherbringen kann.

Wenn ich jetzt rund um unser Land gehe, bleibt mir nichts anderes übrig, als mich mit den Problemen zu befassen, die zwischen Wien und Bonn noch offen sind. Wir haben den Vertrag von Bad Kreuznach, wir haben in diesem Vertrag einen Artikel 5, der besagt: Die Bundesrepublik ist bereit, mit Österreich in Verhandlungen einzutreten, wenn wir weitere Entschädigungsmaßnahmen für Umsiedler und Vertriebene treffen. Daß wir natürlich

Machunze

Kontakte mit Bonn haben, werden Sie verstehen. Ich bin hier nicht der Vertreter des Bundesfinanzministers Franz Josef Strauß, aber einer meiner politischen Freunde aus dem Bonner Bundestag hat gesagt: Natürlich bekennen wir uns zum Artikel 5, natürlich sind wir bereit, darüber zu reden, aber, lieber Freund, bedenke einmal: Wir haben in dem Budget, das wir jetzt behandeln, das Vertriebenenministerium um 70 Millionen D-Mark gekürzt — das sind 420 Millionen Schilling —, wir haben das Landwirtschaftsministerium um 283 Millionen D-Mark gekürzt, die schon beschlossenen Leistungen für Zonenflüchtlinge — das sind die Flüchtlinge aus der Deutschen Demokratischen Republik — sollen außer Kraft gesetzt werden, weil wir mit unseren Budgetsorgen nicht mehr fertig werden.

Trotzdem glaube ich, daß wir nichts unversucht lassen sollten, um eine Regelung, wie sie im Artikel 5 vorgesehen ist, auch zu erzielen.

Im engen Zusammenhang damit steht das sogenannte Reparationsfolgeschlußgesetz. Vielleicht schreibt morgen eine Zeitung, so wie es nach der Debatte im Ausschuß war: Der Machunze hat seine bekannten Sprüchlein heruntergesagt. Ich muß es aber sagen, weil man es immer wieder tun muß. Das Reparationsfolgeschlußgesetz, auf das die in Österreich lebenden Umsiedler und Vertriebenen große Hoffnungen setzen, wird zunächst überhaupt keine Entschädigung bringen. Aber hier droht etwas, was einer Diskriminierung nicht der Vertriebenen, sondern der Republik Österreich gleichkommt, denn die Deutschen sind daran, ein Gesetz zu beschließen, das besagt: Wo immer ein Umsiedler, ein Vertriebener lebt, kann er in Bonn seine Schäden anmelden, nur der darf es nicht, der in Österreich lebt, weil wir mit Österreich das Kreuznacher Abkommen abgeschlossen haben.

Das ist keine Begründung, denn es gibt Abkommen zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten, die auch Vertriebenenprobleme umfassen. Warum will man also hier die Republik Österreich diskriminieren? Und hier, Herr Außenminister, müssen wir Wachsamkeit im Interesse der Republik Österreich, natürlich aber auch im Interesse der Umsiedler und Vertriebenen verlangen.

Wir verlangen auf außenpolitischem Gebiet, vor allem hinsichtlich der vermögensrechtlichen Regelungen nichts, worauf die Bürger dieses Landes und worauf die Republik Österreich nicht ein Recht hätten. Und ich sage es noch einmal: Wir wollen keine Vergiftung der Atmosphäre, weder im Norden noch im Süden. Wir wollen Frieden und

Freundschaft mit allen Nachbarn. Aber Frieden und Freundschaft kann es nur dann geben, wenn die offenen Fragen im beiderseitigen Interesse gelöst wurden. Das gilt für das Südtirol-Problem im Süden genauso wie es im Norden für die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen gilt.

Es müssen also zwei Dinge erfüllt werden: Es müssen einerseits die Rechte gegenseitig respektiert, erfüllt und eingehalten werden, und zweitens — was eine wesentliche Voraussetzung für gute Nachbarschaft ist — müssen die Menschen und Menschenleben bedrohenden Hindernisse an den Grenzen beseitigt werden. Österreich braucht keinen Stacheldraht, Österreich braucht keine Minenfelder an seinen Grenzen, Österreich bedroht niemanden jenseits des Eisernen Vorhanges und jenseits des Stacheldrahtes. Aber gute Nachbarschaft kann es nur dann geben, wenn die Menschen frei und ohne Gefahr zum Nachbarn auf Besuch gehen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Machunze hat eben den Vergleich von der Geburt und dem Kind im Zusammenhang mit der Gründung der Republik verwendet.

Ich möchte diesen Vergleich in abgewandelter Form anwenden und mich mit einer Unart auseinandersetzen, die die österreichische Bundesregierung seit dem 6. März 1966 in einem sehr reichen Maße praktiziert. Sie setzt vielfältige Kinder in die Welt und läßt diese Kinder verwahrlosen. Sie setzt sie aus und kümmert sich nicht weiter um sie.

Eines dieser Kinder, die der Verwahrlosung ausgesetzt sind, ist das Kompetenzgesetz, mit dem die Wirkungsmöglichkeiten des österreichischen Außenministeriums weitestgehend in Frage gestellt worden sind. Das ist jenes Kompetenzgesetz, das zu einer weitestgehenden Dezentralisation des Außenministeriums geführt hat, die maßgeblich schuld daran ist, daß wir heute eine vollkommen unkoordinierte Außenpolitik vor uns haben.

Diese Übelstände hat die österreichische Bundesregierung mit der Mehrheitspartei dieses Hauses selbst gesetzt. Auf der einen Seite beschäftigt sich der Bundeskanzler eingehend mit den Problemen der Ostpolitik, auf der anderen Seite ist es der Vizekanzler, der sich den Problemen der EWG-Politik widmet. Dem Unterrichtsminister wiederum hat dieses Kompetenzgesetz die Fragen der Kulturpolitik im Bereich der Auslandsvertretungen überantwortet. Die Restpolitik sozusagen bleibt beim verantwortlichen Ressortchef, beim Außenminister.

Peter

Durch dieses Kompetenzgesetz, das mit der Mehrheit der Regierungspartei beschlossen wurde, ist die Arbeit der österreichischen Auslandsmissionen außerordentlich erschwert worden. Dieses Kompetenzgesetz wirft die Fragen auf: Wer dient wem? Wer berichtet wem, und wer arbeitet für wen? Aus dem Inhalt des Kompetenzgesetzes haben sich vielfältige Schwierigkeiten ergeben, was von den Diplomaten in den einzelnen österreichischen Missionen im Ausland bestätigt wird.

Wir haben seit dem 6. März 1966 ein den Kompetenzen nach amputiertes Außenministerium. Es handelt sich nur mehr um ein Rumpfministerium. Durch diese Konstruktion hat der Regierungschef seine Funktion als Koordinator der Außenpolitik eingebüßt.

Vielleicht ist darauf auch die Tatsache zurückzuführen, daß sich der Herr Bundeskanzler in einem sehr einseitigen Maß der Ostpolitik widmet. Es bildet sich dabei in der Bundesregierung ein sehr fragwürdiges außenpolitisches Spezialistentum heraus, das bei Gott nicht immer der österreichischen Außenpolitik zum Wohle gereicht. Ich weiß nicht, inwieweit die Bundesregierung ernsthaft die Frage geprüft hat, wo ihr in der aktiven Ostblockpolitik Grenzen gesetzt sind. Eindringlich sind uns diese Grenzen aber durch jene Vorkommnisse vor Augen geführt worden, die sich vor einigen Monaten an der österreichisch-tschechischen Grenze ereignet haben.

Faßt nun der Herr Bundeskanzler seine anlässlich der Ostblockreisen gewonnenen Erfahrungswerte zusammen, so tut er das in einer sehr positiven Form, die allerdings nach Ansicht von uns Freiheitlichen nicht immer im Einklang mit jenen Ergebnissen steht, die er anlässlich dieser Staatsbesuche in den Ostblockstaaten erarbeitet hat. Darf ich in diesem Zusammenhang nur auf jene Stellungnahme verweisen, die der Herr Bundeskanzler im Anschluß an seine Rußlandreise am 22. März 1967 abgegeben hat. Der Tenor dieser Stellungnahme ist, daß dieser Staatsbesuch in der UdSSR alle österreichischen Erwartungen erfüllt hat.

Herr Bundeskanzler! Ich bin der Überzeugung, daß unsere Erwartungen hinsichtlich unserer Teilnahme an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft weitaus größer gewesen sind, als sich an Hand des Verhandlungsergebnisses herausstellte. Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß Sie, Herr Bundeskanzler, das Ergebnis Ihrer Staatsbesuche in den Ostblockstaaten zu optimistisch beurteilen. Wir vertreten die Auffassung, daß mehr Vorsicht und Zurückhaltung am Platze wären.

Die Verteilung der außenpolitischen Agenden auf Grund des Kompetenzgesetzes auf mehrere Ressorts hat sich nicht bewährt. Das Außenministerium kämpft mit einer Vielfalt von Schwierigkeiten, die darin bestehen, daß sich die Arbeit als wesentlich unkoordinierter erweist, als vom staatspolitischen Standpunkt aus vertretbar erscheint. Die Bemühungen des Außenministeriums zersplittern immer mehr. Daraus hat sich dann die Linienlosigkeit der österreichischen Außenpolitik in der jüngsten Zeit ergeben.

Eine der Ursachen dafür besteht in der Vielbahnigkeit, die in diesem Ressort eingeschlagen wurde. Das Ergebnis dieser Vielbahnigkeit der österreichischen Außenpolitik ist insofern widersprechend, als eben verschiedene an der Außenpolitik mitgestaltende Regierungsmitglieder oft widersprechende Stellungnahmen zu ein und demselben Problem abgeben. Darin sehen wir Freiheitlichen einen der Gründe dafür, daß die Außenpolitik der ÖVP-Alleinregierung in ihren bisherigen Ergebnissen nicht überzeugend ist. Diese nicht überzeugende Außenpolitik der monocoloren Regierung ist mit einer Folge der „Amputation des Außenministeriums“. Man spricht in Kreisen der österreichischen Diplomaten von einer „Kette außenpolitischer Fehlschläge“, die sich aus dem mißlungenen Kompetenzgesetz ergeben hätte.

Vielfach wird in der Pressediskussion von einem „Scherbenhaufen der österreichischen Außenpolitik“ gesprochen. Ein sehr hartes Urteil, das immerhin von Journalisten gefällt wurde, die sich jahrelang mit außenpolitischen Problemen beschäftigt haben. Auch dieses Urteil ist eines der Ergebnisse jener zersplitterten Außenpolitik, die die ÖVP-Alleinregierung nunmehr seit dem 6. März 1966 praktiziert.

Es handelt sich bei dieser Außenpolitik um das Ergebnis eines übereilten, zuwenig überlegten und sicher nicht ausgereiften Kompetenzgesetzes. Genauso, wie ich gestern namens der freiheitlichen Fraktion auf die Novellierungsbedürftigkeit des ÖIG-Gesetzes verweisen durfte, muß ich heute die Notwendigkeit einer Novellierung des Kompetenzgesetzes in Erinnerung rufen.

Der nunmehrige Außenminister hat einen großen Kreis von nicht sehr erfahrenen Regieassistenten in den einzelnen mitgestaltenden Ministerien. Diese Regieassistenten sind zweifelsohne an der Produktion des „außenpolitischen Scherbenhaufens“ weitestgehend mitbeteiligt. Dieser Stil der Alleinregierung hat dem Außenminister den Ruf eingetragen, der außenpolitische Alleskleber der monocoloren Regierung zu sein.

Peter

Das Wort „zu spät“ war seit jeher eine verhängnisvolle Parole der österreichischen Geschichte: Am 16. Oktober 1918 war es zu spät, als der Monarch den Versuch unternahm, die Doppelmonarchie in einen Bundesstaat umzuwandeln. Als es 1933/34 um den Bestand der Republik ging, war es ebenso zu spät. 1938 war es neuerdings zu spät für Österreich. Für die wirtschaftliche Integration und die Teilnahme Österreichs an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft besteht die Gefahr des „Zu spät“ ebenfalls. Es ist spät, in der EWG-Frage hoffentlich noch nicht zu spät.

Wenn aber die Teilnahme Österreichs an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bis zum heutigen Tag nicht gesichert werden konnte, so liegt das sicher nicht allein an jenen Gründen, die der Abgeordnete Czernetz heute so wortgewandt darlegte. Nicht die EWG ist daran schuld, daß die Teilnahme Österreichs an der Sechsergemeinschaft noch nicht verwirklicht wurde, sondern jene Politik trägt die Hauptschuld, die Jahre hindurch durch eine EWG-Feindlichkeit in diesem Hohen Hause gekennzeichnet war.

Die Schuld beider Parteien, die damals diese Anti-EWG-Politik gestaltet haben und die sie heute verantworten müssen, besteht in echten Versäumnissen, in Fehlentscheidungen, in einem Zögern und Zaudern und nicht zuletzt in wirtschaftspolitischen Fehlbeurteilungen.

Wenn ich in einem anderen Zusammenhang von der Hauptschuld der Österreichischen Volkspartei und der Mitschuld der Sozialistischen Partei Österreichs gesprochen habe, so trifft für diesen Gegenstand in vermehrtem Maße zu, daß beide Parteien, die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei Österreichs, im Zusammenhang mit der verfehlten Integrationspolitik die gleiche Schuld auf sich geladen haben. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Für das Debakel der bisherigen österreichischen Integrationspolitik sind beide Parteien verantwortlich. Heute stehen wir — das ist eine realpolitische Tatsache — dem harten, unabdingbaren sowjetischen „Nein“ zu den EWG-Plänen Österreichs gegenüber. Trotz der Ostreisen des Bundeskanzlers, trotz des dort an den Tag gelegten Charmes und des österreichischen Zitherklanges war es nicht möglich, die Haltung der Sowjetunion zu ändern.

Die angestrebte Unterstützung Frankreichs für die Teilnahme Österreichs an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft blieb ebenso aus. Auch in diesem Punkte hat sich die österreichische Regierungspolitik der weitestgehenden Fehlbeurteilung hingegeben.

Das italienische Veto gegen die Teilnahme Österreichs an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ist bis zur Stunde ebenfalls nicht beseitigt. Die diplomatischen Aktionen Österreichs bei den Staaten der Sechsergemeinschaft zugunsten unserer Teilnahme an der EWG blieben nach Ansicht von uns Freiheitlichen weiterhin unzulänglich und mangelhaft.

Das sind lediglich einige Sünden der allerjüngsten Vergangenheit. Die Hauptsünde besteht darin, daß „Die Furche“ und die Sozialistische Partei Jahre hindurch Arm in Arm auf der Anti-EWG-Linie marschierten. Das darf bei der Beurteilung dieses Themas nicht außer acht gelassen werden. Am Rande muß festgestellt werden, daß die Anti-EWG-Argumente der „Furche“ und der Sozialistischen Partei Österreichs zufällig mit jenen der Kommunistischen Partei übereinstimmen.

Greifen wir einige Jahre zurück, so läßt sich an eindrucksvollen Beispielen diese Anti-EWG-Haltung von der „Furche“ bis zur Sozialistischen Partei Österreichs schlüssig beweisen.

Am 9. Jänner 1960 appellierte „Die Furche“ in einem Artikel an die nichtsozialistischen Österreicher, den Ernst der Stunde erkennen zu wollen, denn der Zerfall Europas stünde bevor. Der Zerfall Europas in einen faschistischen Teil und, wie sich „Die Furche“ in diesem Artikel ausdrückte, in einen liberalen Teil. Mit dem „faschistischen“ Teil Europas meinte „Die Furche“ am 9. Jänner 1960 das Europa der Sechsergemeinschaft, mit dem „liberalen“ Europa meinte „Die Furche“ den Bereich der EFTA-Staaten.

Ich habe wohl heute den Herrn Abgeordneten Czernetz richtig verstanden, als er von der „bedingungslosen Neutralität Österreichs“ sprach. Dieses Wort, Herr Abgeordneter Czernetz, scheint mir nicht nur problematisch, sondern auch überaus gefährlich zu sein. Ich bekenne mich aus Überzeugung bedingungslos zur militärischen Neutralität Österreichs, kann mich aber unter gar keinen Umständen zur „bedingungslosen Neutralität“ — wie Sie das formulierten — bekennen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Diese Neutralität ist auch nicht jene, die wir als unabdingbare Verpflichtung Österreichs übernommen haben. Herr Kollege Czernetz! Daß man mit der Neutralität vorsichtig umgehen muß, darin pflichte ich Ihnen vollinhaltlich bei.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang an jene sehr ernsten Worte erinnern, die einer der Großen der Koalitionszeit geprägt hat. Einer aus jenem Kreis österreichischer Staatsmänner, die jene Ausgewogenheit, die Sie

Peter

heute als so notwendig hinstellten, niemals aus dem Auge verloren haben. Er hat viele Male unter Beweis gestellt, daß er befähigt war, die Staatsräson vor parteiegoistische und parteitaktische Überlegungen zu stellen. Ich meine den Sozialisten Oskar Helmer, der am 7. April 1961 im „Forum“ sehr warnende Worte hinsichtlich des Umganges mit der Neutralität veröffentlicht hat. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten Innenminister Oskar Helmer zitieren. Er schrieb:

„Wir wollen unsere Neutralitätsverpflichtungen auf das korrekteste einhalten, aber wir wollen keine Fleißaufgaben machen. Die juristisch freiwillige, realpolitisch erzwungene Beschränkung unserer Souveränitätsrechte durch die Neutralität ist uns als das geringere Übel erschienen. Wir wollen es nicht mehr.“

Mit diesen Feststellungen wird das vollinhaltlich unterstrichen, was mein Parteifreund Scrinzi heute in diesem Zusammenhang zum Ausdruck gebracht hat.

Zu Helmers Zeit ereignete sich der unliebsame Rapacki-Vorfall in Österreich. Eine Parallele zu jenem unerfreulichen Podgorny-Vorfall, der von Salzburg aus über das Österreichische Fernsehen ausgestrahlt wurde. Im Zusammenhang mit dem Rapacki-Vorfall erklärte Helmer am 7. Oktober 1961:

„Daß wir die Regeln der Höflichkeit wahren, indem wir die Beschimpfungen unserer Freunde zuließen, ist freilich nur ein Teilaspekt unserer außenpolitischen Situation, und nicht einmal der wichtigste. Wir sind auch sonst im Begriff, unsere alten Freunde vor den Kopf zu stoßen und keine neuen dafür einzutauschen. Das erste ist schlimm genug, aber das zweite ist noch ein Glück — denn reichten uns diese neuen Freunde ihre Hand, so wäre es jene selbe gepanzerte Faust, unter die unsere Nachbarn im Osten geraten sind.“

Das sind sehr ernste, eindrucksvolle und mahnende Worte, die Oskar Helmer uns mit auf den weiteren Weg Österreichs gegeben hat.

Ein letztes Wort sei aus diesem Helmer-Artikel zitiert, weil es in engstem Zusammenhang mit der Teilnahme Österreichs an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft steht. Es lautet:

„Was wir preisgegeben haben, ist die offene und enge Bindung an unsere Freunde im Westen — an jene Länder, die uns in schwerster Notzeit geholfen und verhindert haben, daß wir unter die Räder der kommunistischen Terrormaschine gerieten. Was wir dafür eingetauscht haben, ist die Neutralität und der darin beschlossene Verzicht auf die uneingeschränkte Teilnahme an der europäischen Integration. Der Tausch kam in einer Zwangs-

lage zustande, die uns keine Wahl ließ. Gerade dies sollte uns vor jener Einbildung des Hans im Glück bewahren.“

Damit bestätigte einer der verantwortungsbewußtesten österreichischen Staatsmänner jene Bedenken, die der Abgeordnete Doktor Scrinzi namens der Freiheitlichen Partei heute geäußert hat. Wenige Tage nach Erscheinen des Helmer-Artikels war es der heutige Vorsitzende der Sozialistischen Partei Österreichs, Herr Dr. Kreisky, der im Gegensatz dazu die Situation wesentlich optimistischer und unproblematischer beurteilte, sowohl was das Verhalten und die Haltung Englands gegenüber den anderen EFTA-Partnern anlangt als auch hinsichtlich dessen, was Helmer an Vorbehalten gegenüber einer zu großen Aufgeschlossenheit gegenüber dem Ostblock geäußert hat.

In diese Zeit zurück reicht die Schuld der Sozialistischen Partei Österreichs, wenn heute die Teilnahme unseres Landes an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch nicht sichergestellt ist. Nicht die EWG ist schuld, Herr Abgeordneter Czernetz, daß dieses Problem noch nicht gelöst ist, sondern die falsche Politik der Sozialistischen Partei Österreichs genauso wie die falsche Politik der Österreichischen Volkspartei in der Integrationsfrage.

Es gibt zwischen dem Abgeordneten Pittermann und mir einen Streitgegenstand, auf den ich immer wieder zurückkommen muß. Es ist jenes Wort, mit dem Herr Pittermann versuchte, den Weg in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft mit einem Anschluß Österreichs an Deutschland zu verquicken. Herr Pittermann stellt diese Formulierung nach wie vor in Abrede.

Ich zitiere heute aus der „Kleinen Zeitung“ vom 14. April 1962, die Herrn Pittermann folgendes in den Mund legt, was niemals berichtigt wurde: „... unter dem Eindruck des Pittermann-Satzes, daß ein Anschluß Österreichs an die EWG ein Anschluß an Deutschland wäre, schlitterte Österreich in das EFTA-Experiment hinein. Eine eigene ‚EFTA-Ideologie‘ wurde ausgerechnet in Österreich geboren, und Kreisky sagte Anfang Mai 1960 bei einem Vortrag in Zürich: ‚Sollte man sich in Brüssel Illusionen über das Maß der Entschlossenheit machen, mit der die Mitglieder der EFTA die Auseinandersetzung mit Doktrinen und Träumen politischer Idealisten zu führen bereit sind, so muß gleich gesagt werden, daß Österreich bereit ist, die Auseinandersetzung mit großer Entschlossenheit zu führen.‘ Handelsminister Bock sekundierte brav bei der Eröffnung der Grazer Messe 1960: ‚Der Weg in die EFTA ist doch der bessere gewesen!‘“

Peter

Auf dieser Seite (*auf die ÖVP zeigend*) ist der Irrtum zumindest parteioffiziell und regierungsamtlich berichtigt worden, auf dieser Seite (*auf die SPÖ zeigend*) wird dem Irrtum nach wie vor nachgegangen.

Es wird beim Kapitel Handel Gelegenheit sein, auf jene Aussprüche sozialistischer Spitzenmandatare einzugehen, die sich in vielen Jahren mit dieser Frage sehr eingehend beschäftigt haben.

Der Sozialistischen Partei muß in diesem Zusammenhang die falsche Weichenstellung in der Integrationspolitik durch die Parteivorsitzenden Pittermann und Kreisky angelastet werden. Die Schuld der Sozialistischen Partei Österreichs ist in diesem Zusammenhang noch weitaus größer. Ihre Haltung hat weitestgehend dazu beigetragen, daß der russische Bär aufgeweckt wurde und sein unabdingbares „Nein“ gegen die Teilnahme Österreichs an der EWG setzte.

Die Ursachen der Krise, in der sich die österreichische Wirtschaft heute befindet, sind in der falschen Integrationspolitik des letzten Jahrzehnts geschaffen worden. Für diese falsche Integrationspolitik sind beide großen Parteien dieses Hohen Hauses verantwortlich.

Die Ökonomischen Konferenzen der Sozialistischen Partei Österreichs betrachte ich als nichts anderes als einen Akt der späten Reue Dr. Kreiskys. Die Schuld an diesem falschen Integrationsweg kann aber weder der Österreichischen Volkspartei noch der SPÖ abgenommen werden, denn die unerfreulichen Folgen haben die österreichische Wirtschaft und alle Arbeitnehmer zu tragen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Horejs. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Horejs** (SPÖ): Hohes Haus! Anlässlich der Regierungserklärung der Regierung Klaus II am 20. April des vorigen Jahres sagte der Herr Bundeskanzler im Hinblick auf die Südtirolverhandlungen — sicherlich in einer gewissen Hoffnung auf Grund der von Außenminister Dr. Kreisky geleisteten Vorarbeiten —: „Der Schritt, der noch zu tun ist, ist nur mehr klein!“

Der mit der Weiterführung der Verhandlungen betraute Außenminister Dr. Tončić erklärte noch im Sommer des vorigen Jahres voller Optimismus: „In wenigen Wochen habe wir alles über den Berg gebracht!“ Seither sind viele Wochen und Monate über das Land gezogen, ohne daß sich in der Lösung der Frage selbst auch nur die geringste Hoffnung auf eine befriedigende Einigung abzeichnet, und von einer Lösung ist man weiter entfernt denn je.

Das Paket mit den Zugeständnissen Italiens an die Südtiroler hat nunmehr die Zustimmung eines größeren Teiles des Parteiausschusses der Südtiroler Volkspartei als noch im Frühjahr des Jahres gefunden, doch wurde die Verankerung desselben als eine unabdingbare Forderung bezeichnet. Die Annahme des Pakets ist eine Angelegenheit der Südtiroler selbst — ob sie darin die Wünsche nach einer echten Landesautonomie verwirklicht sehen. Die Verankerung, also die Garantie für die tatsächliche Durchführung des Abkommens, ist aber eine Angelegenheit Österreichs, die uns niemand abnimmt. In dieser Frage wird jedoch die Haltung unserer Regierung immer unsicherer und hilfloser. Alle bisher gefundenen Formeln unseres Herrn Außenministers in der Frage der Verankerung haben sich entweder als unwirksam und für die Südtiroler nicht annehmbar oder als einigermaßen wirksam und daher für die italienischen Unterhändler als unannehmbar erwiesen. Der Verzicht auf eine juristische Verankerung und die Abgabe einer Streitbeilegungserklärung, der sogenannten Entfertigungserklärung, durch unser Parlament nach Erfüllung des Pakets wird von den Südtirolern als eine ungeeignete und unwirksame Garantie bezeichnet. Italien beharrt auf dem Standpunkt, das Paket sei eine rein inneritalienische Angelegenheit und eine Internationalisierung desselben sei eine Verletzung der italienischen Souveränität, und ist, wie man hört, auch nicht bereit, auf eine Klagbarkeit desselben beim Internationalen Gerichtshof einzugehen.

Ich habe bereits früher einmal auf die Problematik der Klagbarkeit beim Internationalen Gerichtshof hingewiesen und dabei als Beispiel angeführt, daß es bei einer Klage eines afrikanischen Staates drei Jahre gedauert hat, bis entschieden wurde, daß der Internationale Gerichtshof in der Frage gar nicht zuständig ist. Bei der Klagbarkeit wäre überhaupt auch noch festzustellen, daß beide Streitteile dazu das Einverständnis geben müßten.

Hohes Haus! In den Sommermonaten wurde der Außenpolitische Ausschuß zweimal zu Sitzungen einberufen, um Zwischenberichte des Herrn Außenministers in der Südtirolfrage, denen Geheimverhandlungen in Zirl und in Salzburg vorausgegangen waren, und die dürftigen Berichte über die Ostreisen des Herrn Bundeskanzlers entgegenzunehmen. Es waren wahrhaft dürftige Berichte — was hätte man sich von ihnen auch mehr erwarten können! Obwohl die Sitzungen als vertraulich erklärt wurden, erfuhr man nichts, was man nicht schon vorher in der Zeitung gelesen hatte, und die Vertraulichkeit hatte offenbar nur den

Horejs

Zweck, hier im Hohen Hause eine Debatte über das außenpolitische Fiasko der Bundesregierung zu verhindern.

Herr Kollege Machunze hat erklärt, daß bei einer dieser Sitzungen an den Herrn Außenminister überhaupt keine Fragen gestellt worden sind. Ja, Hohes Haus, welche Fragen hätten an den Herrn Außenminister gestellt werden sollen, wenn sein Bericht noch dürftiger gewesen ist als das, was wir schon vorher in den ausländischen Zeitungen gelesen haben?

Was sollen aber auch Formulierungen, wie sie der Herr Außenminister vor dem Ausschuß und vor der Presse gebrauchte, daß Österreich an die äußerste Grenze der Zugeständnisse gegangen sei, indem es sich bereit erklärt hat, eine Art internationaler Garantie zu akzeptieren, durch die Italien nicht expressis verbis von seinem Rechtsstandpunkt abgehen müßte? Österreich würde sich zufriedengeben, wenn durch eine gegenseitig festgelegte Kette konkludenter Handlungen die Möglichkeit der indirekten Judiziabilität der Vereinbarungen gewährleistet wäre. Mit solch gewundenen Formulierungen sucht man den Verzicht auf eine wirkungsvolle Verankerung zu verbrämen, nur um möglichst rasch zu einem Abschluß mit Italien zu kommen.

Hohes Haus! Auf unseren mehrmals geäußerten Verdacht, daß man unsrerseits bereit ist, Italien in der Frage der Verankerung beziehungsweise Nichtverankerung möglichst entgegenzukommen, um eine bessere Ausgangsbasis für die EWG-Verhandlungen zu bekommen, hat der Herr Außenminister immer betont, daß EWG- und Südtirolverhandlungen in keinem Zusammenhang stünden. Nach dem italienischen Veto zu den EWG-Verhandlungen auf Grund des Attentats auf der Porzescharte ist offenbar geworden, daß hierbei wohl Zusammenhänge bestehen und die Tür zur EWG nicht nur ein französisches Schloß, sondern auch einen italienischen Schlüssel hat. Um diesen Schlüssel zu bekommen, bemüht man sich, die Geneigtheit Italiens zur Zurücknahme des Vetos mit einer möglichst billigen Formulierung der Verankerung zu erreichen.

Herr Dr. Halder hat gesagt, daß noch nie mit einer solchen Intensität gearbeitet wurde wie in der letzten Zeit. Wir lasen in den letzten Tagen in den Zeitungen, daß am 17. November wiederum Expertengespräche auf diplomatischer Ebene in London stattgefunden haben und angeblich diese Woche fortgesetzt werden, obwohl der Herr Außenminister wenige Tage vorher sich gegenüber Journalisten beschwert hat, daß Italien seine

Einladung auf Wiederaufnahme der Gespräche seit Monaten unbeantwortet läßt. Wo liegt also die Intensität dieser Verhandlungen? Grundlage für die Expertengespräche in London soll eine neue Formel mit einer juristischen und politischen Mischung sein.

Hohes Haus! Ich habe als Mitglied des Außenpolitischen Ausschusses hier im Hohen Hause mehrmals darüber Klage geführt — es ist auch heute einige Male betont worden —, daß die Mitglieder des Außenpolitischen Ausschusses ihre Informationen über die Außenpolitik der österreichischen Bundesregierung aus der ausländischen Presse beziehen müssen, weil es der Herr Außenminister unterläßt, das Parlament zu informieren. Diesen Zustand hat es bei seinem Vorgänger nie gegeben!

Die Außenpolitik war früher eine gemeinsame Angelegenheit der im Parlament vertretenen Parteien, und unter Außenminister Dr. Kreisky wurde auch die FPÖ als Oppositionspartei gemeinsam informiert.

Herr Kollege Dr. Halder hat auch erwähnt, daß die Südtirolpolitik mit allen politischen Parteien in Tirol koordiniert wird. Dazu, Hohes Haus, können wir nur sagen, daß wir die Teilnahme eines sozialistischen Mitgliedes der Tiroler Landesregierung an den Südtirolgesprächen nicht als eine Information der Oppositionsparteien betrachten, da dieser Landesrat als Mitglied der Tiroler Landesregierung an den Verhandlungen teilnimmt und als solches keine Legitimation hat, die Mitglieder des Parlamentsklubs der SPÖ zu informieren, was auch nicht seine Aufgabe ist. Außenpolitik ist verfassungsmäßig Bundessache, und daher ist auch das Parlament dafür zuständig, in diesen Angelegenheiten zu beraten. Ich glaube, daß das Parlament ein Recht darauf hat, zu wissen, was in der Außenpolitik vorgeht, und das Recht und die Pflicht hat, über die Außenpolitik zu reden!

Die Presse bezeichnet das Ergebnis der Geheimdiplomatie unserer Bundesregierung übereinstimmend als einen hoffnungslosen Scherbenhaufen. Das ist die Frucht dieser Geheimpolitik, die sich selbst ad absurdum geführt hat.

Hohes Haus! Wir sind absolut nicht glücklich über diese Feststellung, und wir sind nicht erfreut darüber, daß die Außenpolitik unserer Bundesregierung gerade in der Südtirolfrage sich in dieser Sackgasse befindet. Es wäre viel besser, wenn man mit uns reden und nicht nur Berichte über vollendete Tatsachen geben würde, sondern bereits vorher mit uns das Gespräch führen würde. Sicher, das wurde auch schon erwähnt, spricht die Geschäftsordnung gegen manches. Aber es würden sich absolut Wege finden, daß wir diese Gespräche gemeinsam führen könnten.

Horejs

Es wirft sich auch die Frage auf — und ich habe sie im Finanz- und Budgetausschuß bei den Beratungen über das Kapitel Äußeres bereits an den Herrn Außenminister gestellt, sie ist wie die anderen Fragen im Zusammenhang mit Südtirol unbeantwortet geblieben —, ob es derzeit überhaupt sinnvoll ist, im italienischen Vorwahlklima — im Frühjahr finden dort die Parlamentswahlen statt — die Verhandlungen zu forcieren. Außenminister Fanfani wird kaum geneigt sein, seiner Partei oder seiner Regierung ein Abkommen mit Österreich zur Annahme zu empfehlen, wodurch Italien zur Durchführung der Autonomiezugeständnisse an die Südtiroler, verbunden mit einer wirksamen Garantie, verbindlich festgelegt wird, will er nicht damit auch Munition für seine Gegner im Wahlkampf liefern.

Aber, Hohes Haus, auch halbverbindliche Formulierungen, wie sie Außenminister Doktor Tončić in seine magischen Formeln zu kleiden versucht, bergen die Gefahr, daß sie Italien gleich behandeln wie den Pariser Vertrag, das heißt, daß unsere Südtiroler Minderheit wiederum dem Gutdünken Roms ausgeliefert wäre, von wo das neue Abkommen, so wie bisher der Pariser Vertrag, nach Belieben ausgelegt werden könnte. Rom will offenbar, durch das Verhalten unserer Bundesregierung ermutigt, nur ein Abkommen akzeptieren, durch das vereitelt wird, daß sich Österreich erneut an die Vereinten Nationen wenden könnte. Außenminister Dr. Tončić hat auf diesem Weg bereits eine Vorleistung durch seine wiederholten Erklärungen erbracht, daß eine Verankerung in der Art der Kreisky-Saragat-Vereinbarung nicht mehr möglich und nicht mehr zu erreichen ist. Wir haben wiederholt erklärt, daß wir uns an keine bestimmte Form der Verankerung klammern, aber wir können verlangen, daß nur eine Form der Verankerung akzeptiert wird, die die Einhaltung unserer heiligen Verpflichtung ermöglicht und garantiert, wenn es notwendig ist, die Interessen unserer Landsleute in Südtirol vertreten und schützen zu können! Unsere Südtiroler sollen nie mehr das Gefühl haben, daß sie, die 600 Jahre mit unserem Land verbunden waren, deren Sprache die unsere ist, deren Kultur die unsere ist, noch einmal von Österreich im Stich gelassen werden, schon gar nicht um den Preis der Illusion eines EWG-Vertrages!

Hohes Haus! Es wird in unserer Zeit so viel vom europäischen Geist gesprochen, ja er ist geradezu zum Schlagwort geworden. Wenn wir vom europäischen Geist reden, meinen wir in erster Linie Gleichberechtigung und Toleranz. Dieser Geist ist offenbar noch

nicht bis Südtirol vorgedrungen. Die Gleichberechtigung der Sprachen, die Doppelsprachigkeit im amtlichen Verkehr ist 20 Jahre nach dem Abschluß des Pariser Vertrages, der ein Teil des italienischen Friedensvertrages ist, de facto noch immer nicht verwirklicht. Täglich werden die Südtiroler im amtlichen Verkehr mit dieser Tatsache konfrontiert, als ob sie Fremde im eigenen Lande wären. Sie werden in ihrer Landeshauptstadt Bozen noch immer täglich, nach 23jährigem Bestand der italienischen Republik, mit den Symbolen des Faschismus auf den öffentlichen Gebäuden und Denkmälern konfrontiert, jener Zeit der Gewaltpolitik, an die unsere Leute nur mit größter Erbitterung denken können.

Hohes Haus! Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes sind, sicher auch aus Mitverschulden der verantwortlichen Funktionäre der Südtiroler Volkspartei, noch immer ungelöst. Tausende junger Südtiroler sind gezwungen, außerhalb ihres Landes, in anderen Provinzen Italiens und im Ausland, Arbeitsplätze zu suchen. Darin liegt die eminente Gefahr für unsere Südtiroler Minderheit in der Zukunft, daß sie, trotz des gewaltigen Geburtenüberschusses im eigenen Land, nicht genügend wirtschaftlichen Lebensraum findet, die sozialen Erfordernisse unserer Zeit nicht befriedigen kann und zur Abwanderung und Absiedlung gezwungen wird.

Ab 1968 läuft in Italien, zum Unterschied von Österreich, die Programmierung an, und damit werden die Weichen für die wirtschaftliche Zukunft der italienischen Republik gestellt. Südtirol darf in diesem Raumplanungskonzept nicht schlechter gestellt werden als andere Provinzen Italiens. Es wird dabei besonders darum gehen, daß Vorsorge getroffen wird, den heranwachsenden jungen Südtirolern die Angst vor der wirtschaftlichen Zukunft zu nehmen und die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit unter Wahrung der Eigenart des Südtiroler Volkscharakters und ihres Landes zu ermöglichen.

Die Südtiroler Sozialdemokraten in der Sozialen Fortschrittspartei weisen seit Jahren auf die Notwendigkeit eines solchen Konzepts hin. Sie werden auch ihre ganze Kraft dafür einzusetzen wissen, daß Südtirol kein Stiefkind der modernen Entwicklung bleibt, sondern am sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt teilnehmen kann. Nur damit wird der Bestand und die Zukunft unserer Südtiroler Volksgruppe gesichert.

Hohes Haus! Der Bombenterror hat dem Land schweren Schaden zugefügt. Nicht nur in wirtschaftlicher Beziehung durch den Rückgang des Fremdenverkehrs, sondern auch das

Horejs

Ansehen der Südtiroler wurde damit diffamiert. Dabei wird auch von der Südtiroler Bevölkerung der Terror als Mittel der Politik mit aller Entschiedenheit abgelehnt.

Herr Dr. Fiedler hat darauf Bezug genommen, daß uns Italien den Beweis schuldig geblieben ist, daß alle Attentate jenseits des Brenners von Österreich aus durchgeführt würden oder daß die Attentäter nach Österreich geflüchtet wären. Ich glaube, Hohes Haus, daß es darauf gar nicht ankommt, sondern daß es im wesentlichen darauf ankommt, daß wir von uns aus alles tun, den Terroristen entgegenzutreten.

Herr Dr. Scrinzi hat die Terroristen als Freiheitskämpfer bezeichnet und erwähnt, daß die Südtiroler nach 15 Jahren zur Gewalt gegriffen hätten.

Hohes Haus! Die Begriffe Freiheit und Gewalt sind nicht miteinander vereinbar, denn Gewalt wird immer mit Gewalt beantwortet, und Gewalt wird immer zur Unfreiheit führen.

Hohes Haus! Man kann durch die verbrecherische Tätigkeit einzelner Abenteurer und Irregeleiteter nicht eine ganze Volksgruppe schuldig werden lassen und eine Politik der Härte und Stärke begründen, wo Verständnis und Toleranz notwendig und wirkungsvoller wären, um das Zusammenleben der beiden Volksgruppen in Südtirol zu erleichtern.

Wenn Italiens Standpunkt gegenüber Österreich verhärtet ist und die Ursache damit begründet wird, daß Österreich den Terrorismus zuwenig bekämpft, so kann man nicht die Südtiroler die Folgen dafür tragen lassen.

Wir haben mit Erschütterung das Urteil von Linz und die verheerenden Folgen des Freispruches zur Kenntnis genommen, die Österreich und dem Ruf seiner Rechtsprechung im internationalen Ansehen schwer geschadet haben. Durch eine mögliche Revision des Urteils durch den Obersten Gerichtshof kann der zugefügte Schaden nur mehr zum Teil behoben werden. Die österreichische Bevölkerung würde zur Wiederherstellung eines gesunden Rechtsempfindens ein Urteil erwarten, das die Terroristen dorthin bringt, wohin sie gehören — nämlich in das Gefängnis. Auch eine ehrwürdige Tirolertracht kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Mord Mord bleibt, egal, unter welchen Motiven er verübt wird.

Hohes Haus! Nächstes Jahr werden es 50 Jahre seit der Beendigung des ersten Weltkrieges und der Zerreißung Tirols sein. Eine schmerzliche Tatsache für alle Österreicher, aber besonders für unsere Südtiroler, die in diesen 50 Jahren einen schmerzvollen Leidensweg gegangen sind.

Kollege Dr. Halder hat auch auf die Entnationalisierungspolitik unter Mussolini Bezug genommen. Dazu möchte ich feststellen, daß dieser Entnationalisierungsprozeß nicht erst unter Hitler forciert und begünstigt worden ist, sondern bereits unter Dollfuß, dem die Freundschaft mit dem schwarz-italienischen Faschismus viel wertvoller war als das Schicksal einer Viertelmillion Südtiroler. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Dieser Jahrestag ist für die Südtiroler wirklich kein Grund zum Feiern. Er sollte auch für Italien Anlaß sein, Takt und Würde walten zu lassen, um nicht unnötig Wunden aufzureißen, die nur schlecht verheilt sind.

Es wäre ein würdiger Anlaß, die Größe Italiens unter Beweis zu stellen und den Südtirolern ohne Vorbehalt die langersehnte vorenthaltene Autonomie zu geben und damit das friedliche Zusammenleben der beiden Volksgruppen in wahrhaft europäischem Geiste zu ermöglichen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Auch wenn da ein Zug — ich glaube — um halb 6 in die Steiermark geht, darf ich darauf verweisen, daß ich über eine Sache reden will, die es, wie ich glaube, wert ist, daß Sie Ihren Zug versäumen. In Gaeta wartet nämlich seit 22 Jahren ein Bürger dieses Landes, Major Reder, auf den Zug, der ihn endlich heimbringt.

Da ich mich früher im Zusammenhang mit meinem Beitrag zur Südtirol-Thematik auch an diesen letzten in Gewahrsam befindlichen Kriegsverurteilten erinnert habe, fühle ich mich verpflichtet, an das Hohe Haus noch einmal in der Sache Major Reder zu appellieren. Ich möchte ganz bewußt auf die juristische Seite des Falles nicht eingehen. Ich möchte mich hier nicht auf den italienischen Standpunkt stellen und mir anmaßen, daß es uns zusteht, Gerichte ausländischer Staaten und deren Urteil zu kritisieren, obwohl es sich im Falle Reder um eine Verurteilung handelt, die nicht vor einem ordentlichen, sondern vor einem Militärgericht erfolgt ist.

Inzwischen gibt es darüber ausreichende Literatur, es gibt ernste wissenschaftliche Literatur. An der Universität Würzburg besteht eine Dissertation zum Fall von Marzabotto. Fest steht, daß Major Reder nicht wegen jener Dinge verurteilt wurde, die im Zusammenhang mit dieser unglückseligen Gnadenaktion und mit dem Brief an die Gemeinde Marzabotto stehen, ihm jedoch bedauerlicherweise von einem beachtlichen

Dr. Scrinzi

Teil der österreichischen Presse, besonders aber vom Deutschen Fernsehen in die Schuhe geschoben wurden. Von allen diesen Anklagen in allen diesen Punkten ist Major Reder freigesprochen worden. Es ist heute erwiesen, daß er dieses unglückselige Dorf Marzabotto nie betreten hat, daß seine Einheit in diesem Dorf nie irgendwelche militärische Operationen vorgenommen hat, daß er nie irgendwelche Befehle gab, die sich auf diesen Raum bezogen haben. Das steht fest, es ändert aber leider nichts daran, daß 1951 ein Bologneser Militärgericht unter dem besonderen politischen Druck, insbesondere unter den harten Forderungen der italienische Kommunistischen Partei, ein Urteil gefällt hat, das diesen schwerkriegsversehrten Offizier zu lebenslanger Festungshaft verurteilt hat.

Wenn heute seine über 80jährige Mutter und er selbst nach 22 Jahren Haft noch immer vergeblich auf Gnade warten, eine Gnade, die er nicht brauchen würde, wenn sein Fall seinerzeit unter jenen Voraussetzungen untersucht und behandelt worden wäre, wie wir das heute als selbstverständlich annehmen, dann, glaube ich, darf ich in dem Zusammenhang Ihre Aufmerksamkeit sicher noch ein paar Minuten beanspruchen.

Es sind zahlreiche Interventionen von österreichischer Seite in der Sache erfolgt, und wenn ich mir erlaube, sie hier anzuführen, so deshalb, weil ich glaube, daß die Männer, die ich hier zu zitieren habe, durch ihre Persönlichkeit, durch ihre politische Vergangenheit und ihre Einstellung dafür bürgen, daß sie sich aus menschlichen Gründen im Falle Reder eingesetzt haben.

Es haben interveniert: der ehemalige Außenminister Dr. Gruber, der ehemalige Staatssekretär Graf, der ehemalige Außenminister Ing. Figl, der ehemalige Bundeskanzler Doktor Gorbach; es gibt einen einstimmigen Ministerratsbeschluß, der sich in der Sache Reder auf diplomatischem Wege um einen Gnadenakt bemüht hat. Es gibt einen zweiten Ministerratsbeschluß, durch den der inzwischen verstorbene sozialistische Bundespräsident Schärff gebeten wurde, zu intervenieren, was er auch getan hat. Es gibt Interventionen des Bundeskanzlers Raab sowie des ehemaligen Außenministers Dr. Kreisky.

Neben diesen Repräsentanten aller politischen Parteien in Österreich waren es aber auch andere hochangesehene Persönlichkeiten, so Erzbischof Dr. Rohrer, der Bischof von Graz, der Bischof Dr. Hudal aus Rom, Papst Johannes XXIII., darüber hinaus der Vatikan, die alle in Petitionen, in Vorstellungen und Interventionen versucht haben, einen

Gnadenakt zu erreichen. Sie wurden immer wieder mit Hinweisen auf die innenpolitische Situation in Italien, auf bevorstehende Wahlen und auf Rückwirkungen im Lager der Alliierten vertröstet und ngehalten.

Darüber hinaus gab es eine Reihe von Organisationen, die sich in der Sache Reder bemüht haben: das Österreichische Rote Kreuz, der Österreichische Kriegsoferversverband, die Österreichische Bundesvereinigung der Tapferkeitsmedaillenbesitzer, österreichische, deutsche und italienische Soldatenverbände, die Österreichische Liga für Menschenrechte, die italienischen Verbände der Familienangehörigen von in Rußland vermißten und gefangenen italienischen Soldaten und der Britische Frontkämpferversverband. Und es gibt zahlreiche weitere internationale Interventionen, die nicht weniger als 21 Bände füllen, und es gibt 280.000 Unterschriften von Frauen und Männern in der Welt, die sich im Falle Reder bemüht haben.

Es gibt zahlreiche Bemühungen der aktiven Soldaten und Offiziere der österreichischen und der deutschen Bundeswehr, der britischen und der US-Streitkräfte in Europa und in Übersee. Es gibt Unterschriften von ehemaligen Alliierten, Feldmarschällen, Generälen, Admirälen und auch solche von höchsten Offizieren der ehemaligen deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten. Auch österreichische Schulen und eine Zahl von privaten Personen haben sich bemüht.

Herr Bundesminister für Äußeres! Ich darf in dem Zusammenhang — und ich weiß, Sie selber haben sich in der Sache Marzabotto um Major Reder schon bemüht — an Sie die Bitte richten, daß Sie gerade im Zuge der jetzigen Verhandlungen auf den Fall Reder nicht vergessen. Daß Sie aber darüber hinaus, weil es vielleicht schwierig ist, diese Sache jetzt mit einer solchen Gnadenaktion für einen einzelnen zusätzlich zu belasten, sich in Ihrer Eigenschaft als Außenminister an den Herrn Bundespräsidenten wenden und unseren gegenwärtigen Bundespräsidenten bitten und ersuchen, er möge sich im Geiste und im Sinne seiner Vorgänger und der anderen von mir genannten politischen Persönlichkeiten für diesen Österreicher in Gaeta bemühen.

Eine ganze Reihe von Argumenten, die Italien vorzubringen hatte, sind in der Zwischenzeit weggefallen. Es gibt auf der ganzen Welt keinen wegen Kriegsverbrechen von Militärgerichten verurteilten ehemaligen Soldaten oder Offizier, der noch irgendwo in Gewahrsam wäre. (*Abg. Dr. Gorbach: Außer Kappler!*) Nein, Kappler ist inzwischen entlassen worden, Kappler ist nach Informationen, die ich habe, begnadigt worden.

Dr. Scrinzi

Ich glaube also, daß alle jene Rücksichten, die Italien, ob berechtigt oder nicht berechtigt, seinerzeit hier vorgeschoben oder eingewendet hat, wegfallen. Es sind in der Zwischenzeit, wie Sie wissen, die militärischen Vorgesetzten Reders, die unmittelbar für jene militärischen Maßnahmen verantwortlich zeichneten, denn es hat sich um Partisanenbekämpfung gehandelt, nämlich auch Feldmarschall Kesselring, der ursprünglich zum Tode verurteilt war, begnadigt und auf freien Fuß gesetzt worden; letzterer ist aber, wie wir wissen, seit Jahren schon verstorben.

Es wäre also wirklich der Zeitpunkt gekommen, wo Italien auf einem Gebiet, wo weder seine Souveränität noch irgendein Rechtsprestige noch irgendeine andere politische Rücksicht im Spiele ist, einen Akt der Menschlichkeit, einen Akt der Gnade setzen könnte und vielleicht damit zugleich unter Beweis stellen könnte, daß jene Atmosphäre des guten Willens, von dem in Zusammenhang mit den Ereignissen der jüngsten Tage geredet wird, tatsächlich angebrochen ist.

Ich wiederhole diesen Appell, und ich bitte auch alle jene Frauen und Männer, die hier als Abgeordnete im Hause sitzen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um endlich — ich rede nicht vom Recht, ich rede nur von der Gnade — auch dem letzten österreichischen Kriegsgefangenen, Major Reder, diese Gnade zuteil werden zu lassen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Tončić. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten **Dr. Tončić-Sorinj:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich wurde im Zuge der heutigen Debatte zur Stellungnahme aufgefordert über einige Probleme, die heute diskutiert worden sind, und es wurden auch einige Fragen an mich gestellt. Ich glaube, daß ich daher das Hohe Haus bitten darf, mir noch einige Augenblicke Aufmerksamkeit zu schenken.

Zunächst möchte ich gerne meinen Dank all denen aussprechen, die sich für eine Erhöhung der Budgetmittel und für eine Erweiterung der Kompetenzen des Außenministeriums ausgesprochen haben.

Ich möchte dann zu der Frage der Kontakte übergehen, die zwischen Parlament und Regierung, zwischen Opposition und Regierungspartei herrschen sollen. Herr Abgeordneter Halder hat bereits eine Reihe dieser Kontakte auf der Ebene des Außenpolitischen Ausschusses des Bundesrates und auch auf der Ebene persönlicher Kontakte angeführt.

Ich möchte aber noch etwas erwähnen, was der Herr Abgeordnete Czernetz gesagt hat. Er sagte, die Geschäftsordnung sei nicht hinreichend. Das ist richtig, und ich würde eine Erweiterung der Geschäftsordnung in diesem Sinne begrüßen. Er hatte aber auch erwähnt, daß die bestehenden Möglichkeiten der Geschäftsordnung von Seite des Außenministeriums nicht entsprechend ausgenützt wurden. Hier kann ich Herrn Abgeordneten Czernetz eigentlich nicht folgen. Ich möchte dazu einige Beispiele anführen.

Am 25. September sandte ich dem Hohen Hause einen Bericht über die Grenzzwischenfälle an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze. Ich bin überzeugt, daß dieser Bericht zum gegebenen Zeitpunkt im Ausschuß behandelt wird. Nun ist Herr Abgeordneter Czernetz Vorsitzender dieses Ausschusses, es wird ihm daher nicht schwerfallen, den Termin zu fixieren. Als ehemaliger Parlamentarier weiß ich ganz genau, wie sehr das Parlament mit Arbeit belastet ist, insbesondere jetzt mit großer Arbeit überlastet ist.

Ich habe daher volles Verständnis dafür, wenn unter Umständen die Ausschüsse und auch das Hohe Haus die Dinge nicht so rasch erledigen können, wie es vielleicht im Außenministerium oder sonst von der Regierung gewünscht werden würde. Aber für diesen Notstand, wenn ich mich so ausdrücken kann, trägt bestimmt das Außenministerium keine Schuld. Ich sandte viele Berichte an das Haus, die dann nachher, wie einvernehmlich festgestellt worden ist, spät, vielleicht zu spät zur Verhandlung in den Ausschuß gelangen konnten, weil der Ausschuß nicht früher zusammentreten konnte, und ich habe mich selber sehr beeilt, soweit dies möglich war, Berichte, insbesondere über internationale Organisationen, so rasch als möglich dem Hause zuzuführen.

Ich habe auch — es wird noch in Erinnerung sein — ersucht, daß der Außenpolitische Ausschuß noch im November einberufen werden möge wegen weiterer Informationen über Südtirol. Es war nicht möglich, diesem meinem Wunsch Rechnung zu tragen, und das respektiere ich. Ich wollte nur betonen, daß ich diesen Wunsch an das Hohe Haus gerichtet habe.

Ich erinnere mich noch sehr wohl des Berichtes, den dann der Herr Bundeskanzler über die Besuchskontakte mit der Sowjetunion dem Außenpolitischen Ausschuß gegeben hat. Man behauptet, dieser Bericht sei sehr kurz gewesen und hätte daher Gegenstand von weiteren Fragen sein können. Aber wenn ich mich recht erinnere, wurde von keinem Mitglied des hohen Ausschusses eine Frage gestellt.

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

Ich erwähne das deswegen, weil ich glaube, daß wir die Beziehungen zwischen Außenministerium und Parlament doch in das richtige Licht rücken sollen, und wenn der Herr Abgeordnete Czernetz gesagt hat, daß er bei diesen Diskussionen über Spezialthemen oder über Verträge, die dem hohen Ausschuß zugeleitet werden, doch eines vermißt, nämlich eine Darstellung der Grundlinien der österreichischen Außenpolitik, so glaube ich, daß er dabei vergißt, daß beide Male bei der Behandlung des Kapitels Äußeres im Finanz- und Budgetausschuß anläßlich der Budgetverhandlungen von meiner Seite eine ausführliche Darstellung gerade der Grundlinien der österreichischen Außenpolitik gegeben wurde.

Herr Abgeordneter Dr. Pittermann! Ich kenne sehr wohl Ihren Wunsch nach einem engeren Kontakt zwischen dem Hohen Hause und ausländischen Besuchern. Als wir das erstmal darüber sprachen, habe ich unverzüglich Erkundigungen darüber eingeholt, wie es eigentlich in anderen Ländern ist. Dabei hat sich folgendes herausgestellt: Nur in einem Land, in den Niederlanden, ist ein solcher Kontakt gebräuchlich. Auf der Basis der Besuche von Großbritannien, an das Sie denken, habe ich noch keine Information, aber ich werde es an Sie weitergeben. (*Abg. Dr. Pittermann: Die Vereinigten Staaten!*) Jedoch haben wir die Informationen von anderen Ländern bekommen: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Italien, Japan, Frankreich, Schweden, Schweiz und auch — aber ich betone das nicht besonders — Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien. In keinem dieser Länder ist dieser Kontakt vorhanden, wie Sie ihn erwähnt haben und wie Sie ihn als wünschenswert bezeichnen. (*Abg. Dr. Pittermann: Fragen Sie in Washington!*) Dennoch bin ich der Ansicht, daß wir eine geeignete Lösung finden werden. Ich wollte aber nur betonen, daß mir Ihr Wunsch unmittelbarer Anlaß gewesen ist, eine Erkundigung einzuziehen.

Herr Abgeordneter Dr. Pittermann! Ich glaube, der Frack ist kein Hindernis, denn wenn ich mir erlaube, den einen oder anderen Herren des Hohen Hauses, insbesondere solche, die sich für Außenpolitik interessieren und auch durch ihre Funktionen in den Ausschüssen dazu berufen sind, anläßlich des Besuches von Außenministern zum Essen einzuladen, so geschieht es entweder zum Mittagessen — Sakko — oder zum Abendessen — Smoking —, aber niemals Frack. (*Abg. Dr. Pittermann: Ihnen ist es auch nicht vorgeworfen worden!*) Also ich glaube, der Frack ist bestimmt kein Hindernis. (*Abg. Dr. Pittermann: Bei Ihnen nicht, aber bei wem anderen!*)

Nun komme ich zu einem anderen Thema, und zwar zur Ost-West-Politik. Ich glaube irgendwie durchhören zu können, daß die Balance, die Herr Abgeordneter Czernetz erwähnte, in Richtung eines zu großen Kontaktes nach dem Osten gestört sei. Zunächst einmal möchte ich betonen, daß die Politik der Détente zwischen Ost und West geradezu ein weltweites Anliegen geworden ist, ein Anliegen — wenn ich nur westliche Staaten nehme — insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs, eines kontinentalen Staates. Wenn sich Österreich aus dieser Politik der Détente ausschließen würde, würden wir geradezu außenpolitische Alleingehrer geworden sein in einer Welt, die sich bemüht, die Situation der Nachkriegszeit zu überwinden. Aber die Kontakte, die Österreich mit der östlichen und südöstlichen Welt hat, sind geradezu etwas, auf das der Westen ganz besonderen Wert legt.

Wenn ich diese allgemeinen Bemerkungen gemacht habe, so möchte ich etwas zu der sogenannten Besuchsdiplomatie sagen. Man muß dies doch in einer Gesamtschau sehen: Besuchsdiplomatie der Gesamtregierung. Wenn man behauptet, daß zu viele Besuche mit dem Osten getätigt worden seien, so darf ich Sie doch daran erinnern, meine Damen und Herren, daß ich in der Zeit, in der ich Außenminister bin, zehn Besuche aus dem Westen erhalten habe, keinen aus dem Osten, und drei Besuche im Westen gemacht habe, und bis jetzt keinen im Osten. Fügen Sie das in das Gesamtbild der Beurteilung ein. Ich möchte Sie daran erinnern, welche intensiven Kontakte mit den Außenministern der westlichen Staaten unentwegt gepflogen wurden, dem amerikanischen Außenminister, dem französischen, dem britischen Außenminister, an meine Aussprache mit Außenminister Brandt beispielsweise, und daran, welche enge Mitarbeit wir in allen westlichen Organisationen geradezu ständig haben: bei der OECD, im Europarat beispielsweise. Ich glaube, daß wir das betonen müssen und daß wir uns das vor Augen halten müssen, um zu einer richtigen Beurteilung dieser Situation zu gelangen.

Nun möchte ich zu einem Thema sprechen, das Herrn Abgeordneten Dr. Pittermann besonders am Herzen liegt, nämlich Griechenland. Dr. Pittermann fragt: Wie ist denn grundsätzlich die Einstellung Österreichs zur inneren Thematik der Angelegenheit Griechenland, und wie wird die österreichische Regierung dem im Europarat Ausdruck geben? Bei der Beratenden Versammlung wurde eine Empfehlung angenommen, die Empfehlung Nr. 498, betreffend die allgemeine Politik des Europarates. Darin wird das Ministerkomitee eingeladen, die griechische Regierung zum Respekt

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

der im Statut des Europarates festgehaltenen Grundfreiheiten und zur Wiederherstellung eines parlamentarischen Regimes aufzufordern. Der Ständige Vertreter Österreichs beim Europarat wurde angewiesen, diese Empfehlung zu unterstützen.

Damit, Herr Abgeordneter, ist gekennzeichnet und präzisiert, wie unsere Einstellung zu dem Thema als solchem ist. Ich darf aber doch noch an folgendes erinnern, was ich schon einmal im Hohen Hause gesagt habe: Wir können nur so weit in die Affären eines anderen Landes eingreifen, als dazu ein völkerrechtlicher Titel existiert. Dieser völkerrechtliche Titel ist in der Menschenrechtskonvention gegeben. Es wurde einvernehmlich beschlossen, daß die Angelegenheit Griechenland in der Kommission zur Wahrung der Grund- und Freiheitsrechte untersucht wird, und wir warten auf den Bericht dieser Kommission.

Nun kann der Bericht dieser Kommission nicht wie Sie, Herr Abgeordneter, gesagt haben, dem Europäischen Gerichtshof zugeführt werden, weil Griechenland den diesbezüglichen Passus nicht ratifizierte, sondern nur dem Ministerrat. Der Ministerrat ist durch den skandinavisch-niederländischen Schritt Ankläger geworden. Es muß daher im Ministerrat, in dem 18 Staaten sind, auch Staaten geben, die richten. Das ist ja im Interesse der Funktion des Ministerrates des Europarates. Ich sehe daher keinen Anlaß, daß Österreich vor Abgabe der Meinung der Menschenrechtskommission seine Haltung im Ministerkomitee des Europarates ändert. Die Haltung in der Konsultativversammlung ist ein autonomes Recht der Mitglieder der Konsultativversammlung.

Herr Abgeordneter Czernetz hat zu dem Thema gesprochen, ob nicht eigentlich durch eine gewisse Abstimmung über kritische Gebiete der Welt Österreichs Position leiden würde, und er hat durchblicken lassen, daß wir etwa Mißerfolge unserer Politik bei den Vereinten Nationen deswegen einstecken müßten. Ich kann auch hierin dem Herrn Abgeordneten Czernetz nicht folgen. Zunächst: Wo sind diese Mißerfolge? Wir haben die UNIDO nach Wien gebracht, die Weltraumkonferenz wird in Wien stattfinden, jahrelang führen wir den Vorsitz in der Weltraumkommission, eine neue Konferenz kommt nach Wien, die United Nations Development Program Conference, dann die United Nations-Vertragskonferenz, die Straßenverkehrskonferenz der Vereinten Nationen beispielsweise! Heute ist schon die einheitlich festgelegte Politik in der Angelegenheit des Nahen Ostens betont worden, wo manche gesagt haben, es würde uns Schwierigkeiten bei den

Vereinten Nationen machen. Schwierigkeiten haben sich nicht eingestellt, was durch die Suez-Beobachter, die von beiden Seiten, von der arabischen Welt und von Israel, genehmigt worden sind, unter Beweis gestellt werden konnte. Gestern habe ich in Verfolgung der Beschlüsse der Algerien-Konferenz über eine Zusammenarbeit von Geber- und Nehmerländern eine Delegation von Vertretern überseeischer Gebiete empfangen. Die Delegierten dieser Konferenz haben mir betont, wie sehr sie die Politik Österreichs gerade auf dem Gebiet der Beziehungen zu den überseeischen Ländern schätzen und würdigen.

Ich sehe hier nirgends einen Mißerfolg, ich sehe, Herr Abgeordneter, ohne überheblich zu sein, nur eine Reihe von Erfolgen.

Nun haben Sie beispielsweise Südafrika, Südwesafrika, Portugal betont. Ich glaube, Herr Abgeordneter Czernetz, wir sollen hier eigentlich so vorgehen wie die Schweiz in ihrer Außenpolitik, obwohl die Schweiz nicht bei den Vereinten Nationen ist. Wir sollen uns nicht ungefragt zum Lehrmeister für ferne Gebiete der Welt machen, in denen keine besonderen österreichischen Interessen zu vertreten sind. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wenn es aber darum geht, Grundsätze zu verteidigen, die uns allen heilig sind, sollen wir darauf achten, daß diese Grundsätze überall auf der Welt eingehalten werden und nicht nur in besonderen, vereinzelt Gebieten.

Ich komme zum nächsten Punkt, und zwar zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Machunze, die sich zum Teil mit den Ausführungen des Herrn Dr. Pittermann bezüglich der Vermögensverhandlungen überschneiden. Auch ich muß es als enttäuschend empfinden, daß wir mit der Bundesrepublik Deutschland in den wenigen Fragen, die noch offen stehen, noch zu keiner Lösung kommen konnten. Die Bemühungen laufen schon viele Monate hindurch — eigentlich unmittelbar nach der Übernahme des Amtes habe ich die Bemühungen meines Amtsvorgängers auf diesem Gebiet fortgesetzt —, und nur unwesentliche Fortschritte konnten erzielt werden. Ich glaube, wir werden zu dem Schiedsgericht gehen müssen, das in den Vereinbarungen vorgesehen ist, vor allem, um auch den Betroffenen zu beweisen, daß wir alles tun, was in unserer Macht steht; aber ich kann mir nicht vorstellen, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht in der Lage ist, diese wenigen Dinge großzügig zu klären, die noch zu klären sind.

Vermögensverhandlungen mit der Tschechoslowakei. Ich bin ja sehr geschmeichelt, wenn man glaubt, ich könne ein Problem in eineinhalb Jahren lösen, das im Verlaufe von 20 Jahren nicht zu lösen möglich war. Aber,

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

Herr Abgeordneter, eineinhalb Jahre ist halt keine sehr lange Zeit, um ein so überaus schwieriges Problem zu bereinigen. Alle Anstrengungen werden gemacht. Ich kann auch dem Hohen Haus sagen, daß Fortschritte erreicht werden konnten, und ich kann nur hoffen, daß in einer absehbaren Zeit tatsächlich eine Einigung zustandekommen kann. Ich wollte Ihnen nur sagen, daß alles Erdenkliche getan wird, um zu einem Erfolg zu kommen.

Herr Abgeordneter Dr. Pittermann hat noch eine Reihe anderer Fragen erwähnt. Zunächst einmal einige Personalangelegenheiten. Herr Abgeordneter, Sie haben von einem dieser acht Beobachter gesprochen, die an den Suez-Kanal geschickt worden sind. Ich wurde selbstverständlich informiert, wer diese sind. Die Person, die Sie erwähnt haben, ist ein Offizier, der besonders hochqualifiziert ist, weil ja besonders hochqualifizierte Offiziere auch von den Vereinten Nationen angefordert wurden. Er gehört der Waffengattung „Flieger“ an. Er macht gegenwärtig — das war ein reiner Zufall — einen Kurs in der Informationsabteilung des Verteidigungsministeriums durch. Er ist also nicht sozusagen beruflich in dieser Branche, sondern wie viele andere Offiziere macht er derzeit gerade einen derartigen Kurs durch (*Abg. Dr. Pittermann: Er hat schon vorher einen gemacht! Wo anders!*) und wurde aus diesem Kurs in die neue Funktion übernommen. Ich wollte gerade betonen, daß viele Truppenoffiziere einen derartigen Kurs sogar absolvieren müssen.

Frage China: Ich glaube, es handelt sich nur darum, warum wir keinen Handelsvertrag auf Regierungsebene machen. Ein Handelsvertrag auf Regierungsebene wäre schon ein Schritt in Richtung der Anerkennung der Regierung in Peking. Man muß das daher berücksichtigen und sehr zurückhaltend sein. Es besteht aber auch gar keine Notwendigkeit dazu, denn das bestehende Kammerabkommen ist völlig hinreichend für die Regelung des Warenverkehrs zwischen den beiden Ländern. Der Zahlungsverkehr wird in freier Währung abgewickelt, und die erforderlichen Ein- und Ausfuhrlizenzen werden von beiden Seiten auf Grund des Kammerabkommens erteilt.

Patriarch Athenagoras. Ein Besuch bei einem Staatsoberhaupt ist nichts Außergewöhnliches bei Auslandsreisen des Patriarchen. Er hat die englische Königin besucht und, wenn ich recht informiert bin, auch den Kaiser von Äthiopien und Präsident Tito. Es ist also darin bestimmt kein Hindernis zu sehen, wenn auch sicherlich die allgemeine Lage der Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland alle Dinge, die irgendwie damit in Verbindung stehen, momentan in

eine komplizierte Atmosphäre bringt. Aber ich glaube, wir müssen uns doch vor Augen halten, daß Patriarch Athenagoras 81 Jahre alt ist und nach dieser Reise tatsächlich sehr müde gewesen ist. Wir müssen weiterhin unser Augenmerk auf die Zukunft lenken, und wir erwarten ja den Besuch des Ökumenischen Patriarchen in einer nicht allzufernen Zukunft.

Herr Abgeordneter! Sie haben über Vietnam gesprochen. Es ist richtig, daß wir uns bei zwei Gelegenheiten auf die Beschlüsse der Genfer Konferenz in dem Sinne berufen haben, wie Sie in ihrem offiziellen Teil vorgelesen haben. Sie fragen: Was tut die Bundesregierung, um beizutragen, daß diese Grundsätze realisiert werden? Aber Sie haben, Herr Abgeordneter, zu gleicher Zeit auch die Antwort gegeben. Sie haben gesagt: Wir sollen dann handeln, wenn man uns darum ersucht. Und ich brauche nur ein Wort hinzuzufügen: Wenn uns nämlich beide Seiten, die ja über die Voraussetzungen der Erfüllung der Genfer Konferenz untereinander nicht einig sind, um solche guten Dienste ersuchen, dann werden wir, Herr Abgeordneter, sicherlich zur Stelle sein.

Ich möchte nun zum Problem Südtirol kurz einige Worte sagen. Ich möchte nicht in das eigentliche Thema eingehen, das Herr Abgeordneter Horejs behandelt hat, denn sicherlich wird dazu noch ausreichend Gelegenheit sein, sondern ich möchte nur zu einigen kleinen, ich möchte sagen, linguistischen Besonderheiten am Rande einiges sagen.

Herr Abgeordneter! Sie haben gesagt, daß ich im vergangenen Sommer eine Erklärung abgegeben habe, in der ich gesagt habe, in wenigen Wochen wird das Problem erledigt sein. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir bei Gelegenheit sagen könnten, wann und wo diese Erklärung abgegeben wurde. Ich habe niemals gesagt, daß ich eine magische Formel gefunden habe, sondern ich habe nur gesagt: Man müßte eine magische Formel finden, um dieses Problem rasch lösen zu können. — Sie sehen also, das ist etwas ganz anderes.

Dann: EWG-Veto und Südtirol. Ich habe nur gesagt, daß zwischen diesen beiden Dingen, EWG und Südtirol, kein offizieller Konnex ist, ich habe das aber nur so lange gesagt, als es kein EWG-Veto gegeben hat. Nach diesem EWG-Veto habe ich niemals eine derartige Behauptung aufgestellt.

Und dann: Ich habe niemals gesagt, daß ich vergeblich Kontaktbegegnungen gefordert habe zu einem Zeitpunkt, in dem solche bereits gemeldet worden sind. Ich habe gesagt, daß ich seit einem halben Jahr vergeblich ein Treffen der Minister verlangt habe.

In Salzburg, Herr Abgeordneter, waren überhaupt keine Geheimverhandlungen. Denn

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

alle diejenigen, die mit diesem Problem beschäftigt sind, von Nordtiroler Seite, Südtiroler Seite, von österreichischer Seite, waren in einer ganz offiziellen Konferenz zusammen. Es war gar keine Geheimverhandlung, denn es bleibt ja nichts geheim, wenn alles offen besprochen wird mit denen, die es angeht.

Ich wollte das nur kurz erwähnen und möchte noch hinzufügen, daß meine Ausführungen damals im Außenpolitischen Ausschuß über Südtirol, die Sie als zu mager kritisiert haben — ich habe damals zufälligerweise auf die Uhr geschaut —, 1 Stunde 20 Minuten gedauert haben. (*Abg. Weikhart: Es kommt nicht auf die Zeit, sondern auf den Inhalt an!*) Wenn das etwa zu kurz gewesen sei, so hätte ich es nur begrüßt, wenn noch zusätzliche Fragen an mich gerichtet worden wären.

Herr Abgeordneter Scrinzi! Wir wollen eine Lösung des Südtirol-Problems, nicht weil Österreich einen außenpolitischen Erfolg haben möchte, nicht weil wir um jeden Preis das Problem lösen wollen, sondern deswegen, weil Südtirol von uns eine solche Lösung verlangt und erwartet (*Beifall bei der ÖVP*) und weil endlich in Südtirol Friede einkehren soll und weil wir alle, denen unser Europa am Herzen liegt — insbesondere gegenüber den Kollegen vom Europarat brauche ich das nicht noch einmal zu betonen —, weil wir alle, die wir ein europäisches Problem lösen wollen, doch einen Beitrag leisten müssen, daß die letzten Probleme, die es noch zwischen europäischen Ländern gibt, auch tatsächlich gelöst werden.

Herr Abgeordneter Scrinzi hat im Zuge seiner ersten Ausführungen gesagt, daß Österreich eigentlich klein und wehrlos ist. Mag sein, daß das auf den ersten Blick so aussieht. Aber die Position der kleinen Staaten in der jetzigen Welt ist nicht zu vergleichen mit der Relation Groß und Klein in der klassischen Staatenwelt der Vorkriegszeit. Und warum wehrlos? Der Status der immerwährenden Neutralität ist eine neue Position Österreichs in der Staatengemeinschaft, die diesem kleinen Staat ein höheres Ausmaß von Sicherheit gibt und ein höheres Ausmaß von internationalem Ansehen, als wenn wir nicht neutral wären.

Es ist auch nicht richtig, Herr Abgeordneter, daß Österreichs Neutralität nicht freiwillig ist. Es ist Tatsache, daß sie sich im Zuge eines historischen Prozesses entwickelte, wie die Schweizer Neutralität ein Resultat des deutsch-französischen Gegensatzes in der Geschichte oder die schwedische Neutralität

ein Resultat der Relation zwischen Mittel- und Osteuropa ist. So ist natürlich in diesem Sinne geschichtlich die österreichische Neutralität auch ein Resultat, aber sie entspricht der Überzeugung des österreichischen Volkes.

Wer würde heute noch sagen, daß Österreich nicht neutral sein sollte? Niemand in Österreich! Und es läßt sich ebenso nicht bestreiten, daß wir heute nicht nur bei den Vereinten Nationen, sondern auch sonst auf der Welt durch eine konsequent geführte Neutralitätspolitik eine höhere Position haben und daß es uns gelungen ist, international mehr zu erreichen, als wenn wir nicht neutral wären. Wir sind daher in diesem Sinne nicht klein, und wir sind auch in diesem Sinne nicht wehrlos.

Ich wollte zum Schluß noch etwas sagen, Herr Abgeordneter Dr. Pittermann. Auch ich bin ein Anhänger der gemeinsamen Außenpolitik, aber wenn von unserer Seite oder wenn von mir die Hand entgegengestreckt ist, dann erwarte ich auch, daß Sie diese Hand entgegennehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Spezialberichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Damit ist die Aussprache beendet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe III. Sie umfaßt: Kapitel 20: Äußeres.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Spezialberichterstatters beitreten, diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung zu geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für Dienstag, den 12. Dezember 1967, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (676 der Beilagen) und

2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlagen (630 und Zu 630 sowie 656 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (650 der Beilagen): Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VIII. Diese umfaßt: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 17 Uhr 25 Minuten

Österreichische Staatsdruckerei 11.178 67